

RATGEBER

WEGE AUS DEM RECHTSEXTREMISMUS

BERATUNG, BEGLEITUNG
UND PRÄVENTION



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor_innen die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	7
2. Begriffe	9
Rechtsextremismus	9
Neonazismus	10
Faschismus	10
3. Ideologie-Elemente	12
Anti-amerikanismus	12
Anti-Individualismus/Kollektivismus	13
Anti-Intellektualismus	14
Antikapitalismus	15
Antisemitismus	16
Antiziganismus	18
Autoritarismus	19
Behindertenfeindlichkeit	20
Biologismus	21
Ethnopluralismus	22
Führerkult	23
Geschichtsrevisionismus	23
Geschlechterbilder	24
Gewalt-/verherrlichung	25
Heimatschutz	26
Holocaustleugnung	27
Homophobie	28
Kultur & Kulturalisierung	29
Militarismus	29
Muslimfeindlichkeit	30
Nationalismus/Nationalstolz	31
Opferbereitschaft	32
Rassismus	33
Sexismus & Antifeminismus	34
Sozialdarwinismus	34
Verschwörungsdenken	35
4. Erscheinungsformen	38
Extremismus der Mitte	38
Freie Kameradschaften	40
Neue Rechte	41
Parteien	43
Rechtspopulismus	45

Rechtsterrorismus	46
Reichsbürger_innen und Selbstverwalter_innen	47
5. Rechtsextreme Narrative	50
Der große Austausch	50
Genderwahn	50
Gesinnungsjustiz	51
Gleichmacherei	51
Gutmensch	51
Islamisierung	51
Kameradschaft	52
Kinderschänder	52
Kulturkampf	52
Lebensraum	52
Multikulti	53
Nationale Revolution	53
Nationaler Sozialismus	53
Systempresse	53
Überfremdung	54
Völkische Sozialpolitik	54
Volksgemeinschaft	54
Widerstand	54
6. Rechtsextreme Propaganda	56
Internet	57
Musik	58
Raumkampf/National befreite Zone	59
7. Radikalisierung, Ein- und Ausstieg	61
Anzeichen einer Radikalisierung	61
Risikofaktoren & Motive für den Einstieg	62
Motive für einen Ausstieg	65
8. Pädagogische Ansätze/Intervention	67
Akzeptierende Jugendarbeit	68
Begegnungspädagogik	70
Pädagogik der funktionalen Äquivalente	71
Gedenkstättenpädagogik	72
Geschlechterreflektierende Pädagogik	73
Interkulturelle Bildung	74
Konfrontative Pädagogik	74
Medienreflektierende Pädagogik	76

Politische Bildung/Demokratievermittlung	77
Recht und Gesetz	78
<u>9. Kontaktadressen</u>	81

Hinweis zum Gendern

Der folgende Ratgeber richtet sich an alle interessierten Personen. Um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten anzusprechen, werden entweder geschlechtsneutrale Bezeichnungen (z.B. Studierende) oder der sogenannte Gender-Gap verwendet (z.B. Bürger_innen). Der Unterstrich bietet in der Schriftsprache symbolisch Raum für Menschen, die sich nicht im binären Geschlechterverhältnis wiederfinden können/wollen.

Rechtsextreme Ideologien beruhen auf einem binären Geschlechterverhältnis. Personen, die diesem dichotomen Geschlechterbild nicht entsprechen, werden von Rechtsextremen abgelehnt und sind von rechtsextremer Gewalt betroffen. Dennoch haben wir uns zur Vereinfachung der Lesbarkeit und zur Einheitlichkeit der Lektüre dazu entschieden, konsequent den Gender-Gap zu verwenden. So wird beispielsweise die Bezeichnung „Nationalsozialist_innen“ verwendet. Dadurch soll jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass innerhalb rechtsextremer Ideologien vielfältige Geschlechtsidentitäten akzeptiert sind.

1. Vorwort

Das vorliegende Handbuch bietet eine Einführung in grundlegende Inhalte und Fragestellungen zum Thema Rechtsextremismus. Die Broschüre kann dabei als Nachschlagewerk genutzt werden und richtet sich insbesondere an Personen, die in ihrem beruflichen oder privaten Umfeld mit rechtsextrem-affinen jungen Menschen konfrontiert sind. Es werden folgende Fragen ausführlich beantwortet:

- Was ist Rechtsextremismus überhaupt? Und was ist Neonazismus, was Faschismus? **(2. Begriffe)**
- Welche Ansichten, Überzeugungen und Ressentiments haben eigentlich Rechtsextreme? **(3. Ideologie-Elemente)**
- Welche rechtsextremen Akteure gibt es in Deutschland? **(4. Erscheinungsformen)**
- Welche Begriffe benutzen Rechtsextreme für ihre Propaganda? Welche Erzählungen gelten in der rechten Szene als wahr und werden entsprechend verbreitet? **(5. Narrative)**
- Welche Strategien verwendet die rechtsextreme Szene, um Jugendliche und junge Erwachsene für die eigene Sache zu gewinnen? **(6. Rechtsextreme Propaganda)**
- Woran kann ich Jugendliche und junge Erwachsene erkennen, die eine Affinität zu rechtsextremen Meinungen, Vorurteilen und Ideen haben? Was macht den Einstieg in die rechtsextreme Szene für manche Jugendliche attraktiv? Und aus welchen Gründen verlassen Personen die rechtsextreme Szene wieder? Auf welche Situationen sollten dementsprechend Angehörige oder pädagogische Fachkräfte reagieren und hinwirken? **(7. Radikalisierung, Ein- und Ausstieg)**
- Welche pädagogischen Ansätze gibt es, um Jugendliche für die Demokratie und ein zivilisiertes Miteinander zu begeistern und somit einen Einstieg in den Rechtsextremismus zu verhindern? Und welche Konzepte gibt es für die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem-affinen Personen, wenn sie bereits erste Schritte in die rechtsextreme Szene gemacht haben oder gar fester Bestandteil dieser sind? Zudem: Welche Meinungsäußerungen und Propaganda-Delikte rechtsextremer Akteure sind strafrechtlich relevant und sollten zur Anzeige gebracht werden? **(8. Pädagogische Ansätze/Intervention)**
- An wen kann ich mich wenden, um Unterstützung bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus, den Umgang mit potentiellen Rechtsextremen oder der Hilfe von Opfern rechtsextremer Gewalt zu erhalten? **(9. Anhang)**

Die Beratungsstelle *U-Turn*

Das Projekt *U-Turn – Wege aus dem Rechtsextremismus und der Gewalt* hat sich zum Ziel gesetzt, all diejenigen zu begleiten, zu beraten und zu unterstützen, die mit der rechtsextremen Szene und rechtsextremem Gedankengut konfrontiert sind. Dazu gehören neben Angehörigen und Freund_innen rechtsextremer junger Menschen auch Personen, die beruflich mit rechtsextremen Jugendlichen in Kontakt stehen, sowie Personen, welche die rechtsextreme Szene verlassen möchten und für diesen Prozess auf Unterstützung angewiesen sind. Im Fokus der Distanzierungsarbeit stehen nicht nur potentielle Aussteiger_innen aus der aktiven Szene, sondern vor allem auch Jugendliche, die gefährdet sind sich der rechtsextremen Szene anzuschließen. Um eine Radikalisierung und den damit verbundenen Einstieg in die rechtsextreme Szene zu verhindern, arbeitet *U-Turn* mit Multiplikator_innen, Angehörigen und Akteur_innen der Bildungsarbeit zusammen, um frühzeitig potentielle Radikalisierungsprozesse zu erkennen und entsprechend gemeinsam ressourcenbezogene Lebensalternativen mit den Jugendlichen und ihrem Umfeld zu entwickeln. *U-Turn* bietet in diesen Fällen neben individueller Beratung auch Fortbildungen zur Förderung der individuellen Handlungssicherheit und Unterstützung bei der Entwicklung pädagogisch-didaktischer Leitlinien an. Zudem entwickelt *U-Turn* Konzepte für die Aufklärung über die rechtsextreme Ideologie und ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen, die Deradikalisierung von distanzierungswilligen Szeneangehörigen und die Einstiegspräventionsarbeit mit gefährdeten Jugendlichen, die gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren und Institutionen umgesetzt werden.

Das Modellprojekt *U-Turn* steht für einen interdisziplinären Ansatz, der Konzepte und Ideen aus verschiedenen Disziplinen wie der Psychologie, den Erziehungswissenschaften, der sozialen Arbeit und den Sozialwissenschaften in die Projektarbeit einbezieht. Die unterschiedlichen Schwerpunkte und Ausbildungsinhalte der Mitarbeiter_innen von *U-Turn* garantieren, dass dieser innovative Charakter der Arbeit des Projekts beständig in der Präventions- und Ausstiegsarbeit berücksichtigt und umgesetzt wird. Zudem legt *U-Turn* großen Wert auf eine enge Kooperation mit wissenschaftlichen Projekten und Forschungseinrichtungen, um aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse im Themenfeld zeitnah in die eigenen Arbeitsansätze implementieren zu können.

Kontakt

U-Turn – Wege aus dem Rechtsextremismus und der Gewalt

c/o Backup-ComeBack e.V.

Stefanstr. 2, 44135 Dortmund

Tel.: 0231 84194260 Fax: 0231 600105-89

Mail: info@u-turn-do.de

Homepage: u-turn-do.de

Facebook: facebook.com/uturndortmund

Twitter: twitter.com/uturn_dortmund

Instagram: instagram.com/u_turn_dortmund/

2. Begriffe

Betrachtet man die öffentliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, so stößt man zunächst auf unterschiedliche Begriffe unter denen Handlungen, Ideologien und die Akteur_innen zusammengefasst werden. Insbesondere die Begriffe Rechtsextremismus, Neonazismus und Faschismus tauchen in diesem Zusammenhang immer wieder auf und werden zuweilen auch synonym verwendet. So bleibt oft unklar, was die jeweiligen Bezeichnungen genau umfassen, inwiefern sie sich voneinander unterscheiden und auf welche historischen Begebenheiten sie verweisen.

Daher sollen diese Begriffe im folgenden Kapitel definiert und voneinander abgegrenzt werden. Der Begriff des → **Rechtsextremismus** fungiert dabei als Sammelbezeichnung, unter der sich → **Neonazismus** und → **Faschismus** als besondere Ausprägungen einordnen lassen. Diese lassen sich zwar durch ihre historischen Bezugspunkte und ideologischen Schwerpunkte unterscheiden, weisen aber zugleich auch eine Vielzahl von Parallelen auf, weshalb eine eindeutige Zuordnung von rechtsextremen Netzwerken in der Praxis nicht immer gelingt.

Rechtsextremismus:

Der Begriff Rechtsextremismus kann als gebräuchlichste Bezeichnung für ein gesellschaftliches Phänomen bezeichnet werden, wobei er als Sammelbezeichnung für eine Vielzahl von Erscheinungsformen – sei es im Bereich der Ideologie oder der konkreten Ausformung (Organisation, Einzelpersonen, etc.) – gilt, die insgesamt rechtsgerichtet, antidemokratisch und menschenfeindlich orientiert sind. Dieses Phänomen ist also zugleich ein Oberbegriff für verschiedene Aspekte und Elemente, die kurz dargestellt werden sollen.

Zunächst einmal findet sich eine politische Struktur oder Organisationsform des Rechtsextremismus. Hierunter fallen insbesondere all jene Gruppen, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden können. Die Analyse des Rechtsextremismus ist somit auch eine Auseinandersetzung mit seiner personellen Struktur und politischen Organisationsform, welche die Verbreitung rechtsextremer Ideologie verfolgt. Neben diesem eher objektiven Merkmal ist mit der Betrachtung des Rechtsextremismus allerdings insbesondere die ihm zugrundeliegende Ideologie bzw. die individuell-subjektive (sowie kollektiv-geteilte) Einstellung seiner Mitglieder von großer Bedeutung. In diesen Bereich fallen insbesondere die genannten Aspekte rechtsextremer Ideologie, die sich insbesondere an exkludierenden Begriffen und Konzepten wie Volk oder Nation aufzeigen lässt. Diesen Konzepten liegt mitunter die Idee einer homogenen (biologisch „natürlichen“) Gesellschaft zugrunde (→ **Biologismus**). Hinzu kommt eine dezidiert antidemokratische Haltung, d.h. die ablehnende Haltung gegenüber zentralen Normen, Werten und Organisationsmerkmalen demokratischer Gesellschaften. Diese Haltung geht einher mit dem Glauben an eine Schwäche demokratischer Gesellschaften, die durch einen autoritär geführten Staat zu ersetzen seien – in diesen Punkten weichen die Vorstellungen, Überzeugungen und Strategien der verschiedenen Strömungen innerhalb des Rechtsextremismus stark voneinander ab. Der letztgenannte Aspekt der Inhumanität umfasst einerseits den Glauben an die Ungleichwertigkeit von Menschen bzw. Menschengruppen, andererseits geht diese Überzeugung einher mit der Akzeptanz von Gewalt. Akzeptanz von Gewalt bedeutet an dieser Stelle, dass Gewalt ein legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele darstellt,

aber auch, dass Gewalt gegen Menschen, die als „fremd“ oder „politisch feindlich“ definiert worden sind, zu verantworten sei. Dieser letzte Aspekt schließt an die zuvor genannte Vorstellung einer homogenen, häufig biologistisch-völkisch definierten Gesellschaft an, die es entweder zu erschaffen oder gegen vermeintliche „Feinde“ zu „verteidigen“ gelte.

Für die genannten Elemente bezeichnend ist folglich, dass sie nicht nur als Weltanschauung relevant sind, sondern als solche zugleich handlungsmotivierend und handlungsleitend wirksam sind.

Obwohl sich der Begriff Rechtsextremismus gemeinhin als Sammelbezeichnung für ein politisches Spektrum durchgesetzt zu haben scheint, ist die Kritik am Begriff nicht abgerissen. Diese zielt im Kern darauf, dass die unter dem Begriff aufgeführten Einstellungen keinesfalls auf ein politisch klar abgrenzbares Milieu begrenzt sein müssen. So finden sich auch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ wie in anderen politischen Spektren Ideologieelemente oder Einstellungen, die traditionell dem rechtsextremen Lager zugeschlagen werden (z.B. → **Antisemitismus**, → **Rassismus**, → **Sexismus**) (→ **Extremismus der Mitte**).

Neonazismus:

Innerhalb des umrissenen Bereichs des → **Rechtsextremismus** kommt dem Neonazismus eine historische wie aktuelle Relevanz zu. Historisch betrachtet ist der zentrale Bezugspunkt neonazistischen Denken und Handelns der Nationalsozialismus, aus dessen Milieu sich insbesondere in der Zeit nach 1945 zahlreiche Akteurinnen und Akteure der Szene rekrutiert haben. Charakteristisch für ihn ist daher primär die positive Bezugnahme auf die Geschichte des Nationalsozialismus sowie die Betonung einer Tradition oder Kontinuität, in der man sich als Bewegung verortet. Innerhalb der aktuell agierenden rechtsextremen Szene markiert der Begriff des Neonazismus eine spezifische Spielart, was die zahlreichen Überschneidungen keinesfalls negieren soll. Ein zentrales Merkmal neonazistischer Gruppierungen oder Organisationen ist insbesondere die grundsätzliche Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft. Auch hier zeigt sich der immer noch beobachtbare Bezug zu den sogenannten Kampfverbänden von SA und SS. Hervorzuheben sind in diesem Kontext insbesondere die außerparlamentarischen Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen, die sich unmittelbar gegen das jeweilige politische System und als „feindlich“ definierte Individuen oder Gruppen richten, und zur Bildung terroristischer, paramilitärischer und anderer gewalttätiger Strukturen geführt haben.

Faschismus:

Sowohl im gesamteuropäischen Kontext als auch in Abgrenzung zum historischen Nazismus oder Nationalsozialismus lässt sich der (Neo-)Faschismus als eine politische Strömung beschreiben, die sich positiv auf die jeweilige nationale faschistische Bewegung und deren Geschichte bezieht. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus, zu dem er zugleich einige Parallelen aufweist, ist der eliminatorische → **Antisemitismus** (Form des Antisemitismus mit dem Ziel der Vernichtung von jüdischen Menschen) jedoch kein zentraler Bestandteil faschistischer Ideologie – wenn auch der Antisemitismus keine Randerscheinung darstellt. In den Augen der insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert in Frankreich und Italien starken faschistischen Bewegung war das zentrale Anliegen des Faschismus die Umsetzung von Autorität, Führung und Ordnung. Zahlreiche wichtige Akteur_innen rekrutierten sich aus nationalistisch orientierten Kreisen, deren Ziel die Schaffung einer „neuen

Gesellschaft“ innerhalb des territorialen Nationalstaats war. Ausgehend von einem anti-liberalen Weltbild sollte der Faschismus der Garant einer „Ordnung“ werden, die man in der modernen Welt verloren glaubte.

Es wurden nun bereits einige Elemente einer rechtsextremen, faschistischen oder neonazistischen Weltanschauung benannt: Rechtsextreme sind per se antidemokratisch, autoritär, nationalistisch, gewalt-akzeptierend und stellen die prinzipielle Gleichwertigkeit alles menschlichen Lebens in Frage. Aber welche Ansichten, Überzeugungen und Ressentiments teilen rechtsextreme Netzwerke und Personen weiterhin? Wie stehen sie beispielsweise zu den USA oder zum kapitalistischen Wirtschaftssystem? Welche Vorstellungen haben sie über das Geschlechterverhältnis? Und was ist eigentlich Antisemitismus überhaupt genau? Diese und weitere Fragen sollen im nächsten Kapitel beantwortet werden.

3. Ideologie-Elemente

Als Ideologie lässt sich im weitesten Sinne ein System von Denkweisen über Mensch und Gesellschaft bezeichnen. Diese Denkweisen bestehen weitestgehend unabhängig von Individuen und sind das Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse, Entwicklungen und Ereignisse. Die Anziehungskraft einer Ideologie ist unter anderem durch das Ausmaß bestimmt, in welchem es ihr gelingt individuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Beispielsweise sind Verschwörungsideologien besonders attraktiv für Menschen, die ein ausgeprägtes und bisher nicht ausreichend befriedigtes Bedürfnis nach Orientierung in einer komplexen und widersprüchlichen Welt haben.

Die rechtsextreme Ideologie besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Elemente, welche wir hier als Ideologie-Elemente bezeichnen. Wenngleich rechtsextreme Ideologie im Allgemeinen durch einen Bezug auf ein Volk bzw. die Nation, durch eine antidemokratische Haltung sowie durch die Vorstellung der Ungleichheit von Menschen gekennzeichnet ist, weisen einzelne rechtsextreme Akteur_innen oder Strömungen in der Regel eine unterschiedlich starke Ausprägung verschiedener Ideologie-Elemente auf. Unter Umständen tauchen gewisse Elemente bei bestimmten Netzwerken oder bei Einzelpersonen überhaupt nicht auf oder werden sogar abgelehnt.

Das folgende Kapitel soll einen Überblick über die wesentlichen Ideologie-Elemente im Rechtsextremismus schaffen. Dabei soll zunächst geklärt werden, was unter den jeweiligen Begriffen verstanden werden kann. Im Anschluss daran werden die Formen beschrieben, in denen die jeweiligen Elemente zurzeit im Rechtsextremismus erscheinen. Abschließend wird die Frage behandelt, welche Möglichkeiten des Umgangs mit diesen bestehen. Der Fokus richtet sich hierbei auf pädagogische Konzepte zur Prävention und Intervention.

Antiamerikanismus:

Der Antiamerikanismus ist eine Reaktion auf die Komplexität der modernen Gesellschaften, die mit dem Wunsch nach einfachen traditionellen und/oder vormodernen Strukturen einhergeht. Er ist eine Feindseligkeit gegenüber den USA und der tendenziell mit der Moderne gleichgesetzten amerikanischen Gesellschaft, die sich als kritischer Impuls gegenüber amerikanischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen und Werten ausbildet. Häufig geht diese Ablehnung einher mit einer Aversion gegen die amerikanische Kultur und deren Einfluss. Amerikanischer Einfluss und amerikanische Präsenz werden im Antiamerikanismus, egal in welcher Form und an welchem Ort der Welt, grundsätzlich als verwerflich abgelehnt. Der Antiamerikanismus zeigt sich in den folgenden Aspekten:

- Die amerikanische Gesellschaft wird als oberflächlich und egoistisch angesehen, im Gegensatz zu vermeintlich natürlichen „Kulturnationen“.
- Die USA werden als Gesellschaft dargestellt, in der nur Egoismus und Geld regieren, während anderenorts noch wirkliche Werte vorherrschen würden.
- Es wird die These vertreten, dass es sich bei den USA um eine Ansammlung von Individuen handelt, im Gegensatz zu anderen Nationen, in denen die Gemeinschaft und die Solidarität angeblich über dem Eigennutz stehen (ist dies nicht der Fall, formuliert man den Vorwurf, die Verhältnisse seien amerikanisiert worden).
- Der Vorwurf, die USA würden immer und überall ihre Machtinteressen durchsetzen, wo immer sie



außenpolitisch aktiv sind, und zugleich der Vorwurf, sie würden sich nicht für die Belange der Menschheit einsetzen, wann immer sie nicht politisch eingreifen.

- Die USA werden für Anschläge wie den am 11. September 2001 verantwortlich gemacht, weil sie mit ihrem politischen Handeln im Nahen Osten und ihrer Unterstützung von Israel (→ **Antisemitismus**) den berechtigten Zorn der Islamist_innen auf sich gezogen haben sollen.
- Der Massenmord an den Natives wird mit den Verbrechen der Nationalsozialisten gleichgesetzt (→ **Holocaustleugnung**).
- Den Vereinigten Staaten wird eine vermeintliche Geschichtslosigkeit attestiert, die sie von anderen vermeintlich „naturwüchsigen“ Gesellschaften negativ unterscheiden soll.
- Die USA werden dafür verantwortlich gemacht, dass die vertraute traditionelle Welt der Menschen von einer globalen Gesellschaft immer mehr aufgelöst wird.

Die pädagogische Arbeit mit Menschen, deren Weltbild von einem starken Antiamerikanismus geprägt ist, kann zum einen ähnliche Aufklärungsstrategien aufgreifen, wie sie in Bezug auf den → **Antisemitismus** und auf → **Verschwörungsdanken** Anwendung finden, da diese Ideologien diverse Überschneidungen aufweisen. Zusätzlich bietet sich eine fundierte Auseinandersetzung mit der ambivalenten Haltung zu allem, was als amerikanisch wahrgenommen wird, an.

Literaturtip:

Dan Diner: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, 2002, München.

Anti-Individualismus/Kollektivismus:

Der eindeutige Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum ist ein Kernprinzip rechtsextremer Ideologie. In dem Begriff der → **Volksgemeinschaft** sowie dem Ausspruch „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ aus der NS-Propaganda verdichtet sich der anti-individualistische Grundtenor rechtsextremer Überzeugungen. Rechts-extreme möchten die bürgerlichen Errungenschaften seit der Französischen Revolution rückgängig machen und somit den Gedanken eines autonomen und freien Individuums liquidieren. Während mit dem Gedanken des Individuums universal gültige Menschenrechte sowie staatsbürgerliche Partizipationsrechte eines liberalen Verfassungsstaates verknüpft sind, gilt im rechtsextremen Gesellschaftsverständnis nur das kollektive Wohlergehen des Volkes als bedeutend.

Im völkischen Kollektivismus wird das Volk als eine homogene, „organische“ Einheit vorgestellt, die in feindseliger Konkurrenz mit anderen Völkern steht und allein durch eine hierarchische Strukturierung der Gesellschaft überlebensfähig ist. Individuelle Orientierungsmuster einzelner Personen gelten dabei als Gefahr für den Erhalt der → **Volksgemeinschaft** und müssen als „zersetzende“ Einflüsse bekämpft werden. Wissentlich oder unwissentlich wird dabei verkannt, dass in einer kapitalistisch organisierten Ökonomie prinzipiell alle Personen in Konkurrenz zueinanderstehen und die harmonische, widerspruchsfreie Volksgemeinschaft ein bloßes Phantasma ist. Zur Auflösung dieses Widerspruchs werden im rechtsextremen Weltbild individualistische Tendenzen in

der Gesellschaft externalisiert und auf feindliche Einflüsse projiziert. Dabei wird häufig der Figur des Juden die Rolle von Personen zugeschrieben, die mehr am Eigen- statt am Gemeinwohl interessiert sind und somit die Volksgemeinschaft durch ihren Egoismus und Eigennutz zersetzen würden (→ **Antisemitismus**).

Dem rechtsextremen Anti-Individualismus lässt sich pädagogisch auf mannigfaltige Weise begegnen:

- Der Kollektivismus rechtsextremer Gruppierungen ist für manche Jugendliche attraktiv, die ein Bedürfnis nach Gemeinschaft und klarer Orientierung haben. Diese Bedürfnisse sollten ernst genommen und durch Angebote befriedigt werden, die nicht zu Lasten der Interessen und der Persönlichkeitsentfaltung der Jugendlichen gehen, sondern diese unterstützen (→ **Pädagogik der funktionalen Äquivalente**).
- Der völkische Kollektivismus steht im Widerspruch zum Menschenbild des Grundgesetzes, bei dem die Würde jedes einzelnen Menschen und das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit im Mittelpunkt steht. Zudem würden in der von Rechtsextremen angestrebten Diktatur wesentliche Kontrollelemente der liberalen Demokratie fehlen, z.B. Presse- und Meinungsfreiheit, allgemeine und freie Wahlen oder das Recht auf Bildung einer politischen Opposition. Durch → **politische Bildung/Demokratievermittlung** können die Vorzüge liberal-demokratischer Gesellschaften für das Individuum herausgestellt werden, welche in einem faschistischen Staat dem Willen der Herrschenden hilflos ausgeliefert sind.
- Es kann hilfreich sein, die Konsequenzen eines Eintritts in die rechtsextreme Szene zu verdeutlichen: Jugendliche haben häufig individuelle Interessen und Neigungen, die sie eventuell „für die Gemeinschaft“ aufgeben oder ändern müssten. Dabei ist es sinnvoll ressourcenorientiert Angebote zu machen, welche die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Jugendlichen unterstützen.

Anti-Intellektualismus:

Der Anti-Intellektualismus ist ein Vorurteil, das sich gegen eine vermeintliche Vergeistigung der Gesellschaft richtet, die aus Sicht der Rechtsextremen keinen Bezug zum realen Leben der Menschen besitzt. Dieses Resentiment spielt in der politischen Rhetorik der Rechtsextremen eine bedeutende Rolle und artikuliert sich häufig durch Verspottung und Verunglimpfung von Philosophie, Bildung, Literatur, Kunst und Wissenschaft, denen unterstellt wird, sie seien für das Leben nutzlos und daher zu verachten. Diese Feindseligkeit gegenüber dem Denken basiert auf der Überzeugung, dass die gebildeten Bevölkerungsschichten ihre intellektuellen Fähigkeiten dazu nutzen, die politische Diskussion zu dominieren und ihre vermeintlich nutzlosen Interessen gegenüber der Bevölkerungsmehrheit (und gegen deren Interesse) durchzusetzen.

Neben der allgemeinen Ablehnung all jener geistigen Sphären, die als abgehoben und nutzlos verspottet werden, äußert sich der Anti-Intellektualismus aktuell häufig in der Form, dass die „Intellektuellen“ aufgefordert werden damit aufzuhören, sich über unwichtige Fragen zu streiten (wobei hierunter häufig jene Fragen gefasst werden, die einen selbst nicht negativ betreffen) und stattdessen „die wirklichen Probleme“ anzugehen.

Die Frage, die in Bezug auf den Anti-Intellektualismus zu klären wäre, ist jene, ob zum einen die vermeintlich nutzlosen Themen und Diskussionen sich nicht doch auf reale gesellschaftliche Probleme beziehen und zum anderen inwiefern Philosophie, Bildung, Kunst, Literatur und Wissenschaft die gesellschaftlichen und individuellen Lebensbedingungen im Laufe der Zivilisationsgeschichte verbessert haben.

Antikapitalismus:

Der Antikapitalismus von Teilen der rechtsextremen Szene basiert im Wesentlichen auf der Vorstellung, dass für ökonomische Phänomene wie Krisen, Armut und soziale Ungleichheit das rücksichtslose Gewinnstreben und die Gier von Interessengruppen und einzelnen Personen, die zumeist von der rechtsextremen Szene als jüdisch definiert werden, verantwortlich sind. Charakteristisch ist hierbei ein dichotomes Denken, welches zum einen die wirtschaftlichen Akteur_innen in „ehrliche Kaufleute“ und „parasitäre Kapitalist_innen“ teilt und zum anderen zwischen einer „ehrlichen Produktion“ (die als Nachfolger des historischen Handwerks gesehen wird) und der vermeintlich „parasitären Sphäre der Zirkulation und des Zinses“ unterscheidet (→ **Antisemitismus**). Die als organisch vorgestellten Produktionsgemeinschaften werden dieser Ansicht zufolge um den Lohn ihrer harten, ehrlichen Arbeit betrogen („schaffendes Kapital“), da sie von jüdischen und kosmopolitischen Eliten des Finanzkapitals mittels Banken und Geldverleih in „Zinsknechtschaft“ gehalten werden („raffendes Kapital“). Der rechtsextreme Antikapitalismus unterscheidet sich demnach von einer Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise, da nicht die abstrakten Gesetzmäßigkeiten und die damit einhergehende Krisenhaftigkeit dieses ökonomischen Systems analysiert werden, sondern personifizierend Schuldige für soziale Problemlagen benannt werden.

Die rechtsextreme Bezugnahme auf den Kapitalismus als Wirtschaftssystem hat dabei verschiedene Facetten und ist durchaus ambivalent:

- In der → **Neuen Rechten** werden neoliberale, marktradikale Ansichten, die sich z.B. in der Forderung nach Privatisierung sozialer Absicherungen von Teilen der AfD zeigt, aber ebenso Vorstellungen über einen „völkischen Sozialpatriotismus“, nach dem ein starker Nationalstaat den Markt kontrollieren und Globalisierungstendenzen möglichst zurückdrängen soll, vertreten.
- Im organisierten → **Neonazismus**, insbesondere bei der NPD und den → **Freien Kameradschaften**, vermerkt sich die Propaganda, sich selbst als arbeiterfreundlich und als Vertreter der „kleinen Leute“ darzustellen, mit gewerkschaftsfeindlicher Rhetorik. Einerseits wird gegen die kosmopolitische, globalisierte Elite gehetzt, die deutsche Arbeiter_innen bereitwillig gegen günstige Arbeitskräfte aus dem Ausland austauscht. Andererseits geht die Solidarität mit den Lohnabhängigen auch nicht soweit, sie in ihrem Interessenkonflikt mit den Arbeitgeber_innen zu unterstützen. Stattdessen sollen Unternehmer_innen und Lohnabhängige in der → **Volksgemeinschaft** Teil eines „organischen Ganzen“ werden, in dem es vermeintlich keine Interessenkonflikte mehr gibt. Das antikapitalistische Ressentiment des organisierten Neonazismus richtet sich also lediglich gegen gewisse Tendenzen des Kapitalismus, wie Globalisierung und den damit einhergehenden Zuzug fremder Arbeitskräfte, und nicht gegen die Produktionsweise als solche.
- Zudem kann der rechtsextreme Antikapitalismus an weitverbreitete populistische Ansichten in der Gesellschaft anschließen, denen zufolge „die da oben eh machen was sie wollen“ und Entscheidungstragende der Wirtschaft als „Heuschrecken“ und „Parasiten“ bezeichnet werden (→ **Extremismus der Mitte**).

Da das hier angesprochene Denken auf der Ansicht fundiert, dass einzelne Entscheidungstragende die Wirtschaft in ihrem Sinne lenken, bedeutet Aufklärung in diesem Falle aufzuzeigen, dass die Komplexität wirtschaftlicher Prozesse und deren Folgen sich nicht auf die Entscheidung einiger weniger reduzieren lassen (→ **Politische Bildung/ Demokratievermittlung**).

Literaturtipp:

Richard Gebhardt/ Dominik Clemens (Hrsg.): Volksgemeinschaft statt Kapitalismus. Zur sozialen Demagogie der Neonazis, 2009, Köln

Antisemitismus:

Unter Antisemitismus lassen sich allgemein Vorurteile gegen jüdische Menschen bzw. die Feindschaft gegenüber jüdischen Menschen zusammenfassen, auch wenn er von dem Antijudaismus der Vormoderne unterschieden werden muss (in dessen Kontinuität er aber steht), da es sich bei ihm um ein modernes Phänomen handelt, das auch eine Reaktion auf die Moderne ist. Zentrale Bestandteile des antisemitischen Denkens sind die Vorstellungen:

- Menschen jüdischen Glaubens wollen sich nicht assimilieren.
- Jüdische Menschen bilden eine globale Interessengemeinschaft, die ihre Interessen immer über das Interesse der Nationen, denen die individuellen jüdischen Menschen angehören, stellt.
- Menschen jüdischen Glaubens stehen hinter dem „internationalen Finanzkapital“.
- Menschen jüdischen Glaubens besitzen eine unheimliche Macht, die sie gegen die Völker der Welt ausspielen.
- Jüdische Menschen zersetzen bestehende traditionelle Strukturen und Werte.

Im Gegensatz zu anderen Ressentiments geht der Antisemitismus tendenziell mit Vernichtungsphantasien einher, die auf eine „Entfernung“, „Ausmerzungen“ und „Beseitigung“ von jüdischen Menschen oder denjenigen, die für solche gehalten werden, abzielt. Mit der Vernichtung dieser wird eine Vorstellung von Erlösung verbunden, die ein harmonisches Leben frei von den negativen Folgen der Moderne realisieren soll.

Grundsätzlich lassen sich verschiedene Formen des Antisemitismus unterscheiden.

(primärer) Antisemitismus:

- Es wird unterstellt, dass es eine jüdische Abstammungseinheit gibt, deren Loyalität nur dem eigenen Kollektiv gilt. In diesem Zusammenhang wird häufig unterstellt, dass Menschen jüdischen Glaubens einen übergroßen Einfluss auf die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären wie Politik, Wirtschaft und Kultur ausüben und diesen Einfluss gegen die Interessen der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft ausspielen. Die Rede von der „jüdischen Lobby“ oder der „Israel-Lobby“ fallen unter anderem unter dieses antisemitische Denken.
- Es wird behauptet, dass eine als jüdisch definierte Gruppe über unheimliche Macht verfügt und sich zum Schaden der Menschheit verschworen hat. Dazu gehören all jene Ressentiments, die an den Mythos einer jüdischen Weltverschwörung anschließen und behaupten, dass es eine jüdische Kontrolle der Medien, der Wirtschaft oder der Politik gebe.
- Es wird verbreitet, dass traditionelle Gemeinschaften und Werte durch einen jüdischen Einfluss unterminiert werden und durch jüdisches Handeln Unfrieden innerhalb als harmonisch verstandenen Gemein-



schaften entsteht.

- Jüdische Menschen werden kollektiv haftbar gemacht für reale und vermeintliche Vergehen einzelner Menschen jüdischen Glaubens oder von Personen, die für diese gehalten werden. Dazu gehört auch die Unterstellung, jüdische Menschen in Deutschland seien für das politische Handeln in Israel zur Verantwortung zu ziehen.
- Jüdische Menschen werden mit dem Geldwesen, Bankenwesen oder allgemein der wirtschaftlichen Zirkulationssphäre identifiziert und für die negativen Folgen wirtschaftlicher Prozesse verantwortlich gemacht.

Sekundärer Antisemitismus:

Unter dem sekundären Antisemitismus fallen jene Vorurteile, die nicht trotz, sondern wegen des Holocausts artikuliert werden.

- Der Versuch, die Forderung nach einem „Schlusstrich“ in Bezug auf die Verantwortung für den Nationalsozialismus und die Vernichtung der europäischen Menschen jüdischen Glaubens und Abstammung zu unterstreichen, indem die Verbrechen des NS in Bezug zu vermeintlich vergleichbaren durch jüdische Menschen verübte Verbrechen gesetzt werden.
- Aussagen, die jüdischen Menschen eine Mitverantwortung an den an ihnen verübten Verbrechen unterstellen.
- Die Unterstellung, Menschen jüdischen Glaubens würden die nationale Normalität bzw. das gesellschaftliche Leben stören, indem sie beständig auf den Holocaust verweisen, um ihre Interessen durchzusetzen. In diesen Kontext fallen u.a. jene Debatten, die sich auf die vermeintliche Existenz einer „Holocaust-Industrie“ oder einer „Antisemitismuskeule“ bzw. „Auschwitzkeule“ berufen.
- Holocaustleugnung/Holocaustrelativierung (→ Holocaustleugnung)

Israelbezogener Antisemitismus:

Der 3-D-Test für Antisemitismus hilft, Aussagen in Bezug auf Israel daraufhin zu untersuchen, ob sie antisemitisch sind. Die 3-D stehen dabei für *Dämonisierung*, *Doppelstandards* und *Delegitimierung*. Fällt der Inhalt einer Aussage unter einen dieser Befunde, handelt es sich in den meisten Fällen um antisemitische Aussagen.

- Dämonisierung: Versuche, den Staat Israel als den Inbegriff des Bösen darzustellen, indem z.B. palästinensische Geflüchtetenlager mit den Vernichtungslagern der Nationalsozialist_innen gleichgesetzt werden oder allgemein das Handeln des Staates Israel mit dem der Nazis verglichen wird. Auch die Unterstellung, Israel sei ein rassistisches Projekt, fällt unter die Kategorie der Dämonisierung.
- Doppelstandards: Eine Doppelmoral, die Israel beständig in den Fokus rückt, ohne vergleichbare oder meist sogar weitaus gravierendere Vergehen in anderen Ländern wie dem Iran, Saudi-Arabien, China, Myanmar, Syrien, Türkei usw. zu thematisieren. An Israel werden moralische Ansprüche gestellt, die an andere Nationen nicht gestellt werden.
- Delegitimierung: Dem Staat Israel wird die Legitimation/das Existenzrecht abgesprochen.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung bietet online umfangreiche Handreichungen zum pädagogischen Umgang mit dem Antisemitismus an:

„Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen ...?!“. Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, 2017, Berlin, Online Abrufbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/man-wird-ja-wohl-israel-noch-kritisieren-duerfen/>

Literaturtip:

Heiko Beyer: Theorien des Antisemitismus. Eine Systematisierung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 67(3), 2015, S. 573-589.

Antiziganismus:

Unter Antiziganismus versteht man die Abwertung von als „Zigeuner“ konstruierte Menschen oder Gruppen. Antiziganismus kann in der Verwendung einzelner Stereotype oder Bezeichnungen, aber auch einer verfestigten politischen Ideologie bestehen. Die Ausprägungen variieren dabei in Abhängigkeit von regionalen und historischen Einflüssen. Zu den verbreitetsten Zuschreibungen gehören Nichtsesshaftigkeit, Unwillen oder Unfähigkeit zu geregelter Arbeit, Ausnutzen der Mehrheitsgesellschaft (z.B. durch Diebstahl, Betrug und Bettelei), Kollektivität (z.B. Organisation in Clans) und kulturelle Differenz bzw. Kulturlosigkeit (z.B. eigene Gesetze, Musik, Religion und mangelnde Hygiene). Am häufigsten, wenn auch nicht ausschließlich, sind Sinti und Roma betroffen.

Die → **Partei** Die Rechte bedient gerne antiziganistische Stereotype, wenn sie „Zigeunern“ und „osteuropäischen Clans“ beispielsweise Kriminalität, Erschleichung von Sozialleistungen, mangelhafte Hygiene und Belästigung unterstellt. So fordert die Partei unter Punkt drei ihrer 25 Forderungen für Dortmund (in Anlehnung an das 25-Punkte Programm der NSDAP) „kein weiterer Zuzug aus Bulgarien und Rumänien – für die sofortige Abschiebung krimineller Ausländer“. Und auch die NPD machte im Bundestagswahlkampf 2017 mit dem Slogan „Geld für die Oma“ statt für Sinti & Roma Schlagzeilen.

Leider ist die stereotypische Verklärung der Lebensrealität von Sinti und Roma gesellschaftlich weit verbreitet und wird auch in medialen Darstellungen reproduziert. Für den Umgang mit Antiziganismus ist es daher wichtig, für eine kritische Auseinandersetzung mit Stereotypen im Allgemeinen zu sensibilisieren. Die Bedeutung von Sprache für Vorurteile und Diskriminierung sollte in diesem Zusammenhang Erwähnung finden, um jungen Menschen zu vermitteln, dass Begriffe automatisch mit bestimmten Eigenschaften assoziiert sind. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sinti und Roma ist wichtig, um spezifische Vorurteile aufzuarbeiten. Auch die Vermittlung von kritischer Medienkompetenz (→ **Medienreflektierende Pädagogik**) ist vor diesem Hintergrund notwendig. Jungen Menschen soll geholfen werden, zwischen auf der einen Seite seriöser journalistischer Analyse eines Themas und auf der anderen Seite reißerischer Aufarbeitung (die Stereotype bedient) sowie rechtsextremer Propaganda zu unterscheiden.

Literaturtip:

Markus End/ Kathrin Herold/ Yvonne Robel (Hrsg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, 2009, Münster.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kritische Auseinandersetzung mit Antiziganismus, 2020, Bonn (Kostenlose methodischen Handreichung für Pädagog_innen).

Autoritarismus:

Der Begriff des Autoritarismus bezeichnet in der Sozialpsychologie eine bestimmte Charakterstruktur von Personen, die diese besonders anfällig für rechtsextreme Propaganda und die Teilnahme an rechtsextremen Bewegungen macht. Eine autoritäre Persönlichkeit bildet sich dabei durch das Zusammenspiel von gesellschaftlichem Klima und bestimmten Sozialisationsbedingungen, insbesondere einem rigiden und autoritären Erziehungsstil der Eltern. Dieser ist u.a. durch die Anwendung oder Androhung von körperlichen Strafen, emotionale Vernachlässigung, mangelnde Empathie, Unberechenbarkeit und den Verzicht auf Erklärungen gekennzeichnet. In der Folge ist das Kind nicht in der Lage, ein stabiles Selbstwertgefühl zu entwickeln und belastbare Normen und Wertvorstellungen zu verinnerlichen. Stattdessen unterwirft sich das Kind ängstlich den strengen Weisungen seiner Eltern und versucht allen ihren Anforderungen gerecht zu werden. Die Aggressivität, die das Kind gegenüber seinen Eltern verspürt, kann es aus Angst vor Strafe nicht ausleben, was ein destruktives Potenzial gegenüber Schwächeren erzeugt.

Die frühkindlichen Bindungserfahrungen des Kindes wirken sich auf seine Beziehungsstrukturen und Charaktereigenschaften im Erwachsenenalter aus. Solche Personen sind häufig von den folgenden Eigenschaften gekennzeichnet:

- Sie verhalten sich unterwürfig gegenüber als mächtig wahrgenommenen Autoritätspersonen wie einst gegenüber den strafenden Eltern.
- Sie treten aggressiv nach unten gegen Schwächere, da sie ihre aggressiven Impulse nicht an den übermächtig erscheinenden Autoritäten abreagieren können.
- Sie bleiben stets in den eingefahrenen Bahnen der Konventionen, da sie gelernt haben, dass jeder Ausdruck von Eigenwille und Eigeninitiative mit Gewalt oder emotionaler Erniedrigung bestraft werden kann.
- Zudem neigen sie dazu, verleugnete und verhasste Selbstanteile und Sehnsüchte auf Minderheiten zu projizieren, um an diesen zu bekämpfen, was sie sich selbst aufgrund ihres defizitären Selbstwertgefühls nicht eingestehen können. Autoritäre Charakterdispositionen präformieren somit einen Menschen für eine Empfänglichkeit zu autoritären Ideologien wie dem → **Antisemitismus** (z.B. Projektion eigener narzisstischer Omnipotenz-Gefühle auf die Vorstellung von einer jüdischen Weltverschwörung) und Vorurteilen wie dem → **Rassismus** (z.B. Projektion eigener aggressiver und sexueller Impulse in die rassistische Imagination des Schwarzen).
- Weitere Eigenschaften des Autoritären sind die Abwehr von allem Phantasievollen und Sensiblen, die Diffamierung und Abwertung alles Menschlichem, ein Hang zu Aberglauben und → **Verschwörungsdenken** sowie eine stereotype Wahrnehmung der Welt in den Kategorien „stark“ und „schwach“.

Es ist im pädagogischen Setting grundsätzlich wichtig, die individuelle Situation rechtsorientierter Personen zu berücksichtigen. In Bezug auf autoritäre Persönlichkeiten stellen sich somit folgende Fragen:

- Haben wir es mit Personen zu tun, deren rechtsextremes Weltbild Ausdruck einer autoritären Charakterstruktur ist, so dass Vorurteile und Ideologiefragmente funktional bestimmte Bedürfnisse befriedigen und psychodynamisch notwendig sind? Oder haben wir es mit Oberflächenressentiments zu tun, sodass die Vorurteile bewusst und nicht Ausdruck einer affektiven Charakterstruktur sind? Wenn die Personen im

zweiten Fall rationalen Argumenten und neuen Erfahrungen zugänglich sind, dann kann eine pädagogische Intervention im Sinne einer → **konfrontativen Pädagogik** oder der → **akzeptierenden Jugendarbeit** durchaus Sinn machen. Im ersten Fall gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass autoritäre Charakterzüge, die auf frühkindlichen Bindungserfahrungen beruhen, im einfachen pädagogischen Setting nur schwierig zu revidieren sind. Da autoritäre Personen nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam streben, ist erstens eine selbstbewusste Haltung des pädagogisch Agierenden unabdingbar und zweitens im Fall des Auftretens von Straftaten die Bereitschaft zur Kooperation mit der Polizei und Justizbehörden. Repressive Maßnahmen können hierbei am ehesten zu einer Revision von Einstellungen führen – und wenn nicht, dann werden zumindest reale oder potenzielle Opfer vor rechtsextremen Taten geschützt.

- Weiterhin stellt sich die Frage, ob wir es mit einem pädagogischen Einzelsetting zu tun haben oder unsere pädagogischen Bemühungen sich innerhalb eines Gruppensettings abspielen, z.B. im Rahmen einer Schulklasse. Während im ersten Fall jede Möglichkeit einer pädagogischen Einflussnahme ausgeschöpft werden sollte – und dabei potenzielle Verhaltens- und Einstellungsveränderungen des Klienten am ehesten durch eine wertschätzende Haltung angeregt werden können – gilt es bei rechtsextremen Vorfällen in Gruppen konsequent die Perspektive der Opfer zu vertreten, bei rechtsextremen Straftatbeständen diese strafrechtlich verfolgen zu lassen und neben der Einschaltung von Beratungsstellen wie U-Turn weitere demokratische Akteur_innen zu aktivieren, um sich ganzheitlich dem Problem des Rechtsextremismus anzunehmen.

Literaturtip:

Theodor W. Adorno et al.: Studien zum autoritären Charakter.

Oliver Decker/ Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, 2018, Gießen.

Behindertenfeindlichkeit:

Behindertenfeindlichkeit, auch Ableismus genannt, bezeichnet die Abwertung von Menschen mit geistiger und/ oder körperlicher Behinderung. Der Begriff Ableismus wurde aus dem Englischen (Ableism) übernommen und leitet sich von dem Wort „Ability“ (Fähigkeit) ab. Der Mensch wird demnach nur anhand seiner vorhandenen beziehungsweise nicht vorhandenen Fähigkeiten bewertet. Damit einher gehen bestimmte Stereotype: so gelten Menschen mit einer Behinderung beispielsweise als „bemitleidenswert“ und „hilfsbedürftig“. Grundlegend für Behindertenfeindlichkeit ist eine gesellschaftliche Normalität, in der Behinderungen das Andere und eine Abweichung darstellen. Diese Normalität ist jedoch nicht naturgegeben, sondern abhängig von dem gesellschaftlichen Konsens, der die Norm bestimmt.

Die Formen der Abwertungen können sehr vielfältig sein. Sie zeichnen sich bereits im alltäglichen Sprachgebrauch und durch das Verbreiten bestimmter Körperbilder als Norm ab und reichen bis zur Androhung und Anwendung psychischer und physischer Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderung. Vorurteile gegen Behinderte stehen dabei im Zusammenhang mit Vorurteilen und feindlichen Einstellungen gegenüber anderen



Gruppen. So besteht ein Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und einer Neigung zur Autorität und der Abwertung von Menschen mit Behinderungen. Ein besonders schlimmes Beispiel für die Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung stellt die Politik des nationalsozialistischen Regimes dar. Im NS-Staat wurden Menschen mit Behinderung gezielt ermordet, weil ihr Leben nicht als lebenswert angesehen wurde und sie als unnützlich für die Gesellschaft galten. Die Behauptung, gesellschaftliche oder soziale Entwicklungen seien ein „Kampf ums Dasein“, in dem nur die Besten, Stärksten oder Erfolgreichsten überleben (→ Sozialdarwinismus), war die Grundlage für die „Rassenhygiene“ beziehungsweise „Eugenik“ im Nationalsozialismus und stellt auch noch heute ein Fundament rechtsextremer Ideologie dar.

Die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen ist das Fundament unserer Demokratie (z.B. Artikel 1 bzw. Artikel 3 GG) und der Ausgleich von (sozialer) Ungleichheit ist gesetzlich festgelegt. Insofern ist eine Auseinandersetzung mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie dem Grundgesetz und seiner Geschichte zentral, um junge Menschen zu sensibilisieren und menschenfeindlichen Einstellungen entgegenzuwirken (→ **Politische Bildung/Demokratievermittlung**).

Biologismus:

Biologistische Erklärungsmuster leiten ihr Welt- und Menschenbild aus den angeblichen Gesetzen der Natur ab. Biologistischen Annahmen zufolge folgen Staat und die Gesellschaft den „Gesetzen der Natur“, weshalb auch Menschen ihr Handeln nach den Gesetzen der Natur ausrichten sollten. In der sozialen Praxis werden so Gegensätze wie der von Mann und Frau oder die Angst vor dem Fremden in die Natur hineinprojiziert und schließlich wieder auf die Gesellschaft übertragen. Indem diese Projektionen als biologische Wirklichkeit angesehen werden, dienen sie zur Rechtfertigung der gesellschaftlich konstruierten Unterschiede, wie etwa der Abgrenzung des Eigenen vom Fremden.

Erscheinungsformen biologistischer Argumentationen im Rechtsextremismus sind unter anderem das Geschlechterverhältnis (→ **Geschlechterbilder**) sowie die Existenz miteinander verfeindeter Nationen (→ **Nationalismus/Nationalstolz**). Sowohl die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, in welcher Frauen in die private Sphäre, d.h. dem Bereich des Haushalts, der Mutterschaft und Kindererziehung verwiesen und von der männlich besetzten öffentlichen Sphäre weitestgehend ausgeschlossen werden, als auch die Einteilung der Welt in souveräne Nationen mit eindeutig abgrenzbaren Staatsvölkern, finden sich erst in modernen Gesellschaften. Indem nun gesellschaftlich Bedingtes zum Naturgesetz erklärt wird, erhält es die Bedeutung ewiger Wahrheit. Verstöße gegen die vermeintlichen Gesetze der Natur, wie beispielsweise beruflich unabhängige Frauen ohne Kinder, Migration oder die Begrenzung nationaler Souveränität durch die Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, wollen Rechtsextreme zugunsten einer natürlichen Ordnung beseitigen.

In der Diskussion um die Natürlichkeit von Verhaltensmustern gilt es die Prämisse der biologistischen Argumentation zu hinterfragen. Indem aufgezeigt wird, inwiefern vermeintlich natürliche Gegebenheiten von sozialen Verhältnissen bedingt sind, können biologistische Argumentationen widerlegt werden. Menschen sind nicht biologisch determiniert, sondern wesentlich durch die sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflusst. Erziehung, Bildung oder soziales Umfeld etwa sind grundlegende Faktoren, die die Denk- und Verhaltensmuster jedes Individuums prägen und unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse entstehen lassen.

Ethnopluralismus:

Ethnopluralismus ist ein Begriff der → **Neuen Rechten**, der in Bezug auf deren metapolitischen Strategie verstanden werden muss. Die Vertreter_innen der Neuen Rechten versuchen durch die Umwertung von Begriffen eine gesellschaftliche Diskurshoheit und kulturelle Hegemonie zu erlangen, indem sukzessive eigene ideologische Inhalte in gesellschaftliche Debatten eingebracht werden. An die Stelle des offenen Propagierens von biologischem → **Rassismus**, der in weiten Teilen der Gesellschaft diskreditiert und somit wenig anschlussfähig an den öffentlichen Diskurs ist, tritt in der Neuen Rechten das Konzept des Ethnopluralismus. Dieser Ideologie zufolge sind Kulturen bzw. Völker historisch gewachsene Größen, die durch den Einfluss von „fremden“ Kulturen und insbesondere von Migrationsbewegungen bedroht sind (→ **Kultur**). Die Vielfalt der Völker kann diesem Denken nach nur bewahrt werden, wenn die Völker räumlich getrennt werden und es zu keiner Vermischung der Ethnien kommt. Im Unterschied zum klassischen Rassismus wird allerdings aus der vermeintlichen Ungleichheit der Völker keine Ungleichwertigkeit abgeleitet: Dem ethnopluralistischen Denken zufolge sind alle Völker gleichwertig und sollen in ihrer vermeintlichen Reinheit erhalten bleiben.

Auch wenn die Vertreter_innen dieser Ideologie sich von Rassismus distanzieren, muss der Ethnopluralismus als Variation der rechtsextremen Ideologie der prinzipiellen ethnischen Ungleichheit von Menschen angesehen werden:

- Die Neue Rechte teilt den → **Anti-Individualismus/Kollektivismus** der „Alten Rechten“, da im Ethnopluralismus Völker als ethnisch homogene Gebilde und somit Menschen nicht als Individuen, sondern nur als Träger ihrer „ethisch-kulturellen Identität“ angesehen werden.
- Als Volk wird im ethnopluralistischen Denken nicht der rechtliche und politische Verbund aller Staatsbürger bezeichnet, sondern eine Gruppe mit gemeinsamer ethnischer Abstammung. Auch wenn Ethnopluralisten wie die Identitäre Bewegung von „ethnisch-kultureller Identität“ sprechen und stets kulturelle, regionale und geographische Unterschiede zwischen angeblichen Völkern betonen, ist letztendlich die fiktive ethnische Abstammung das entscheidende Kriterium zur Einteilung und Separierung von Menschen. Eingewanderte aus einem afrikanischen Land können diesem Denken zufolge niemals zum „deutschen Volk“ gehören, unabhängig von deren kulturellen Werten oder Staatsangehörigkeit.
- Der Ethnopluralismus leugnet zudem die Möglichkeit einer universell gültigen Moral oder universell gültiger Menschenrechte. Menschenrechte haben somit nicht alle Individuen, sondern vielmehr wird jedem Volk eine eigene Kultur mit eigenen moralischen Maßstäben zugesprochen, die ausschließlich im Kulturraum des jeweiligen Volkes Geltung beanspruchen können.

Da der Ethnopluralismus als Teil der metapolitischen Strategie der Neuen Rechten betrachtet werden muss, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Konzept sinnvoll. Im Rahmen von → **politischer Bildung/Demokratievermittlung** sollte deswegen vermittelt werden:

- Alle menschlichen Kulturen sind keine „reinen“, voneinander abgeschotteten Gebilde, sondern haben sich im Laufe ihrer historischen Entwicklung wechselseitig beeinflusst.
- Die Individuen innerhalb einer Gesellschaft teilen somit auch nicht die gleichen Werte und Normen. In einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft sollten Lebensentwürfe und Normen nicht aufgrund



vermeintlich kultureller Herkunft beurteilt werden, sondern inwiefern sie mit den universellen Menschenrechten vereinbar sind.

- Die Forderung nach räumlicher Trennung von ethisch definierten „Völkern“ würde in den heutigen westlichen Industriestaaten dazu führen, dass viele Menschen ihren Geburtsort verlassen müssten, obwohl sie dort Staatsbürger sind und kulturell sozialisiert wurden. In der Konsequenz unterscheidet sich dieses Denken nicht von der klassischen neonazistischen Parole „Deutschland den Deutschen! Türkei den Türken“.

Literaturtip:

Armin Pfahl-Traugber: Das Volk als Subjekt. Zur Ideologie des Ethnopluralismus. 2008 (erschienen bei: www.belltower.news)

Führerkult:

Der Begriff Führer bezieht sich im deutschen Rechtsextremismus synonym auf Adolf Hitler. Er richtete den Staat nach dem hierarchischen Führerprinzip aus, an dessen Spitze der Führer als Träger der Gesamtverantwortung stand. Ihm waren alle Untergebenen zu Gehorsam verpflichtet. Für den Rechtsextremismus ist das Führerprinzip charakteristisch und mit der ihm impliziten Selbstaufgabe aller Individuen (→ **Anti-Individualismus/Kollektivismus**) ist er Ausdruck einer antidemokratischen Gesinnung. Das Führerprinzip fundiert aber nicht allein darauf, dass eine Person im militärischen Sinne über die absolute Befehlsgewalt verfügt, sondern der Führer soll zugleich den imaginierten Willen des Volkes in sich vereinigen und zum Ausdruck bringen. Indem der vermeintliche Volkswillen durch die Person des Führers vollstreckt wird, werden zudem sämtliche demokratische Vermittlungsinstanzen, allen voran das Parlament, überflüssig.

Auch heute beziehen sich Neonazis weiterhin positiv auf Adolf Hitler und streben nach Vorbild des Dritten Reichs die Einführung eines autoritären Führerstaates an. Besonders in der Szene der Autonomen Nationalisten (→ **Freie Kameradschaften**) wird ein ausgeprägter Führerkult praktiziert, den sie durch jugendkulturelle Elemente wie „HTLR“-Schriftzüge auf T-Shirts zur Schau stellt.

Aufgrund der anti-individualistischen Struktur des Führerkults ist es in der pädagogischen Arbeit wichtig, Wege zu finden, um die Vielfältigkeit individueller politischer Vorstellungen und Lebensentwürfe aufzuzeigen, die sich z.B. in einer Klassengemeinschaft aufweisen lassen. Vor diesem Hintergrund wäre dann die Frage zu diskutieren, inwiefern es überhaupt möglich sein kann, dass eine Person die Interessen aller Personen eines Gemeinwesens in sich vereinigen und vertreten kann.

Geschichtsrevisionismus:

Geschichtsrevisionismus bezeichnet den Versuch, wissenschaftlich fundierte Geschichtsschreibung umzu-
deuten. In Bezug auf den Nationalsozialismus sollen Verbrechen der Nazis verharmlost, relativiert oder sogar

vollständig gezeugnet werden. Dafür werden historische Belege entweder manipuliert oder falsch interpretiert. Ziel geschichtsrevisionistischer Argumentation ist es, eine positive Identifikation mit der deutschen Nation und ihrer Geschichte zu ermöglichen, welche wiederum als Voraussetzung für die Herstellung einer → **Volksgemeinschaft** gilt. Dabei zeichnet sich rechtsextreme Geschichtspolitik insbesondere dadurch aus, dass Erinnerung vereinheitlicht und damit von Widersprüchen und einer Orientierung am Individuum befreit werden soll. Durch den Vorwurf gegenüber der Geschichtswissenschaft, sie würde Quellen ausschließlich zu Ungunsten Deutschlands interpretieren, findet zugleich eine in der Regel antisemitisch (→ **Antisemitismus**) konnotierte Täter-Opfer-Umkehr statt.

In der extremen Rechten finden sich verschiedene Formen des Geschichtsrevisionismus. Neben der → **Holocaustleugnung** findet sich insbesondere in der → **Neuen Rechten** die Forderung nach einem sogenannten Schlussstrich, d.h. einem Ende der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Ebenfalls geschichtsrevisionistisch sind Aussagen führender Politiker der Partei Alternative für Deutschland, wie die Aussage Alexander Gaulands, der Nationalsozialismus sei lediglich ein „Vogelschiss in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“.

Wird eine revisionistische Geschichtsschreibung als Verharmlosungsstrategie des Nationalsozialismus genutzt, ist es schwierig diesem Weltbild mit Argumenten zu begegnen. Basiert sie jedoch auf einer mangelhaften Kenntnis der deutschen Geschichte, ist pädagogische Intervention gefragt. Über reines Wissen (→ **Politische Bildung/Demokratievermittlung**) hinaus kann insbesondere ein emotionaler Zugang zu dem Thema hilfreich sein, um falsche Vorstellungen zu hinterfragen. Über Zeitzeugengespräche oder Gedenkstättenfahrten (→ **Gedenkstättenpädagogik**) ist es möglich, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen auf einer persönlichen Ebene zu ermöglichen.

Literaturtip:

Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.): Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Themenheft Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus, 2020, Frankfurt am Main, Online Abrufbar unter: <https://www.bs-anne-frank.de/revisionismus/>

Samuel Salzborn: Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, 2020, Berlin/Leipzig

Geschlechterbilder:

Ein wesentliches Merkmal rechtsextremer Ideologien ist die Idealisierung traditioneller Geschlechter- und Familienbilder. Dabei werden Männer und Frauen als Gegensätze gesehen: Auf der einen Seite der starke Beschützer und Ernährer, auf der anderen Seite die fürsorgliche Hausfrau und Mutter. Diese klare Rollenverteilung wird biologisch begründet und ist daher aus rechtsextremer Sicht naturgegeben und unveränderbar (→ **Biologismus**). Dies hängt eng damit zusammen, dass Rechtsextreme die Familie als „Keimzelle der → **Volksgemeinschaft**“ sehen, da durch sie das Fortbestehen der deutschen „Rasse“ gewährleistet werden soll. So heißt es auf der Homepage der NPD: „Die kleinste natürliche Gemeinschaft jedes Volkes ist die Familie. Auf ihr fußen Volk und Staat, in ihr werden Werte und Traditionen weitergegeben“. Diese Haltung spiegelt sich auch in der Erziehung



von Kindern von rechtsextremen Eltern wider. Jungen werden fast soldatisch zu Härte, Stärke und Durchsetzungsfähigkeit erzogen, während Mädchen das Handarbeiten und Kochen erlernen. All dies geschieht mit einem starken Fokus auf Traditionsbewusstsein und dem Ideal eines starken und „reinrassigen“ deutschen Volkes.

Geschlechterstereotype und Sexismus sind in Deutschland immer noch weit verbreitet, wie beispielsweise der Gender Pay Gap eindrücklich zeigt. Deshalb bieten die traditionellen Geschlechterbilder der rechtsextremen Szene einen guten Anknüpfungspunkt zur Verbreitung ihrer Ideologie. Gerade angesichts von Individualisierung und Modernisierung sehen sich Menschen heute mit unzähligen Wahlmöglichkeiten, Unsicherheiten und Ambivalenzen konfrontiert. Ein klares und eindimensionales Geschlechterrollenmodell bietet vor diesem Hintergrund feste Strukturen und Werte, die für einige verlockend erscheinen können.

Da wie bereits erwähnt traditionelle Geschlechterstereotype und Sexismus in der Gesellschaft weit verbreitet sind, muss eine verstärkte Identifikation mit klassischen Geschlechterrollen nicht zwangsweise auf eine mögliche Radikalisierung hindeuten. Wenn solche traditionellen Ansichten jedoch im Zusammenhang mit Rassismus und einer Ausrichtung auf eine „Volksgemeinschaft“ hin auftreten, könnte dies ein Hinweis auf eine rechtsextreme Ideologie sein. Dieser kann beispielsweise mit → **geschlechterreflektierender Pädagogik**, auf Empowerment ausgerichtete Sozialarbeit für Mädchen und junge Frauen oder einer Auseinandersetzung mit der Vielfalt von Lebensentwürfen für Männer und Frauen begegnet werden.

Gewalt/-verherrlichung:

In der rechtsextremen Szene dient Gewalt als politische Handlungsform und legitimes Mittel, um die eigene Ideologie durchzusetzen. Rechtsextreme legitimieren die Gewalt gegen politische Gegner_innen und Andersdenkende durch ihre sozialdarwinistische Vorstellung vom „Recht des Stärkeren“ (→ **Sozialdarwinismus**). Die Ausübung physischer und psychischer Gewalt erfüllt dabei häufig eine Kompensationsfunktion für das Gefühl, im Kontext von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen unbedeutend zu sein. Opfernarrative fungieren dabei als Rechtfertigung für gewalttätige Neigungen, die der (Wieder-)Herstellung von Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit dienen. Das eigene militante Auftreten wird zur Gegenwehr umgedeutet und Gewalt gegen als minderwertig angesehene Personen verherrlicht. Die Anwendung von Gewalt dient dabei der Vergewisserung der eigenen Männlichkeit sowie der Festigung der Position innerhalb der Gruppe. Es verwundert daher nicht, dass etwa 90 Prozent der rechtsextremen Gewalttaten von Männern ausgeübt werden. Rechtsextreme Lebenswelten geben jungen Männern einfache Antworten auf die Herausforderung ein „echter Mann“ werden zu müssen. Gewalt gilt hier als zulässiger Weg, um Männlichkeit einzuüben und Überlegenheit durchzusetzen. Junge Männer, die in anderen Lebensbereichen Ausgrenzung erfahren, erleben in der rechtsextremen Szene durch Gewaltanwendung Anerkennung und können in der gruppeninternen Hierarchie aufsteigen.

Gewalt ist im Rechtsextremismus allgegenwärtig:

- Rechtsextreme Kampfsportveranstaltung erfreuen sich in den letzten Jahren wachsender Beliebtheit, beispielsweise der von Dortmunder Neonazis mitorganisierte Kampf der Nibelungen. Events dieser Art verdeutlichen zudem die häufigen Überschneidungen und engen Kontakte zwischen dem organisierten Rechtsextremismus und der Hooligan-Szene.

- Auch in der → **Neuen Rechten** spielt Gewalt eine wesentliche Rolle. Beispielsweise gehörten zum sogenannten Bundescamp der → **Identitären Bewegung**, einer Art Sommercamp zur Vernetzung und Bildung, auch Wehrsportübungen als Vorbereitung für den Straßenkampf.
- Rechtsextreme Gewalt erscheint insbesondere in Form von Angriffen auf politische Gegner_innen und Feindbildern der Szene. Allein im Zeitraum zwischen 1990 und 2020 kam es, der Amadeu Anotonio Stiftung zufolge, zu mindestens 208 Toten durch rechtsextrem motiviert Gewalt.
- Eine besondere Form rechtsextremer Gewalt ist der → **Rechtsterrorismus**.
- Glorifizierung von Gewalt ist zentraler Bestandteil rechtsextremer → **Musik**.

Es bieten sich verschieden Möglichkeiten um Umgang mit rechtsextremer Gewalt:

- Falls Sie rechtsextreme Gewalt in ihrem Alltag mitbekommen, sollten Sie die Betroffenen unterstützen, bei Bedarf durch die Herstellung eines Kontaktes zu einer Hilfseinrichtung. In Dortmund ist die Beratungsstelle BackUp - Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt zuständig.
- Da rechtsextreme Gewalt zum größten Teil von Männern ausgeübt wird, lohnt es sich bereits im frühen Jugendalter geschlechterreflektierend mit Jungen zu arbeiten, um hegemoniale Männlichkeitsvorstellungen infrage zu stellen und die Vielfalt von Lebensentwürfen aufzuzeigen. Anknüpfend an die Lebenswirklichkeit der Jungen und jungen Männer können heterogene Formen der Männlichkeit entworfen, als geschlechtertypisch gelesene Verhaltensmuster aufgebrochen und neue Handlungskonzepte erarbeitet werden (→ **geschlechterreflektierende Pädagogik**).

Heimatschutz:

Mit Hilfe von ökologischen Themen, die eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz aufweisen und unverfänglich scheinen, versuchen Rechtsextreme in der Gesellschaft auf Resonanz zu stoßen. Allerdings ist der Versuch einer Vereinnahmung von Umwelthemen durch Neonazis mehr als nur das Aufgreifen eines gesamtgesellschaftlichen Trends. Vielmehr hat der Heimatschutz bei Rechtsextremen eine lange Tradition. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es ideologische und personelle Übereinstimmungen der Natur- und Heimatschutzbewegung mit der völkischen Bewegung. Heimatschutz galt als Schutz der „Wurzeln des germanischen Lebens“. Damit kann der Begriff auch auf den Schutz des Volkes, der Nation oder „Rasse“ ausgeweitet werden. So werden bis heute für rassistische Argumentationen gerne Vergleiche zu ökologischen Themen genutzt, beispielsweise zu Neophyten (aus anderen Erdteilen eingeschleppte Pflanzen), die sich in Europa ausbreiten und einheimische Pflanzenarten verdrängen. Im Nationalsozialismus wurde der rassistisch begründete Heimatkult weiter verstärkt und als wichtiger ideologischer Bestandteil integriert.

Immer wieder greifen rechtsextreme Organisationen ökologische Themen auf. So rufen → **freie Kameradschaften** zu „nationalen Säuberungstagen“ auf, an denen Abfälle von der Straße entsorgt werden. Die NPD propagiert unter dem Slogan „Tierschutz ist Heimatschutz“ die Annahme, dass durch die Zerstörung der Natur „der Mensch entfremdet und entwurzelt [wird], er verliert seine Identität.“ Auch bei der Partei Die Rechte bilden Umwelt- und Tierschutz zwei von insgesamt 25 Punkten des Parteiprogramms. Nicht immer verstecken sich hinter den Botschaften unmittelbar erkennbare ideologische Motive, wie dies beispielsweise bei der Forderung nach einem Verbot von Schächtungen vermutlich der Fall ist.



Meist ist es nicht schwer, die Umweltprogramme rechtsextremer Organisationen zu widerlegen. Die Probleme sind oft schlecht recherchiert und auch Lösungsvorschläge nur schwer anwendbar. Das Problem ist vielmehr, das rechtsextreme Interesse, das hinter vermeintlich harmlosen ökologischen Argumenten steht, zu erkennen. Dafür sind die Vermittlung von kritischer Medienkompetenz (→ **medienreflektierende Pädagogik**) sowie eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Argumentationsmustern eine notwendige Voraussetzung. Jugendliche müssen dafür sensibilisiert werden, die rechtsextreme Propaganda hinter vermeintlich harmlosen Themen zu erkennen.

Holocaustleugnung:

Unter Holocaustleugnung wird das Bestreiten, weitgehende Verharmlosen und Relativieren (→ **Geschichtsrevisionismus**) des Holocausts verstanden. In Deutschland ist die Leugnung des Holocausts nach § 130 Abs. 3 des Strafgesetzes verboten, d.h. wer den von den Nationalsozialisten organisierten Völkermord an den europäischen Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung billigt, verharmlost oder leugnet macht sich strafbar. Die Tatsache, dass der Holocaust von Historiker_innen umfassend erforscht und dokumentiert ist sowie dass die Leugnung des Holocaust strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann, hält viele Antisemit_innen und Rechtsextreme nicht davon ab, diesen, wenn nicht direkt zu bestreiten, so doch zumindest zu verharmlosen oder zu relativieren.

Leugnung:

- Es werden pseudowissenschaftliche Gutachten angeführt, denen zufolge der Holocaust angezweifelt werden muss. Die gängigen Argumentationsmuster der Holocaustleugner_innen berufen sich darauf, dass angeblich keine Rückstände von Giftgas in den Gaskammern gefunden wurden und die Gaskammern ohnehin zu klein waren, um für einen industriellen Massenmord genutzt zu werden. Diese Argumente sind wissenschaftlich widerlegt.
- Es wird verschwörungstheoretisch behauptet, dass die Alliierten und jüdische Interessengruppen den Holocaust erfunden hätten, um Deutschland zu schwächen, Wiedergutmachungszahlungen zu erpressen und die internationale Staatengemeinschaft moralisch zur Unterstützung Israels zu zwingen.

Verharmlosung/Relativierung:

- Es wird behauptet, dass die Opferzahlen übertrieben seien und die meisten Opfer an Unterernährung und Krankheit gestorben sind.
- Die Singularität des Holocaust wird bestritten, indem dieser in den Kontext eines „grausamen Krieges“ eingeordnet und als vermeintlich vergleichbares Verbrechen ein alliierter „Bombenholocaust“ angeführt wird.
- Menschen jüdischen Glaubens wird die Verantwortung bzw. Mitverantwortung für ihre Ermordung zugewiesen. Es wird argumentiert, dass jüdische Menschen durch ihr Verhalten „den Volkszorn“ provoziert hätten, dem sie zum Opfer gefallen sind (ähnliche Argumentationsmuster finden sich heute bezüglich des Terrors gegen jüdische Menschen in Israel (→ **Antisemitismus**)). Im Kontext dieser Relativierungsform wird oft auch bestritten, dass die Ermordung der europäischen Menschen jüdischen Glaubens von den Nationalsozialisten angeordnet und organisiert wurde.
- Es wird behauptet, Juden und Jüdinnen würden mit dem Holocaust vergleichbare Verbrechen begehen (→ **Antisemitismus**).

Der Umgang mit holocaustleugnenden und relativierenden Aussagen stellt für die pädagogische Arbeit eine besondere Herausforderung dar. Neben der Vermittlung der historischen Fakten über den Holocaust ist die Vermittlung einer kritischen Medienkompetenz notwendige Voraussetzung, um junge Menschen im Zeitalter des Internets in die Lage zu versetzen, zwischen seriösen Informationsquellen und Propaganda unterscheiden zu können (→ **medienreflektierende Pädagogik**).

Homophobie:

Der Begriff Homophobie bezeichnet die feindselige Ablehnung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen. Homosexualität gilt in der homophoben Vorstellung als Verstoß gegen ein vermeintlich natürliches Geschlechterverhältnis (→ **Biologismus**), welches bestimmt ist durch Heterosexualität und einer eindeutigen Unterscheidung von Mann und Frau. In diesem Zusammenhang werden dem jeweiligen Geschlecht bestimmte und als natürlich verstandene Eigenschaften zugeschrieben. Im homophoben Denken bedeutet Homosexualität die Infragestellung eindeutiger Geschlechtsidentitäten, beispielsweise indem Schwule mit Schwäche und Weiblichkeit identifiziert werden und damit den scheinbar natürlichen Männlichkeitsidealen von Stärke und Härte widersprechen. Es handelt sich bei der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften an Schwule und Lesben um eine Projektion der Selbstanteile, die im Widerspruch zum jeweils eigenen Geschlechtsideal stehen. Insbesondere bei Männern tritt auch die projektive Abwehr des eigenen gleichgeschlechtlichen Begehrens dazu.

Homophobie äußert sich innerhalb der extremen Rechten auf verschiedene Weise:

- Im Kampf gegen die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Personen, beispielsweise in Form der gleichgeschlechtlichen Ehe.
- In der Behauptung, eine sogenannte „Frühsexualisierung“, womit die schulische Aufklärung über die Vielfalt sexueller Orientierungen gemeint ist, verunsichere Kinder in ihrer angeblich natürlichen heterosexuellen Identität.
- Im Neonazismus steht Homosexualität im Widerspruch zum nationalsozialistischen Familienbild, wonach die Familie als „Keimzelle der → **Volksgemeinschaft**“ der Reproduktion des deutschen Volkes dienen müsse.

Folgende Möglichkeiten bieten sich im Umgang mit Homophobie an:

- Sollten sie Zeuge homophober Angriffe oder Diskriminierungen werden, unterstützen sie die betroffene Person, bei Bedarf durch die Herstellung eines Kontaktes zu einer Opfer-Beratungsstelle. In Dortmund ist dies BackUp – Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt.
- Im geschützten Rahmen einer → **geschlechterreflektierenden Pädagogik** können sich Kinder und Jugendliche auf den Austausch über geschlechtliche und sexuelle Vorstellungen miteinander einlassen. Die Förderung von Emotionalität und Empathiefähigkeit, insbesondere bei Jungen und jungen Männern, kann im Vordergrund stehen, um strikten Männlichkeitsidealen entgegenzuwirken.
- In der Bundesrepublik Deutschland sind alle Individuen gleichgestellt, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung (Art.3 Grundgesetz). Eine Benachteiligung homosexueller Personen verstößt daher gegen ein zentrales Prinzip der Demokratie (→ **Politische Bildung/Demokratievermittlung**).
- Vermittlung von Wissen über Homosexualität dient dem Abbau von Ängsten und Unsicherheiten. Insbesondere in der Schule ist eine Aufklärung und Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen wichtig.

Kultur & Kulturalisierung:

Dem Duden zufolge bezeichnet der Begriff Kultur die „geistigen, künstlerischen, gestaltenden Leistungen einer Gemeinschaft“. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff zunehmend auch zur Beschreibung von Traditionen, Ritualen und Werten einer bestimmten Gruppe von Menschen verwendet. In der rechtsextremen Szene wird Kultur hingegen als wesentliche und determinierende Erklärung für Handlungen, Einstellungen, Verhaltensweisen, Konflikte oder Ausdrucksweisen eines Menschen verstanden. Andere Faktoren wie sozialer Status, Geschlecht oder Bildungsniveau werden selten berücksichtigt, wenn es z.B. um die Ursachen von Kriminalität geht. Dies wird auch als Kulturalisierung oder Kulturalismus bezeichnet.

Menschen mit einer kulturalistischen Weltsicht gehen davon aus, dass sich alle Menschen in abgeschlossene und klar unterscheidbare Gruppen („Kulturen“) einteilen lassen. Diese Kulturen werden als homogen und kaum veränderbar wahrgenommen. Ein Zusammenleben oder die Integration von Menschen unterschiedlicher Kultur oder schlicht der gemeinsame Austausch über die verschiedenen Kulturen hinweg werden deshalb als unmöglich angesehen. Häufig wird dabei der Kulturbegriff ethnisiert, d.h. allen Menschen einer Ethnizität oder Nationalität wird eine gemeinsame Kultur zugeschrieben. In diesem Zusammenhang wird dann beispielsweise von „deutscher Kultur“ oder „türkischer Kultur“ gesprochen. Raum für Unterschiede innerhalb von oder Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen bleibt dabei nicht, was wiederum Stereotype, Vorurteile und Dichotomisierung („Wir“ und „die Anderen“) verstärkt. Insbesondere rechtsextreme Ideologien beinhalten einen Kulturalismus, der auf der Annahme basiert, dass Menschen einer bestimmten Ethnizität oder Nationalität eine distinkte und unveränderbare Kultur teilen, die ihre Werte, Verhaltensweisen und Handlungen determinieren. Kulturen fungieren hierbei als funktionale Äquivalente des Begriffs „Rasse“ (→ **Rassismus**), weswegen auch von Neorassismus gesprochen wird. Auch im Konzept des → **Ethnopluralismus** der → **Neuen Rechten** wird in der Regel auf unterschiedliche Kulturen Bezug genommen, wenngleich die fiktive ethnische Abstammung die entscheidende Kategorie zur Trennung von Menschen bleibt.

Für die Rechtsextremismusprävention ist an dieser Stelle → **interkulturelle Bildung** von Interesse. Der Abbau von Vorurteilen und positiver Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund kann Kulturalismus vorbeugen. Hilfreich kann auch ein Gegennarrativ sein, bei dem die Vorteile und Chancen einer von Vielfalt geprägten, demokratischen Gesellschaft aufgezeigt werden (→ **politische Bildung/Demokratievermittlung**).

Militarismus:

Eine militaristische Einstellung zur Gesellschaft ist ein Indikator, der auf eine Affinität zu antidemokratischen und autoritären Einstellungen hinweist. Im Mittelpunkt militaristischen Denkens stehen militärische Wertvorstellungen, wie z.B. klare hierarchische Strukturen, die auf Befehl und Gehorsam fundieren. Häufig geht dieses Denken einher mit einem Männlichkeitskult, der Ablehnung von Schwäche und fehlender Kompromissbereitschaft, da das Recht des Stärkeren (→ **Sozialdarwinismus**) in Konflikten als Maß aller Dinge angesehen wird. Die Unterordnung in der Eigengruppe und die Bereitschaft zum Opfer für die Gemeinschaft (→ **Opferbereitschaft**) werden beständig glorifiziert.

Viele junge Menschen erfahren ihre Umwelt als bedrohlich, vor allem, wenn sie auf sich alleine gestellt sind. Gruppen versprechen Stärke und die Aufgabe individueller Freiheit und die Unterordnung in ein Kollektiv (→ **Anti-Individualismus/Kollektivismus**) verspricht einen Zugewinn an Sicherheit. Dazu kommt häufig ein Ohnmachtsgefühl gegenüber einer äußeren Welt, die Handlungsentscheidungen und deren Wirksamkeit häufig entgegensteht, sodass die Unsicherheit bezüglich des eigenen Handelns und dessen potentiellen Folgen den Wunsch nach klaren Handlungsregularien aufkommen lässt. Der Militarismus bzw. die ihm zugrundeliegenden Prinzipien versprechen Schutz vor einer unkontrollierbaren Außenwelt, Handlungssicherheit durch Gehorsam und Macht durch Befehlsgewalt.

Pädagogische Arbeit muss in Bezug auf militaristisches Denken den Versuch unternehmen aufzuzeigen, dass Konfliktlösungen durch Kompromissbereitschaft und Austausch von sachlichen Argumenten auf Augenhöhe einen subjektiven Zugewinn an Handlungsoptionen und Selbstwirksamkeit versprechen. Gleichzeitig gilt es den Zwangscharakter eines streng binären Befehl-Gehorsam-Denkens und einer grundsätzlichen Unterordnung in ein Kollektiv aufzuzeigen.

Muslimfeindlichkeit:

Der Begriff der Muslimfeindlichkeit bezeichnet eine pauschale Feindschaft gegenüber Muslim_innen, die aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses herabgewürdigt und diskriminiert werden. Zu unterscheiden von der Muslimfeindlichkeit, die sich in ablehnender Form auf Menschen muslimischen Glaubens als Individuen und somit auf die Träger von Menschen- und Bürgerrechten bezieht, ist eine pauschale Abwertung oder kritische Haltung gegenüber dem Islam als Religion. Begriffe wie Islamophobie oder Islamfeindschaft sind dahingehend irreführend, dass sich mit ihnen nicht trennscharf zwischen einer aufklärerischen, atheistischen oder ex-muslimischen Kritik am Islam und einer fremdenfeindlichen Hetze gegen Muslim_innen unterscheiden lässt.

Muslimfeindliche Ressentiments äußern sich zumeist in pauschalen negativen Zuschreibungen gegenüber allen Muslimen, etwa als frauenfeindlich, reaktionär und unzivilisiert, sowie in dem Absprechen von elementaren Grundrechten, wie dem Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (Art 4 GG) oder dem Recht auf freie Meinungsäußerung (Art 5 GG). Die diskriminierende Ablehnung von Muslim_innen findet sich dabei bei allen Erscheinungen des Rechts-extremismus sowie in der „Mitte der Gesellschaft“ (→ **Extremismus der Mitte**):

- Im → **Neonazismus**: Beispielsweise nutzt die Partei Die Rechte in ihrem Programm zur Kommunalwahl in Dortmund 2020 Debatten über den Bau von Großmoscheen und der tatsächlichen Gefahr von islamistischen Terrorismus, um in rassistischer Weise eine generelle Unvereinbarkeit von verschiedenen „Völkern“ und „Kulturen auf engstem Raum“ zu postulieren.
- Im → **Rechtsterrorismus**: In den letzten Jahren mehrten sich terroristische Anschläge, die explizit auf die Tötung von muslimischen Menschen abzielten bzw. durch das Narrativ eines Bevölkerungsaustausches (→ Großer Austausch) durch die Einwanderung von muslimischen Menschen nach Europa und dem Aussterben der „weißen Rasse“ motiviert waren (z.B. 2011 die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya durch Anders Breivik, die Amokfahrt vor einer Moschee in London 2017 sowie der Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch 2019).
- Im → **Rechtspopulismus**: Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Europa mobilisieren ihre Anhänger*innen u.a. durch die Warnung vor einer angeblichen Islamisierung Europas, die in Folge einer höheren



Geburtenrate von Muslim_innen drohen würde. Einher geht dies zumeist mit einer Gleichsetzung von Muslim_innen und bestimmten Passagen aus dem Koran und den Hadithen, so dass muslimische Menschen ausschließlich als Tragende ihrer Religion und nicht als eigenständige, vernunftbegabte Individuen wahrgenommen werden.

- In der → **Neuen Rechten**: Auch die Identitäre Bewegung sieht etwa den „Erhalt der ethnokulturellen Identität“ in Deutschland durch „Masseneinwanderung und Islamisierung“ bedroht.
- In der → **„Mitte der Gesellschaft“**: Muslimfeindlichkeit ist indes nicht allein ein Phänomen des rechten Randes, sondern Ressentiments gegen muslimische Menschen finden sich in verschiedenen politischen Spektren. In der repräsentativen Studie „Verlorene Mitte - Feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung befürworten 18,7 % der Befragten muslimfeindliche Aussagen (z.B. „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“), wobei AfD-Wähler dies mit 66 % mit Abstand am häufigsten tun.

Wenn Sie eine pauschale Verunglimpfung von Menschen muslimischen Glaubens in ihrem (beruflichen) Alltag bekommen, sollten Sie wie folgt reagieren:

- Die Betroffenen von muslimfeindlich motivierten Attacken und Erniedrigungen unterstützen, bei Bedarf durch die Herstellung eines Kontaktes zu einer Opfer-Beratungsstelle – in Dortmund ist dies BackUp.
- Die Grenze zwischen einer Kritik an einer Religion, die Teil eines demokratischen Meinungpluralismus ist, und der Abwertung der individuellen Religiosität eines Einzelnen verdeutlichen.
- Gegen anti-muslimische Narrative argumentieren.

Literaturtipp:

Armin Pfahl-Traugber: Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel, 2019 (Online Abrufbar auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung)

Nationalismus/Nationalstolz:

Als Nationalismus wird die Identifikation mit dem eigenen nationalen Kollektiv bezeichnet. Die Zugehörigkeit der Einzelnen begründet sich dabei in der Regel durch die Abstammung. Der völkische Nationalismus bezieht sich auf ein ethnisches Konzept von Nation und propagiert die Nation als ethnisch reinrassige und homogene → **Volksgemeinschaft**. Im Gegensatz zu einer ethnisch verstandenen Nation steht das politische Konzept der Nation, in welchem die nationale Zugehörigkeit anhand gemeinsamer politischer Wertvorstellungen bestimmt wird. Abgesehen von der konkreten Form der Nation handelt es sich grundsätzlich um eine Kategorie der sozialen Grenzziehung. Da aber die Nation auf keine objektive Grundlage verweisen kann und sie letztlich nur in der gemeinsamen Vorstellung ihrer Angehörigen besteht, bedarf es Merkmale, anhand derer die Nation sich vermeintlich objektive Geltung verschaffen und von anderen Nationen abgegrenzt werden kann. Von zentraler Bedeutung sind dabei häufig Sprache, Herkunft (→ **Rassismus**), die nationale Geschichte und nationale Mythen sowie Religion. Auf diese Elemente rekurriert der Nationalstolz, in welchem die abstrakte Zugehörigkeit zur Nation in ein konkretes Gefühl transformiert wird.

Für das Individuum ist der Nationalismus aus verschiedenen Gründen attraktiv. Zunächst bietet Nationalismus, wenn er sich in „natürlicher“ Zugehörigkeit begründet, dem Individuum eine vermeintlich gesicherte Identität und zugleich eine Legitimation für soziale und politische Ansprüche (z.B. Arbeitsplatz, staatliche Unterstützung, politische Mitbestimmung). Im Stolz auf die eigene Nation erfährt das Individuum eine Aufwertung. Es gewinnt zum einen Selbstvertrauen aus den Leistungen des Kollektivs und kann zum anderen das Gefühl der Bedeutungslosigkeit des eigenen Daseins durch die Zugehörigkeit zu einem überzeitlichen Kollektiv mit seiner vermeintlich Jahrhunderte alten Geschichte, seinen Mythen, Traditionen und seiner besonderen Kultur bewältigen.

Nationalismus erscheint in verschiedenen Formen, unter anderem:

- In der Forderung, der Staat solle sich ausschließlich um das eigene deutsche Volk kümmern, wobei dieses als ethnische Entität verstanden wird. Damit einher geht der Vorwurf, der deutsche Staat sorge sich in erster Linie um Geflüchtete und Migrant_innen.
- In der Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt gegenüber vermeintlichen Fremden. Exemplarisch dafür steht die Parole: „Deutschland den Deutschen. Ausländer raus“.
- In dem Versuch durch → **Geschichtsrevisionsismus** einen positiven Bezug auf die deutsche Geschichte zu ermöglichen.
- In der Behauptung, Einwanderung und kulturelle Vielfalt seien eine Bedrohung für Deutschland, da sie die traditionelle deutsche Kultur zerstören würden.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten des pädagogischen Umgangs mit Nationalismus:

- In der Sozialarbeit können Empowerment-Konzepte dazu dienen, dass Kinder und Jugendliche lernen, Selbstbewusstsein nicht über ein abstraktes Äußeres wie den Stolz auf die eigene Herkunft ziehen zu müssen, sondern aus sich selbst zu schöpfen.
- Durch den Abbau von Vorurteilen und dem Aufzeigen von Gemeinsamkeiten im Rahmen → **interkultureller Bildung**. Dies ermöglicht es, die strikte soziale Grenzziehung des Nationalismus in Frage zu stellen.
- Nationalen Narrativen widersprechen: Die Nation ist ein Phänomen der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Es handelt sich daher nicht um etwas „Natürliches“, sondern um eine gesellschaftliche Konstruktion. Dasselbe gilt für nationale Mythen und Traditionen.

Opferbereitschaft:

Für die nationalsozialistische Ideologie stellt die Opferbereitschaft für das eigene Kollektiv eine Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu diesem dar. Anstatt das individuelle Glück in den Mittelpunkt des Strebens zu stellen, wird beständig, wie es der Stabschef der SA Ernst Röhm ausdrückte, „die Überwindung des Eigennutzes durch den Gemeinnutz und die Verwirklichung der wahren Volksgemeinschaft gefordert“.

Wer seine Rolle im Alltag als sinnlos wahrnimmt, für den nimmt die Frage nach dem, was bedeutend sein könnte, eine zentrale Rolle ein. Ein sinnstiftendes Angebot extremistischer Bewegungen ist die Möglichkeit des Opfern für ein höheres gemeinschaftliches Gut, um die eigene als nichtig erfahrene Existenz im Glanze einer höheren Sache aufwerten zu können. Je nach Bewegung sind die Formen dieses Angebots zum Opfer unterschiedlich gestaltet. Was aber den Selbstmordattentäter und den Parteisoldaten, der sein Leben und Wohlstand der Be-



wegung opfert, eint, ist die Bereitschaft Individualität und potentielle Selbstverwirklichung einer Bewegung zu opfern. Die Lobpreisung, die den Krieger, Soldaten und Helden zukommt, verspricht eine Anerkennung, die die Gesellschaft einem in anderer Form beständig versagt hat.

Das Gegenteil vom Opfermythos ist die Selbstverwirklichung und die Realisierung von persönlichem Glück. Die individuellen Glücksvorstellungen und Wünsche für die Zukunft müssen thematisiert werden, will man Menschen aufzeigen, welches Opfer und welchen Verzicht die Perspektive des glorifizierten Opfermythos ihnen zumuten möchte. Wenn der Wunsch nach dem Eigenen geweckt werden kann, dann schwindet die Attraktivität einer auf Befehl, Gehorsam und Opfer beruhenden Ideologie.

Rassismus:

Unter Rassismus fallen alle Ressentiments, die aufgrund vermeintlicher ethnischer, kultureller oder genetischer Unterschiedlichkeiten von Bevölkerungs- oder Menschengruppen deren fundamentale Ungleichheit oder Ungleichwertigkeit proklamieren. Insofern handelt es sich um ein zentrales Ideologie-Element des völkischen Nationalismus, welcher auf die Konstruktion einer eigenen überlegenen Gruppe (→ **Volksgemeinschaft**) in Abgrenzung zu anderen unterlegenen Gruppen angewiesen ist. Funktion des Rassismus ist daher sowohl die Konstruktion von Identität als auch die Legitimation von Ausgrenzung und Gewalt. Da ein biologisch argumentierender Rassismus heutzutage gesellschaftliche kaum noch anschlussfähig ist, wird die prinzipielle Ungleichheit von Menschen vermehrt kulturell begründet (→ **Kultur & Kulturnalisierung**). Von zentraler Bedeutung bleibt dabei jedoch die Abstammung, welche, wie auch im biologisch argumentierenden Rassismus, mit unterschiedlichen kulturellen und moralischen Vorstellungen und bestimmten Eigenschaften und Verhaltensweisen verbunden wird. Da im rassistischen Denken das Individuum im Wesentlichen durch die Zugehörigkeit zu einer vermeintlichen Abstammungsgemeinschaft bestimmt ist, handelt es sich um eine Form des → **Anti-Individualismus/Kollektivismus**.

Rassismus erscheint in unterschiedlichen Formen:

- Menschen mit Migrationshintergrund wird trotz deutscher Staatsbürgerschaft die Zugehörigkeit zum deutschen Volk grundsätzlich abgesprochen.
- In Form von rassistisch motivierter Gewalt: Angaben der Polizei zufolge stieg die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten von 3727 im Jahr 2014 auf 7318 im Jahr 2019, während die Zahl der Gewalttaten im selben Zeitraum von 520 auf 731 angestiegen ist. Insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 kam es zu einer Welle rassistischer Gewalt gegen Asylunterkünfte in Form von Körperverletzungen, Brandstiftungen und Sachbeschädigungen.
- Als institutioneller Rassismus: Wenn Benachteiligung, Diskriminierung und Gewalt nicht allein auf individuelle rassistisches Handeln zurückzuführen sind, sondern systematisch durch gesellschaftliche Strukturen reproduziert wird, spricht man von institutionellem Rassismus. Solche Strukturen können beispielsweise bestimmte Normen und Praktiken in der Arbeit staatlicher Behörden oder privatwirtschaftlicher Unternehmen sein. Ein Beispiel für institutionellen Rassismus ist das sogenannte racial profiling. Es handelt sich dabei in der Regel um polizeiliche Maßnahmen auf Grundlage äußerer, rassifizierter Merkmale anstelle eines konkreten, beispielsweise im Verhalten begründeten Verdachts.
- In der → **Neuen Rechten** erscheint Rassismus meist als → **Ethnopluralismus**.

Wenn Sie Rassismus in ihrem (beruflichen) Alltag mitbekommen, können Sie wie folgt reagieren:

- Die Betroffenen von rassistisch motivierten Attacken und Erniedrigungen unterstützen, bei Bedarf durch die Herstellung eines Kontaktes zu einer Opfer-Beratungsstelle – in Dortmund ist dies BackUp
- Gegen rassistische Narrative argumentieren: Die Behauptung, es gäbe unterschiedliche menschliche Rassen, ist wissenschaftlich vielfach widerlegt.
- Vermittlung grundlegender demokratischer Werte, wie der Gleichheit aller Menschen und des Verbots der Diskriminierung auf Grundlage von Abstammung oder Herkunft (Grundgesetz Artikel 3) (→ **Politische Bildung/ Demokratievermittlung**)

Sexismus & Antifeminismus:

Die stereotypen → **Geschlechterbilder** im Rechtsextremismus führen zu einem ausgeprägten Sexismus. Sexismus ist analog zu anderen Diskriminierungsformen die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Für Frauen in der rechtsextremen Szene bedeutet das, häufig in ihre Rolle als Frau und Mutter gedrängt zu werden. Zum politischen Engagement von Frauen erklärt der führende NPD-Politiker Udo Pastörs: „Tatsache ist, dass die weitaus größere Mitgliederzahl der NPD im Lande von Männern gestellt wird und die weiblichen Mitglieder meist ihre Aufgabe zunächst hauptsächlich in der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder sehen.“ Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass 2005 gleich zwei NPD-Politikerinnen ihre bei Kommunalwahlen erhaltenen Mandate an Parteikollegen abgeben mussten. Während Frauen eine Karriere innerhalb der rechtsextremen Szene oft durch Sexismus erschwert wird, erfahren auch Männer Abwertungen und Spott, wenn sie nicht das stereotype Bild eines starken Mannes erfüllen.

Dementsprechend findet man bei großen Teilen der rechtsextremen Szene auch antifeministische Haltungen. Maßnahmen zur Gleichstellung werden abwertend als → **Genderwahn** bezeichnet und politisch boykottiert. Die neu-rechte (→ **Neue Rechte**) Wochenzeitung Junge Freiheit schreibt im Artikel „Über den sogenannten Feminismus“ beispielsweise, dass „eine der seltsamsten Erscheinungen der Gegenwart [...] die Leugnung des Unterschieds der Geschlechter“ sei. Weiter wird argumentiert, dass Frauen nur verlieren könnten, wenn sie sich „das Männliche“ aneignen wollen, da sie nicht dazu geschaffen seien. Stattdessen müsse man Frauen dadurch stärken, ihnen eine Rückkehr in traditionell weibliche Rollen zu ermöglichen, in denen sie ihre Erfüllung finden könnten. Feminismus wird weiterhin als Bedrohung für das „natürliche deutsche Volk“ gesehen, wie der Ring Nationaler Frauen schreibt: „Unser Volk soll nicht aussterben, weil verantwortungslose Gender-Strategien die Geschlechter abschaffen wollen“.

Sozialdarwinismus:

Unter Sozialdarwinismus versteht man die Behauptung, gesellschaftliche oder soziale Entwicklungen seien ein „Kampf ums Dasein“, in dem nur die Besten, Stärksten und Erfolgreichsten überleben. Dabei nimmt der Begriff Bezug auf den Naturforscher Charles Darwin, der jedoch selbst seine Evolutionstheorie nie auf gesellschaftliche Entwicklungen übertragen hat. Beim Sozialdarwinismus handelt es sich zunächst um die Naturalisierung einer marktwirtschaftlichen Ökonomie, in der Individuen sich als Konkurrenten auf einem Markt begegnen und sich



gegen die jeweils anderen durchsetzen müssen (→ **Biologismus**). Im Rechtsextremismus wird dieser „Kampf ums Dasein“ in der Regel kollektivistisch ausgelegt, findet also zwischen Völkern oder „Rassen“ statt (→ **Rassismus**). Die Überlegenheit einer „Rasse“ ist dieser Vorstellung nach dadurch gefährdet, dass in der modernen Gesellschaft die vermeintlich natürliche Selektion – also der Gedanke, dass ausschließlich die Stärksten und Leistungsfähigsten ihre Anlagen an die kommende Generation weitergeben sollten – unter anderem durch Medizin und Sozialhilfe außer Kraft gesetzt ist. Durch Eugenik bzw. „Rassenhygiene“, wie sie im Nationalsozialismus praktiziert wurde, soll mittels Sterilisation und Mord der als schwach identifizierten Bevölkerungsgruppen, eine Höherwertigkeit der → **Volksgemeinschaft** sichergestellt werden.

Sozialdarwinismus erscheint heutzutage in verschiedenen Formen, auch außerhalb der extremen Rechten:

- Gesellschaftlich benachteiligte Gruppen, wie beispielsweise Obdachlose, Sozialhilfeempfänger_innen oder Menschen mit Behinderung werden als minderwertig, nutzlos und überflüssig bezeichnet.
- In der Folge kommt es immer wieder zu rechtsextremen Gewalttaten gegenüber obdachlosen Menschen.
- Etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung stimmt der sozialdarwinistischen Aussage „Wie in der Natur solle sich in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen“ zumindest teilweise zu.

Einer sozialdarwinistischen Haltung kann durch verschiedene Argumente entgegengetreten werden:

- Eine Anwendung evolutionstheoretischer Erkenntnisse auf soziale Prozesse ist wissenschaftlich nicht tragfähig. Zudem ist die menschliche Evolution nicht durch einen untereinander stattfindenden „Kampf ums Dasein“ geprägt. Im Gegenteil gelten die Fähigkeiten zu Kooperation und Altruismus als entscheidende Faktoren menschlicher Entwicklung.
- Die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Menschen ist das Fundament unserer Demokratie (z.B. Artikel 1 bzw. Artikel 3 GG) und der Ausgleich von (sozialer) Ungleichheit ist gesetzlich festgelegt. Insofern ist eine Auseinandersetzung mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie dem Grundgesetz und seiner Geschichte von zentraler Bedeutung für junge Menschen (→ **politische Bildung/Demokratievermittlung**).

Verschwörungsdenken:

Der Begriff des Verschwörungsdenkens bezeichnet die Vorstellung, dass eine kleine Gruppe von Menschen im Verborgenen das Leben und die Lebensumstände einer größeren Gruppe, einer ganzen Gesellschaft oder gar der ganzen Menschheit beeinflusst oder sogar vollständig beherrscht. Gesellschaftliche Verhältnisse und komplexe Ereignisse werden dabei auf das bewusste und böswillige Wirken einer im geheimen agierenden Gruppe zurückgeführt und damit personalisiert. Das Verschwörungsdenken kennt dabei weder Zufall noch Kontingenz, da sämtliche Geschehnisse auf die Gruppe der Verschwörer bezogen werden und ihnen somit Sinn zugesprochen wird. Es lässt sich daher von realen Intrigen oder geheimen Absprachen, wie man sie beispielsweise in der Form der Preisabsprachen aus der Wirtschaft kennt, unterscheiden. Verschwörungsmythen begründet sich dabei in der Regel zirkulär. Am Anfang steht die Vorstellung, es habe eine mächtige Verschwörung gegeben. In diese Vorstellung werden sämtliche Belege, egal wie vage sie auch sein mögen, integriert, während alle widersprechenden Beweise als Beleg für die Macht der Verschwörer gelten. Widersprüche, Inkonsistenzen oder fehlende Beweise werden somit nicht als Mangel der Verschwörungskonstruktion gesehen, sondern vielmehr

als weiterer Beleg für diese. Verschwörungsdenken muss daher von einem wissenschaftlichen Vorgehen unterschieden werden, welches grundsätzlich ergebnisoffen ist. Von daher ist auch der Begriff der Verschwörungstheorie irreführend, da dieser genau eine solche Wissenschaftlichkeit suggeriert. Es bietet sich deshalb an, stattdessen von Verschwörungsideologie oder Verschwörungsmythos zu sprechen.

Der Glaube an Verschwörungsmythen ist auch außerhalb der extremen Rechten weit verbreitet. So hält etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung die Behauptung, die Welt werde durch geheime Mächte gesteuert, für wahrscheinlich oder sicher richtig. Einige dieser Verschwörungsmythen sind dabei zu einem festen Bestandteil der Popkultur geworden, wie beispielsweise die Vorstellung einer Verschwörung durch Freimaurer und Illuminaten. Die wohl wirkmächtigste Verschwörungsideologie ist die der jüdischen Weltverschwörung, welche zugleich zentraler Bestandteil des → **Antisemitismus** ist. Diese umfasst u.a. die Vorstellung, Juden würden mittels moderner Ökonomie, liberaler Demokratie und den Massenmedien die gesamte Gesellschaftsordnung kontrollieren. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts werden die Protokolle der Weisen von Zion als Beleg für eine solche phantasierte Verschwörung angeführt, wenngleich bereits mehrfach bewiesen wurde, dass es sich um eine Fälschung handelt. In Hinblick auf den Staat Israel finden sich Elemente dieser Verschwörungsideologie in fast allen Gesellschaftsschichten, ungeachtet politischer Zugehörigkeiten (→ **Extremismus der Mitte**). In der → **Neuen Rechten** und im → **Rechtspopulismus** ist der antisemitische Verschwörungsmythos vom → **Großen Austausch** besonders populär, dem zufolge eine globale Elite versuche mittels gesteuerter Einwanderung nationale Regierungen zu entmachten und die vermeintlich angestammte Bevölkerung und ihre Kultur auszutauschen.

In der pädagogischen Auseinandersetzung mit Verschwörungsdenken ist es von zentraler Bedeutung, die Wirk- und Funktionsweisen von Verschwörungsideologien aufzuzeigen. Zwar ist auch die Vermittlung historischer und politischer Hintergründe sowie die kritische Prüfung und Widerlegung konkreter Verschwörungserzählungen von Bedeutung, jedoch wird diese durch deren immanente Struktur, wonach widersprechende Beweise als Beleg für die Macht der Verschwörung selbst verstanden werden, erschwert. Zudem befriedigen Verschwörungsideologien bestimmte psychische Bedürfnisse bei ihren Anhängern: Sie können attraktiv erscheinen, da sie Orientierung in einer komplexen und widersprüchlichen Welt bieten. Durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten können sie dazu beitragen, Selbstwirksamkeit wiederzuerlangen oder zu erhöhen. Zugleich lassen sich Gefühle der Ohnmacht, Fremdbestimmung und Bedeutungslosigkeit bewältigen, da dem individuellen Leiden ein Sinn zugesprochen wird. Ein sinnvoller präventiver Ansatz ist daher die Stärkung von Ambiguitätstoleranz, also der Fähigkeit, Ungewissheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit zu erkennen und zu ertragen, anstatt diese mittels stereotypischen Denkens abzuwehren. Zudem kann die Vermittlung von Wissen über die Komplexität moderner sozialer, insbesondere ökonomischer Verhältnisse Jugendliche davor bewahren, in die Welt der Verschwörungsmythen abzugleiten (→ **politische Bildung/Demokratievermittlung**).

Literaturtipp:

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): No World Order. Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt verklären, 2015, Berlin, Online Abrufbar unter auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/bildungsmaterialien

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Wissen, was wirklich gespielt wird. Widerlegung für gängige Verschwörungstheorien, 2019, Berlin, Online Abrufbar auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/bildungsmaterialien

In diesem Kapitel wurden die charakteristischen Bestandteile einer rechtsextremen Weltanschauung benannt. Hierbei wurde deutlich, dass die wesentlichen Elemente in jeder Strömung des gegenwärtigen Rechtsextremismus vorkommen, so dass der Begriff des Rechtsextremismus tatsächlich als Sammelbegriff sinnvoll erscheint. Dennoch treten die einzelnen Fragmente rechtsextremer Ideologie in verschiedenen rechtsextremen Strömungen nicht in gleich starker Ausprägung auf bzw. es gibt bei unterschiedlichen Strömungen auch teilweise divergierende Positionen bei bestimmten Aspekten der eigenen Ideologie. So wurde beispielsweise gezeigt, dass die → **Neue Rechte** den Begriff des → **Ethnopluralismus** nutzt, um sich von nationalsozialistischer Rassentheorie abzugrenzen, da diese in der Gesellschaft weitgehend diskreditiert ist. Im folgenden Kapitel soll nun geklärt werden, welche Erscheinungsformen des gegenwärtigen Rechtsextremismus existieren und in welchem Verhältnis diese zueinanderstehen.

4. Erscheinungsformen

Bei dem Begriff des Rechtsextremismus handelt es sich um eine Sammelbezeichnung für eine Vielzahl von verschiedenen Akteur_innen und ideologischen Elementen. Insbesondere seit den 1970er Jahren hat sich das als rechtsextrem bezeichnete Feld weiter ausdifferenziert, wobei gesamtgesellschaftliche und politische Entwicklungen ebenso wie das Scheitern bestimmter Organisations- und Handlungsformen immer wieder entsprechende Prozesse angestoßen haben. Hinzu kommt, dass rechtsextreme Einstellungen sich nicht allein auf den organisierten Rechtsextremismus beschränken, sondern auch in der sogenannten Mitte (→ **Extremismus der Mitte**) zu finden sind.

Im Feld des Rechtsextremismus lassen sich nun eine Reihe von Strömungen identifizieren. Diese zeichnen sich unter anderem durch bestimmte ideologische Schwerpunkte, Organisationsformen, Handlungsformen und strategische Ausrichtungen aus. Das Verhältnis dieser verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus untereinander ist gekennzeichnet durch Konkurrenz und Kooperation. Exemplarisch für das Zusammenspiel verschiedener Strömungen steht die funktionale Arbeitsteilung von → **Parteien** und den sogenannten → **Freien Kameradschaften**. Während sich erstere aufgrund wahltaktischer Überlegungen und drohender Repressionen inhaltlich eher gemäßigt geben und zugleich auf Gewalt weitestgehend verzichten, propagieren letztere ihre Inhalte offener und schrecken auch nicht vor der Anwendung von Gewalt zurück.

Im folgenden Kapitel wird ein Überblick über die wesentlichen gegenwärtigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus gegeben. Dabei soll geklärt werden, was die einzelnen Formen auszeichnet, wie sie sich von den anderen unterscheiden und in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen. Daran anschließend werden verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit den jeweiligen Strömungen benannt, insbesondere in Hinblick auf Konzepte zur Prävention und Intervention.

Extremismus der Mitte:

Der im deutschsprachigen Diskurs maßgeblich von Eckhard Jesse und Uwe Backes geprägte Begriff des Extremismus ist ein Oberbegriff, der politische Einstellungen und Verhaltensweisen bezeichnet, die auf der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Werte (Menschenrechte) und Umgangsformen (Gewaltenteilung, Pluralismus) beruhen. Diese Negativdefinition hat Backes um eine positive Definition ergänzt, die Extremismus als ein Konglomerat von Strukturmerkmalen bestimmt (Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus/kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, → **Verschwörungsdenken** sowie Fanatismus und Aktivismus). Dieser normative Extremismusbegriff ist wissenschaftlich höchst umstritten, wobei zwei Kritikpunkte überwiegen: Erstens wird eine tendenziell begriffliche Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus mindestens suggeriert und bei vielen Extremismus-Theoretikern auch tatsächlich vorgenommen. Linke und rechte Bewegungen haben allerdings, so der Einwand, fundamental verschiedene inhaltliche Ziele – „Linksextreme“: die Gleichheit aller Menschen; Rechtsextreme: die Überlegenheit des Eigenen und die Abwertung, bis hin zur Vernichtung des Anderen – und nutzen in der Regel auch verschiedene Mittel – während → **Gewalt** konstitutiver Bestandteil des Rechtsextremismus ist und sich häufig gegen Minderheiten richtet (208 Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990), äußert sich diese in linken Strömungen in den letzten Jahrzehnten vorwiegend in Sachbeschädigungen oder in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern (vier Todesopfer seit 1990). Der Extremismusbegriff verschleiert demnach oftmals, dass es ein spezifisches Rechtsextremis-



musproblem in Deutschland gibt – und eben kein generelles Extremismusproblem. Zweitens erfüllt der Extremismusbegriff eine Entlastungsfunktion für antiliberale, diskriminierende und anti-pluralistische Haltungen in der „Mitte der Gesellschaft“. Die Gefahren für die Demokratie kommen der Theorie zufolge immer nur von links und von rechts, die Mitte dagegen ist grundsätzlich frei von „extremistischen“ Ressentiments und ein Hort der Demokratie.

Der Begriff des „Extremismus der Mitte“ richtet sich gegen die Vorstellung, dass demokratiefeindliche Bestrebungen und Elemente autoritärer Ideologie ausschließlich an den Rändern des politischen Spektrums zu finden sind. Dabei umfasst der „Mitte“-Begriff in den Konzeptionen verschiedener Theoretiker differente Bedeutungsdimensionen:

- Die Mitte meint bei Theodor Geiger und Georg Simmel auf einer vertikalen Achse die sozioökonomische Mittelschicht, die ebenso auf den Aufstieg in die Oberschicht hoffen kann wie sie vom Abstieg in die Armut bedroht ist. Hieran schließt eine bedeutende Erklärung für die Anfälligkeit bestimmter Bevölkerungsteile für den Rechtsextremismus an, nach der drohender oder erfahrender wirtschaftlicher Abstieg für rechtsextreme Ressentiments empfänglich macht.
- Seymour Lipset hingegen versteht die Mitte auf einer horizontalen Achse als politische Orientierung innerhalb eines Rechts-Links-Spektrums. Demnach können rechte, linke sowie Überzeugungen der Mitte jeweils demokratisch oder extremistisch auftreten, wobei der Extremismus der Mitte der Faschismus sei.

Oliver Decker und Elmar Brähler weisen in der seit 2002 zweijährig erscheinenden Leipziger Mitte-Studie nach, dass rechtsextreme Einstellungen in der gesamten Gesellschaft auf vertikaler wie auf horizontaler Achse verbreitet sind. Rechtsextreme Weltbilder und Ideologien der Ungleichheit sind somit nicht ausschließlich in bestimmten politischen Lagern verortet oder das Problem bestimmter Einkommensschichten. Die letzte Studie von 2018 zeigt stattdessen, dass ...

- ... erstens einzelne rechtsextreme Aussagen eine breite Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. Beispielsweise stimmten der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, mit der die Dimension Ausländerfeindlichkeit erhoben wurde, 35,6 % der Befragten manifest (stimme voll und ganz zu; stimme überwiegend zu) und weitere 28,1 % latent zu (stimme teils zu, teils nicht zu).
- ... zweitens die einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus weit über das rechtsextreme Lager hinaus verbreitet sind: 3,6 % äußern eine geschlossen manifeste Zustimmung zur Dimension Befürwortung einer autoritären Diktatur, 19 % zu Chauvinismus, 24,1 % zu Ausländerfeindlichkeit, 4,4 % zu Antisemitismus, 3,2 % zu Sozialdarwinismus und 2,7 % zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben der Studie zufolge 6 % der Bevölkerung.
- ... drittens sich unter Rechtsextremisten Wähler aller Parteien sowie aller Einkommensschichten und Bildungsmilieus befinden, wobei diese am häufigsten AfD wählen und schwächere Einkommens- und Bildungsgruppen deutlich häufiger zu rechtsextremen Einstellungen tendieren als stärkere.

Es gilt somit Ideologien der Ungleichwertigkeiten wie u.a. → **Rassismus**, → **Sexismus**, → **Homophobie** konsequent pädagogisch entgegen zu treten, unabhängig von der politischen Positionierung zum Verfassungsstaat derjenigen, die entsprechende Aussagen tätigen und/oder Einstellungen vertreten und unabhängig von deren sozioökonomischer Lage.

Literaturtip:

Andreas Zick/Beate Küpper /Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, 2019, Bonn

Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, 2018, Gießen

Freie Kameradschaften:

Freie Kameradschaften sind neonazistische Kleingruppen mit informellem Charakter, die zumeist lokal agieren und überregional vernetzt sind. Dieses Organisationsmodell entstand Mitte der 1990er nach einer Zunahme von staatlichen Verboten und Repressionen gegenüber Neonazi-Vereinigungen, weswegen Freie Kameradschaften auf jegliche Registrierung als Verein oder Partei verzichten. Sie können häufig als außerparlamentarischer Arm von rechtsextremen → **Parteien** gelten, wobei Teile der Kameradschaftsszene auch jede Zusammenarbeit mit parlamentarischen Kräften ablehnt. Während sich ihre typischen Aktivitäten abseits der parlamentarischen Arbeit nur wenig von denen der Parteien unterscheiden – sie organisieren Demonstrationen, Kundgebungen, Konzerte, interne Schulungen etc. – erfüllen sie für das neonazistische Spektrum eine andere Funktion als diese: Die Akteur_innen von Kameradschaften propagieren ihre neonazistischen Inhalte in der Regel offener und direkter als Parteien, da sie weniger mit staatlichen Repressionen rechnen und auch keine Rücksicht auf wahl-taktische Aspekte nehmen müssen. Zudem üben sie öfter → **Gewalt** und Einschüchterungen gegen politische Kontrahenten und Feindbilder aus, wogegen Parteifunktionäre dies häufig zu vermeiden versuchen. Hierbei handelt es sich allerdings eher um eine funktionale Arbeitsteilung zwischen Kameradschaften und Parteien als um ideologische Differenzen.

Freie Kameradschaften firmieren zuweilen auch unter den Bezeichnungen Freie Nationalisten, Freie Kräfte oder Nationaler Widerstand, wobei stets der informelle Organisationscharakter und der Gemeinschaftsgedanke zentrale Bedeutung hat. Als besondere Erscheinungsform von Kameradschaften können sog. Autonome Nationalisten gelten, die sich ästhetisch an dem Stil von Antifa-Gruppierungen orientieren und in linken Milieus verbreitete Themen wie Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus oder Veganismus in nationalsozialistischer Weise adaptieren. Obwohl die meisten Kameradschaften lediglich aus 10-20 Leuten bestehen, sind bundesweit mehrere tausend Personen derart organisiert. Der Begriff der Kamerad_in ist soldatisch konnotiert, Kamerad_innen sehen sich selbst als Angehörige einer Schicksalsgemeinschaft, welche die revolutionäre Überwindung der Gesellschaftsordnung anstreben. Der kameradschaftliche Umgang untereinander gilt in solchen Vereinigungen als Idealbild für die noch zu verwirklichende → **Volksgemeinschaft**, in der Gemeinschaft und Aufopferung an die Stelle von Konkurrenz und Missgunst treten würden. Kameradschaft wird dabei als höchste Form der Freundschaft und des Zusammenhalts gepriesen und durch gemeinsame Erlebnisse wie Rechts-Rock-Konzerte oder



Gewalterfahrungen in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern gestärkt. Die Realität in vielen neonazistischen Gruppierungen ist jedoch vielfach nur wenig von harmonischer Gemeinschaft geprägt. Andreas Speit hat in einer Studie über Aussteiger_innen aus entprechenden Gruppierungen erschreckende Schilderungen über das Ausmaß sceneinterner Gewalt zusammengetragen, die von alltäglichen Bestrafungen bei vermeintlichem Fehlverhalten, Folter, sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen gegenüber Kameradinnen bis zu politischen Morden an Dissident_innen und vermeintlichen Verräter_innen reichen.

Das Hinterfragen der real gelebten Kameradschaft unter Neonazis ist sinnvoll, da Versprechen häufig nicht eingehalten werden und Mitglieder innerhalb der Gruppe schlechte Erfahrungen sammeln.

- Das Erleben von konkreten Enttäuschungen wie Misstrauen, Verrat oder gruppeninterner Gewalt kann Auslöser für einen Distanzierungsprozess von der rechtsextremen Szene sein. Auch interne Machtkämpfe oder eine Überforderung durch sceneinternen Erwartungsdruck können zum Bruch mit der Szene führen. Sollten entsprechende Entwicklungen beobachtet werden, sollte hierauf pädagogisch unterstützend reagiert werden.
- Kameradschaften verstehen sich als Kampfgemeinschaften und sind in der Regel Männerbünde, wenngleich Frauen durchaus wichtige Funktionen in solchen Gruppen erfüllen können. Mithilfe einer geschlechterreflektierenden Jugendarbeit kann durch das Hinterfragen neonazistischer Männlichkeitsideale ein Zugang zu rechtsextrem-affinen Jugendlichen gefunden werden, indem Wünsche nach Gemeinschaft und Freundschaft erlebten Gewalterfahrungen und Hierarchien entgegengesetzt werden (→ **geschlechterreflektierende Pädagogik**).

Literaturtip:

Andreas Speit: Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum, 2005, Braunschweig

Andrea Röpke/Andreas Speit: Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD, 2005, Berlin

Neue Rechte:

Die Neue Rechte entstand in Deutschland als Reaktion auf die Krise des parlamentarischen Rechtsextremismus Ende der 1960er-Jahre. Als Inspirationsquelle fungierten erstens die sogenannte Konservative Revolution, mit der eine positive Tradition des völkischen Nationalismus nach der NS-Zeit begründet werden sollte; zweitens das Konzept des → **Ethnopluralismus** der französischen Nouvelle Droite, durch das Ungleichheitsvorstellungen ethnisch-kulturell und nicht explizit rassistisch begründet wurden und drittens die Neue Linke, die bei den Studierendenunruhen ab 1968 lose Organisationsformen und innovative Aktionsformen für ihre Proteste nutzte. Das politische Ziel der Neuen Rechten ist die Erringung einer rechten kulturellen Hegemonie: Diese als Metapolitik bezeichnete Strategie geht auf die Analyse zurück, dass gegenwärtig weder eine Revolution noch eine parlamentarische Regierungsübernahme durch nationalistische Kräfte möglich erscheinen, da hierfür eine

Massenbasis fehlt. Stattdessen sollen eigene ideologische Inhalte in gesellschaftliche Debatten eingebracht und so sukzessive eine rechte Diskurshoheit errungen werden, um anschließend die liberale Demokratie abschaffen zu können.

Die Neue Rechte greift in diesem Kontext auf eine durchaus ambivalente Doppelstrategie zurück:

- Einerseits sollen die Vertreter und Vertreterinnen der Neuen Rechte als normaler Teil des gesellschaftlichen und politischen Diskurses etabliert werden. Dies wird mittels einer strategischen Abgrenzung von Nationalsozialismus, Rassismus und jeglichem Extremismus, durch die Umdeutung von Begriffen – beispielsweise wird suggeriert, dass die „wahre Demokratie“ und die „wahre Meinungsfreiheit“ von der Neuen Rechten vertreten werden würde, während die bürgerliche Gesellschaft totalitär und gleichgeschaltet sei –, sowie durch eine terminologische Anpassung an den politischen „Mainstream“ angestrebt.
- Andererseits soll durch den Aufbau eigener Medien und (jugendspezifischer) Kultur-Angeboten (Musik, Comedy-Formate etc.) und der Förderung einer „volksbewussten“ politischen Elite eine Gegenkultur geschaffen werden, die durch geschickt inszenierte Tabubrüche und Provokationen in der Öffentlichkeit die Grenzen des Sagbaren sukzessive nach rechts verschiebt. Während Zeitschriften wie Sezession, Compact oder die Junge Freiheit sowie Institutionen wie die Bibliothek des Konservatismus oder das Institut für Staatspolitik hierfür die ideologische Grundlage liefern, versuchen aktivistische Kampagnenprojekte wie „Ein Prozent“ oder die Identitäre Bewegung mit möglichst spektakulären Aktionen mediale Aufmerksamkeit für die Inhalte des neurechten Netzwerkes zu generieren.

Die Neue Rechte stellt klassische Konzepte der Rechtsextremismus-Prävention vor neue Probleme:

- Ansätze der → **konfrontativen Pädagogik**, die auf der Anregung von Veränderungsprozessen durch Konfrontation mit Widersprüchen in ideologischen Positionen basieren, geraten dort in Schwierigkeiten, wo rechtsextreme Positionen intellektuell begründet und durch philosophische Referenzen fundiert werden, wie es für die Neue Rechte charakteristisch ist.
- Auch die → **akzeptierende Jugendarbeit**, die sich auf die Lösung sozialer und psychischer Probleme mittels pädagogischem Beziehungsaufbau fokussiert, gilt eher dort als sinnvoll, wo problematische Bindungserfahrungen und Anerkennungsdefizite zu einer Hinwendung zu rechtsextremen Positionen führen. Die Neue Rechte rekrutiert sich allerdings eher aus intellektuell leistungsstarken und sozial bindungsfähigen Personen.

Dennoch ist eine pädagogische Auseinandersetzung mit diesem Phänomen des zeitgenössischen Rechtsextremismus durchaus möglich und nötig. Hierbei gilt es:

- Erstens die Ideologie der Neuen Rechte zu dechiffrieren, die sich trotz terminologischer Anpassungsleistungen von der „Alten Rechten“ höchstens marginal unterscheidet: Anti-Universalismus, → **Anti-Individualismus**, Anti-Liberalismus, völkischer → **Nationalismus**, → **Geschichtsrevisionismus**, → **Anti-Amerikanismus**, → **Verschwörungstheorien** sowie → **Antisemitismus** bilden auch hier die Hauptbestandteile der Weltanschauung.
- Zweitens möglichst ausführlich die eigenen Schüler_innen und Klient_innen über dieses Phänomen aufzuklären und die Gefahren und Probleme erläutern, die eine Partizipation an neurechten Bewegungen mit sich bringen (z.B. Probleme mit der Polizei, anderen staatlichen Behörden, am Arbeitsplatz oder mit der Antifa).



Literaturtip:

Samuel Salzborn: *Angriff der Antidemokraten: die völkische Rebellion der Neuen Rechten*, 2017, Weinheim Basel
Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, 2017, Stuttgart

Parteien:

Schon seit der Gründung der Bundesrepublik gibt es rechtsextreme Parteien, die teilweise verboten und dann durch andere ersetzt wurden. Nach der Sozialistischen Reichspartei (1949-1952) fungierte die Deutsche Reichspartei (DRP) als Sammelbecken ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Aus der DRP ging anschließend die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) hervor, die 1966-68 in insgesamt sieben Landesparlamente einziehen konnte. Nach diesen anfänglichen Erfolgen geriet die NPD allerdings in eine tiefe Krise, als sie bei der Bundestagswahl 1969 unerwartet an der 5-Prozent-Hürde scheiterte. Der organisierte Rechtsextremismus zerfiel daraufhin in verschiedene Akteure: Außerparlamentarisch in die → **Neue Rechte** und den militanten Neo-Nazismus (→ **Rechtsterrorismus**), parlamentarisch in neue Parteien wie die Deutsche Volksunion (DVU), die nationalkonservative Republikaner sowie in rechtsextreme Kleinstparteien wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), die im Schutz des Parteienprivilegs neonazistische Agitation betrieben, ohne die Absicht zu haben, je wirklich parlamentarisch tätig zu werden.

Aktuell sind verschiedene Rechtsaußenparteien mit verschiedenen politischen Stoßrichtungen aktiv, die sich teilweise inhaltlich voneinander distanzieren, teilweise in Konkurrenz zu einander stehen und teilweise miteinander kooperieren:

- Die NPD verliert auf parlamentarischer Ebene seit Jahren an Bedeutung: Im Bundestag war sie nie vertreten, seit 2016 hat sie auch keinen Sitz mehr in einem Landesparlament und seit 2019 nicht mehr im EU-Parlament. Auf kommunaler Ebene kommt sie dagegen bundesweit noch auf rund 200 Sitze (2016 waren es noch 360). Die NPD hat in allen Bundesländern Landesverbände und ist mit 4000 Mitgliedern die mit Abstand größte neonazistische Partei in Deutschland. Sie verfügt mit den Jungen Nationalisten über eine eigene Jugendorganisation und mit dem Ring Nationaler Frauen über eine Frauenorganisation.
- Die Rechte ging im Wesentlichen aus den verbotenen → **freien Kameradschaften** Aachener Land, Hamm und Dortmund hervor und versucht nach dem Vorbild der FAP im Schutz des Parteienprivilegs neonazistische Propaganda zu verbreiten. Sie kooperiert in NRW mit der NPD und ist personell und ideologisch eng mit der außerparlamentarischen Kameradschaftsszene verzahnt. Die Partei hat ca. 600 Mitglieder, die sich auf sieben Landesverbände verteilen. Ihren Schwerpunkt hat sie in NRW, insbesondere in Dortmund.
- Der III. Weg wurde von ehemaligen NPD-Funktionären sowie Aktivisten der verbotenen Kameradschaft Freies Netz Süd gegründet. Die Partei ist parlamentarisch ähnlich unbedeutend wie Die Rechte, wobei auch hier der Fokus auf der Weiterführung der Aktivitäten der ehemaligen Kameradschaft unter dem Schutz des Parteienprivilegs steht. Sie ist vornehmlich in Süd- und Ostdeutschland aktiv und kooperiert – entsprechend ihrem Selbstverständnis als nationalsozialistische Avantgarde – mit keinen anderen Parteien. Laut Verfassungsschutzbericht 2018 hat die Partei drei Gebiets- und 18 Regionalverbände, in denen sich insgesamt 530 Mitglieder organisieren.
- Die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) ist die aktuell mit Abstand erfolgreichste Partei am

rechten Rand des Parteienspektrums. Sie ist in allen deutschen Landesverbänden vertreten – dabei in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen als zweitgrößte Kraft – und mit 89 Sitzen größte Oppositionspartei im Bundestag. Es ist Gegenstand anhaltender wissenschaftlicher Kontroversen, inwiefern es sich bei ihr um eine rechtsextreme, eine rechtspopulistische oder um eine nationalkonservative Partei handelt. Weitgehender Konsens ist indes, dass die AfD seit ihrer Gründung einen Radikalisierungsprozess durchlaufen hat und es in Teilen der Partei ideologische sowie personelle Überschneidungen mit dem organisierten Rechtsextremismus gibt. Die Verbindungen der AfD zur extremen Rechten zeigen sich dabei u.a. durch die wiederholte Teilnahme von AfD-Politikern an Demonstrationen der rassistischen Pegida-Bewegung, die enge politische Zusammenarbeit verschiedener führender Persönlichkeiten wie dem Thüringer Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke mit Aktivisten der → **Neuen Rechten** sowie die häufige Beschäftigung von rechtsextremen Mitarbeitern aus dem Umfeld der NPD oder der Identitären Bewegung bei Abgeordneten der AfD im Bundestag sowie in diversen Landtagen. Die einflussreiche und mittlerweile aufgelöste AfD-Teilorganisation „der Flügel“ wurde von dem Bundesamt für Verfassungsschutz 2020 dementsprechend als „eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingestuft. Es kann dabei nicht davon ausgegangen werden, dass die formelle Auflösung der Organisation etwas an der ideologischen Ausrichtung ihrer rund 7000 Mitglieder geändert hat, die zum Großteil noch in der AfD aktiv sind.

Die Rechtsaußenparteien erfüllen für die extreme Rechte in Deutschland verschiedene Funktionen:

- Neonazistische Gruppierungen gründen Parteien, um Strukturen aufrechtzuerhalten, die durch staatliche Repressionen gefährdet sind. Die juristischen Hürden für das Verbot einer Partei sind weitaus höher als für das Verbot von Vereinen oder Organisationen.
- Durch die staatliche Teilfinanzierung von Parteien fließen zusätzliche Finanzmittel in die rechtsextreme Szene, die auch für die außerparlamentarische Bewegung genutzt werden können.
- Parteien erreichen in der Regel eine größere Öffentlichkeit, um für ihre politischen Ziele und Ideen zu werben, als Kameradschaften. Durch gezielte Provokationen im Wahlkampf und in der parlamentarischen Arbeit erweitern sie teilweise ihren Resonanzraum auf nationale oder gar internationale Ebene.
- Populistische Parteien mit Hang zum Rechtsextremismus wie die AfD schaffen es teilweise, die Grenzen des Sagbaren sukzessive nach rechts zu verschieben und versuchen verschiedene Ressentiments in der Bevölkerung wieder mehrheitsfähig zu machen (→ **Rechtspopulismus**). Hiervon profitieren auch offen neonazistisch agierende Organisationen, die an den nach rechts verschobenen Diskursraum mit ihrer menschenfeindlichen Propaganda anknüpfen können.

Literaturtip:

Richard Stöss: Der rechte Rand des Parteiensystems. In: Oskar Niedermeyer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, 2013, S. 563-619, Wiesbaden

Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft?, 2009, Berlin

Rechtspopulismus:

Im Zentrum rechtspopulistischer Argumentationen steht die Ansicht, dass Quelle und Adressat der Politik das Volk sein müssen, welches als eine monolithische Einheit verstanden wird. Populist_innen inszenieren sich als Exekutor_innen des „Volkswillens“ und als Sprachrohr der „kleinen Leute“, deren Sorgen und Nöte bei den politischen Eliten aktuell kein Gehör finden würden. Populistische Agitator_innen knüpfen dabei häufig an konfliktbeladene gesellschaftliche Verhältnisse an, die von vielen Menschen als ungerecht und frustrierend empfunden werden. Sie zielen dabei nicht auf eine inhaltliche Argumentation und eine rationale Ursachen-Erforschung für die als ungerecht empfundenen Verhältnisse, sondern auf die Mobilisierung von Affekten und Emotionen der Adressierten. Dabei versuchen sie in der Gesellschaft vorhandene Ängste und Ressentiments aufzugreifen, zuzuspitzen und ihren Zuhörer_innen mittels personifizierenden Schuldzuschreibungen ein Ventil für Frustration und Angst, die in Aggressivität umschlagen kann, zu bieten. Populistische Agitation schafft somit eine Komplexitätsreduktion, indem sie auf komplexe soziale und ökonomische Problemstellungen und widersprüchliche Anforderungen an Politik und Bürger_innen einfache Lösungen suggeriert. Ein Beispiel hierfür ist die These, dass an der zu hohen Arbeitslosigkeit die vielen Geflüchteten Schuld sind, weswegen diese konsequenter abgeschoben werden müssen. Entgegen der Komplexität repräsentativer Demokratien, die auf konsensualer und pluralistischer Entscheidungsfindung beruhen und Kompromisse zwischen divergierenden Positionen erfordern, setzen Populist_innen auf die Idee der Volksabstimmung, die den als natürlich verstandenen „Volkswillen“ zum Ausdruck bringen soll. Der Rechtspopulismus ist dabei in seinem Kern anti-pluralistisch, da abweichende Minderheit-Positionen keine Berücksichtigung finden und sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen sollen.

Die rechtspopulistische Fokussierung auf ein als homogen verstandenes Volk bringt die Notwendigkeit zur Abgrenzung hervor, wer zu diesem dazu gehört und wer entsprechend nicht. Hierbei können zwei typische Abgrenzungsmuster beobachtet werden:

- Auf der horizontalen Ebene agitieren Rechtspopulisten gegen „die da oben“: gegen die „korrupten Politiker“, die „dekadenten Wirtschaftsboosse“, die „Alt- und Systemparteien“, das „Establishment“, „zersetzende Kräfte“ wie „Finanzhaie“ und „Spekulanten“ (→ **Antisemitismus**) sowie allgemein gegen jegliche Eliten, die sich vom vermeintlich gesunden Menschenverstand und dem einfachen Leben der Normalbürger entfremdet hätten.
- Auf der vertikalen Ebene hetzen sie gegen „die da draußen“: gegen Fremde und Ausländer (→ **Rassismus**), gegen vermeintliche „Wirtschaftsflüchtlinge“, die nur am Reichtum der westlichen Industriestaaten partizipieren möchten und dem „ehrlichen, hart-arbeitenden deutschen Steuerzahler“ auf der Tasche liegen, gegen die EU, gegen Globalisierung und gegen jeglichen amerikanischen Einfluss (→ **Anti-Amerikanismus**).

Rechtspopulistischer Agitation kann auf verschiedenen Wegen pädagogisch und intervenierend begegnet werden. Klaus-Peter Hufer macht darauf aufmerksam, dass auch wenn rationale Argumente zu Anhängern von populistischen Parteien und Bewegungen oftmals nicht durchdringen – da die Befriedigung emotionaler und affektiver Bedürfnisse bei ihnen oftmals im Vordergrund stehen – eine argumentative Auseinandersetzung dennoch lohnenswert sein kann: Dies allein deswegen, um rechten Parolen nicht widerstandslos den Raum zu überlassen, da es oftmals unbeteiligte Dritte gibt, die eher von Argumenten überzeugt werden können. Hierbei ist es sinnvoll auf inhaltliche Widersprüche aufmerksam zu machen. So inszeniert sich beispielsweise die AfD

gerne als Partei der „kleinen Leute“, was im Gegensatz zu ihrem sozialpolitisch neoliberalen Wirtschaftsprogramm steht. Der Hinweis auf solche Widersprüche kann die rechtspopulistische Propaganda als eben solche – nämlich als bloße Propaganda – entlarven. Doch auch die psychischen Bedürfnisse der Adressat_innen des Rechtspopulismus können zum Gegenstand pädagogischer Intervention gemacht werden:

- Dies erstens durch das Bewusstmachen von meist unbewusst wirkenden psychischen Abwehrmechanismen, die Personen anfällig für populistische Rhetorik machen. Hierbei zu nennen ist beispielsweise das kognitive Bedürfnis, unmittelbar eine eindeutige Antwort auf komplexe Sachverhalte zu erhalten und Ambiguität und Unsicherheit zu vermeiden („need for cognitive closure“). Jugendliche können durch das gezielte Erlernen von Ambiguitätstoleranz dazu befähigt werden, mit einer widersprüchlich verfassten Wirklichkeit besser umgehen zu können.
- Zweitens sollten funktionale Äquivalente (→ **Pädagogik der funktionalen Äquivalente**) für die psychischen Bedürfnisse der Jugendlichen gesucht werden. Wie beschrieben erfüllt populistische Agitation durch das Präsentieren von einfachen Lösungen auf komplexe Problemstellungen das Bedürfnis bei seinen Anhänger_innen nach Aufhebung kognitiv dissonanter Zustände und Vermittlung von festem Halt. Das Bedürfnis nach Halt und Geborgenheit kann dabei möglicherweise auch durch das Erleben der Gemeinschaft in einem Verein befriedigt werden, so dass die Hinwendung zu populistischen Bewegungen für die Jugendlichen weniger attraktiv erscheint.

Literaturtip:

Lars Rensmann: *Populismus und Ideologie*, in: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, 2006, Wiesbaden, S. 59-80.

Leo Löwenthal: *Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Schriften 3*, 2017, Frankfurt am Main

Karin Priester: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, 2007, Frankfurt am Main/ New York

Klaus-Peter Hufer: *Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus*, 2016, Schwalbach

Rechtsterrorismus:

Rechte → **Gewalt** ist konstitutiver Bestandteil des Rechtsextremismus, da diese Weltanschauung grundsätzlich auf der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von verschiedenen Personengruppen basiert. Zudem wird das Prinzip des Recht des Stärkeren (→ **Sozialdarwinismus**) als zentraler Wirkmechanismus der Gesellschaft allen Formen demokratischer und pluralistischer Konsensfindung als generell überlegen angesehen. Während rechte Gewalt als Sammelbegriff für verschiedene Formen gewalttätiger Neigungen und Taten im Rechtsextremismus fungiert – von passiver Gewaltakzeptanz zur aktiven Gewaltunterstützung, von dem impulsiven Übergriff zur geplanten und koordinierten Aktion – bezeichnet Rechtsterrorismus eine spezifische Ausprägung rechtsextremer Gewalt. Deren Merkmale sind:



- Terrorismus wird geplant und ist keine situative Gewalttat aus Affekt. Hierbei spielt es aus sozialwissenschaftlicher Sicht keine Rolle, ob ein langwieriger Prozess der Vorbereitung den Taten vorausgeht, wie z.B. beim NSU, oder es sich um kurzfristig vorbereitete Gewaltakte handelt, wie bei vielen Brandanschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete.
- Ziel terroristischer Gewalt ist die Bedrohung bestimmter Bevölkerungsgruppen, die Beeinflussung von politischen Entscheidungen im Sinne der Terroristen und/oder generell die Verbreitung von Angst in der Gesellschaft. Die unmittelbar betroffenen Opfer sind sekundäre Ziele, primär ist die öffentliche Botschaft (z.B. „Migranten, kehrt zurück in eure Heimatländer, hier seid ihr nicht sicher“).
- Terrorist_innen agieren nicht im öffentlichen Raum, wie bspw. bei Pogromen, sondern konspirativ aus dem Untergrund.
- Rechtsterroristische Akteur_innen sind zumeist kleine Zellen mit geringer Personenanzahl oder in der rechtsextremen Szene vernetzte Einzelpersonen, sogenannte „einsame Wölfe“. Diese agieren unabhängig von größeren Strukturen und Organisatoren, um eine Aufdeckung durch die Geheimdienste zu erschweren, was als „führerloser Widerstand“ bezeichnet wird.

Wer in seinem beruflichen oder privaten Umfeld mit jungen Menschen konfrontiert ist, die eine Affinität zu rechtsterroristischen Gruppierungen und Taten haben, sollte dringend eine professionelle Beratungsstelle oder direkt den polizeilichen Staatsschutz des BKA informieren. Rechte Gewalt im Allgemeinen sowie Rechtsterrorismus im Besonderen sollte dabei nicht entpolitisiert werden, sondern die politische Dimension solcher Taten muss juristisch geahndet werden. Leider werden wichtige Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismus-Forschung von den Behörden bisher oftmals nicht ausreichend berücksichtigt: Beispielsweise setzen die Behörden für die Anerkennung eines politischen Hintergrundes einer Tat häufig eine Form von Bekennerschreiben voraus, wie es historisch etwa für die RAF oder aktuell für islamistische Terrorgruppen charakteristisch ist. Solche Tatbekenntnisse sind für den Rechtsterrorismus indes nicht üblich, da bei diesen die Taten für sich sprechen sollen.

Literaturtipp:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Rechtsterrorismus (Wissen schafft Demokratie 06/2019)

Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, 2013, Berlin

Reichsbürger_innen und Selbstverwalter_innen:

Als Reichsbürger_innen werden Personen und sektenartige Kleingruppen bezeichnet, welche die Legitimität bzw. Souveränität der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen und das Fortbestehen des Deutschen Reiches proklamieren. Sie weigern sich häufig Steuern und Bußgelder zu bezahlen oder Gerichtsbeschlüsse zu befolgen, da sie weder Recht noch Verfassung der BRD akzeptieren. Teile der heterogenen Szene leben in einer Parallelwelt selbst gegründeter „Königreiche“ oder „Fürstentümer“ mit eigener Verfassung und eigener Gerichtsbarkeit oder als sogenannte Selbstverwalter_innen vermeintlich unabhängig und staatenlos in eigener

Verwaltung. Häufig auftretende Behauptungen über den rechtlichen Status der Bundesrepublik sind, dass sich diese noch immer unter Besatzung durch die Alliierten und somit im Kriegszustand befände oder dass sie ein privatwirtschaftliches Unternehmen („BRD GmbH“) sei, wobei die Bundeskanzlerin als Geschäftsführerin und die Bürger_innen als Personal fungieren würden.

Die Reichsbürgerbewegung gilt als politisch heterogen, wobei sie durch ihre zentrale Grundannahme der Illegitimität der Bundesrepublik einen Anknüpfungspunkt für rechtsextreme Bestrebungen bietet. In Teilen der Szene sind antisemitisches → **Verschwörungsdenken**, rechtsextremistische Weltanschauungen und geschichtsrevisionsistische Forderungen wie die Verschiebung der Grenze zu Polen auf den Stand von 1937 (→ **Geschichtsrevisionsismus**) verbreitet. Indes gilt nur ein kleiner Teil der Szene als rechtsextrem: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ordnet 19.000 Personen der Reichsbürgerbewegung in Deutschland zu, worunter sich 950 Rechtsextreme befinden (Stand: 31.12.2019). Dennoch sollte die Gefahr nicht unterschätzt werden, die insbesondere von dem rechtsextremen Spektrum der Szene ausgeht. Denn Reichsbürger_innen fallen regelmäßig durch Bedrohungen und Gewalt auf, um ihre ideologischen Ziele durchzusetzen. Gemäß dem in der Bewegung weit verbreiteten Hang zu antisemitischen Argumentationsmustern und Welterklärungen (→ **Antisemitismus**) kommt es zudem immer wieder zu antisemitischen Straftaten, insbesondere zu Volksverhetzungsdelikten. Ein besonderes Gefährdungspotenzial für die Feindbilder der Reichsbürger_innen – Staatsbeamte und jüdische Menschen – geht dabei von der in Teilen der Bewegung verbreiteten Waffenaffinität aus. So besaßen Ende 2019 530 Reichsbürger_innen und Selbstverwalter_innen legal Waffen, wobei weiteren 790 seit 2016 die rechtliche Erlaubnis staatlich entzogen wurde. Ferner kam es bei Polizeieinsätzen wiederholt zum Schusswaffengebrauch durch Szeneangehörige, wobei im Oktober 2016 vier bayrische Polizisten verletzt wurden, von denen einer im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Schließlich fanden im April 2018 in verschiedenen Bundesländern Hausdurchsuchungen bei einer Reichsbürger_innen-Zelle statt, die im Verdacht steht, eine terroristische Vereinigung zu gründen (→ **Rechtsterrorismus**).

Die Auseinandersetzung mit überzeugten Reichsideolog_innen ist schwierig, da sie nur sehr bedingt für Argumente zugänglich sind. In ihrer Überzeugung, als einzige die Wahrheit erkannt zu haben, verstricken sie ihr Gegenüber gerne in rechtliche Detailfragen zur Legitimität der Bundesrepublik Deutschland.

- Grundsätzlich gilt: Reichsbürger_innen und Selbstverwalter_innen sind keine naiven Spinner_innen und sollten nicht als solche verharmlost werden. Stattdessen sollte über die generelle Anschlussfähigkeit ihres Weltbildes an rechtsextremes Gedankengut und ihre teilweise hohe Gewaltbereitschaft aufgeklärt werden.
- Im direkten Kontakt mit Reichsbürger_innen kann es sinnvoll sein, sie auf die rechtsextremen Inhalte ihrer Ideologie aufmerksam zu machen und diese in Frage zu stellen.
- Drohungen und strafbare Meinungsäußerungen wie Beleidigungen oder Holocaustleugnungen sollten zur Anzeige gebracht werden.

Literaturtip:

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): No World Order. Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt verklären, 2015, Berlin, Online Abrufbar unter auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/bildungsmaterialien

In diesem Kapitel wurden die verschiedenen zentralen Erscheinungsformen des gegenwärtigen Rechtsextremismus dargestellt. Die verschiedenen Strömungen lassen sich indes nicht nur in Hinblick auf ihre ideologischen Schwerpunkte, Organisationsformen, Handlungsformen und strategischen Ausrichtungen vergleichen, sondern ebenfalls in Bezug auf die zentralen Narrative, die von diesen verbreitet werden. Während manche Erzählungen strömungsübergreifend von den meisten Rechtsextremen genutzt werden – hierzu zählen beispielsweise Begriffe wie → **Genderwahn**, → **Lebensraum** oder → **Überfremdung** – werden andere hauptsächlich von bestimmten Akteuren bzw. Akteurinnen genutzt. So ist das Narrativ des → **großen Austausches** beispielsweise ein Verschwörungsmythos, der vorwiegend durch die → **Neue Rechte** verbreitet wurde – auch wenn dieser mittlerweile von verschiedenen Strömungen aufgegriffen wurde. Begriffe wie → **Volksgemeinschaft**, → **völkische Sozialpolitik** und → **Nationaler Sozialismus** werden hingegen eher von → **Freien Kameradschaften** und den neonazistischen → **Parteien** genutzt und spielen im → **Rechtspopulismus** und der Neuen Rechten allein aufgrund von strategischen Überlegungen keine Rolle. Das folgende Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Narrative und Begriffe der extremen Rechten.

5. Rechtsextreme Narrative

Narrative sind sinnstiftende Erzählungen, die Werte und Emotionen transportieren. Sie beeinflussen, wie man die Welt um sich herum wahrnimmt und interpretiert. Meist beziehen sie sich auf eine bestimmte Gruppe und legitimieren innerhalb dieser bestimmte Handlungsmuster und Strukturen.

Ein bekanntes Beispiel ist das Narrativ des „American Dream“, dem zufolge es in den USA jeder vom Tellerwäscher zum Millionär schaffen kann. Diese Erzählung schafft eine gemeinsame amerikanische Identität und beeinflusst sowohl die Sichtweise auf die Gesellschaft als auch individuelle und politische Handlungen.

Auch die rechtsextreme Szene wird von entsprechenden Narrativen geprägt. Bestimmte Begriffe wie „Kinderschänder“, „Islamisierung“ und „Genderwahn“ beinhalten eine bestimmte Sichtweise auf die Gesellschaft und transportieren Emotionen und Werte, die letztendlich das ideologisch geprägte Weltbild von Rechtsextremen stärken und zu diskriminierenden bzw. gewalttätigen Handlungen motivieren. Einige dieser rechtsextremen Narrative sind zunehmend außerhalb der rechten Szene zu finden, auch wenn sie manchmal nicht als solche erkannt werden. Deshalb werden im Folgenden einige der einflussreichsten Narrative im Rechtsextremismus erläutert.

Der große Austausch:

Der im Zuge vermehrter Flucht und Migration nach und in Europa besonders populäre Verschwörungsmythos vom Großen Austausch knüpft an antisemitische Erzählungen an. Verbreitet insbesondere in der → **Neuen Rechten** umfasst dieser Mythos die Vorstellung, eine globale, meist jüdische Elite versuche mittels gesteuerter Einwanderung nationale Regierungen zu entmachten und die vermeintlich angestammte Bevölkerung und ihre Kultur auszutauschen.

Genderwahn:

„Genderwahn“ oder „Gendergaga“ sind abwertende Begriffe für die Auseinandersetzung mit den Themen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie Feminismus. Oft werden so Maßnahmen bezeichnet, die zur Gleichstellung von Männern und Frauen beitragen oder gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und anderen Menschen, die nicht den stereotypen Geschlechterbildern entsprechen, gerichtet sind. Damit sollen diese Themen diskreditiert und ihre Wichtigkeit negiert werden. Das ist aus zwei Gründen bedeutsam für die extreme Rechte: Zum einen spielt das Festhalten an traditionellen Geschlechterbildern eine wichtige Rolle für die rechte Szene und zum anderen kann an heteronormativen sowie traditionellen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft angeknüpft werden.

Gesinnungsjustiz:

Unter Gesinnungsjustiz wird eine vermeintliche, nicht legale Einflussnahme von politischen Akteur_innen auf Gesetze und Gerichtsurteile zum Nachteil von Rechtsextremen verstanden. Rechtsextreme und volksverhetzende Aussagen werden als Meinungsfreiheit bezeichnet; die juristische Verfolgung solcher Aussagen und anderer rechtsextremer Straftaten wird hingegen als Gesinnungsjustiz dargestellt.

Gleichmacherei:

Unter dem Begriff Gleichmacherei verbirgt sich der abwertende Vorwurf, jemand wolle vermeintlich natürlich vorhandene Unterschiede (z.B. in Bezug auf „Rasse“, Geschlecht...) zwischen Menschen aufheben. Als „Gleichmacher_innen“ werden Personen diffamiert, die gleiche Rechte für Menschen unabhängig von ihrer Herkunft fordern oder biologisch zugeschriebene Geschlechterrollen in Frage stellen (→ **Biologismus**). Insbesondere die institutionelle Gleichstellungspolitik wird von Rechtsextremen als widernatürliche Gleichschaltung von Mann und Frau verleumdet. Der Vorwurf der Gleichmacherei richtet sich also gegen demokratische Prinzipien wie Chancengleichheit, der Gleichheit vor dem Gesetz oder das Recht auf einen individuellen Lebensentwurf.

Gutmensch:

Der Begriff Gutmensch richtet sich abwertend gegen Personen, die andere politische Positionen vertreten als Rechtsextreme. Gemeint sind beispielsweise Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, gesellschaftliche Vielfalt gutheißen oder sich aktiv gegen Rechtsextreme engagieren. Der Duden definiert „Gutmensch“ als eine naive Person, die sich in einer als unkritisch und übertrieben empfundenen Weise im Sinne der Political Correctness verhält.

Der Begriff Gutmensch gehört zum Repertoire rechtsextremer Gesinnung. Er soll politische Gegner als unkritisch und unsachlich denunzieren. Mit der Abgrenzung zu Gutmenschen wird das Selbstbild von Rechtsextremen als vermeintlich nicht vor unbequemen Wahrheiten zurückschreckend verstärkt und zugleich werden nicht politisch korrekte Handlungen gerechtfertigt.

Islamisierung:

Mit Islamisierung meinen Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen die Befürchtung, dass durch die Zuwanderung von vermeintlich muslimischen Personen Deutschland in der Zukunft in erheblichem Maße vom Islam geprägt werde. Dabei spielt die Angst vor dem Fremden eine große Rolle, weswegen in diesem Zusammenhang auch von → **Überfremdung** gesprochen wird. Einher damit gehen die Verschwörungsmymen der „Umvolkung“ beziehungsweise des → **großen Austausches**.

Dabei ist die These, dass Deutschland zu einem muslimischen Land werden und Deutsche von Migrant_innen ersetzt werden könnten, wissenschaftlich absolut nicht haltbar. Das Pew Research Center hat beispielsweise

aufgrund aktueller Daten zu Deutschland berechnet, dass im Jahr 2050 der Bevölkerungsanteil von Menschen muslimischen Glaubens höchstens ca. 10 % betragen werde.

Kameradschaft:

Der Gemeinschaftsgedanke ist ein zentraler Punkt in der Ideologie des → **Nationalen Sozialismus** und wird als Kameradschaft gelebt. Die Kameradschaft bezeichnet dabei zum einen informelle neonazistische Gruppen und ist zum anderen für Rechtsextreme das Idealbild von Gemeinschaft. Durch die Verwendung der Bezeichnung Kamerad kann die eigene Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene signalisiert werden. Zudem ist der Begriff soldatisch konnotiert: Kameraden sehen sich selbst als Angehörige einer Kampfgemeinschaft, welche die Systemüberwindung anstrebt. Die Bedeutung des Begriffes zeigt sich besonders auch in → **Freien Kameradschaften**.

Kinderschänder:

In der rechten Szene tritt das Wort Kinderschänder vor allem in Verbindung mit dem Slogan „Todesstrafe für Kinderschänder“ auf. Dabei wird das Thema von sexuellem Missbrauch von Kindern instrumentalisiert, um darüber den Anschluss zur Mehrheitsgesellschaft zu suchen und rechtsextreme → **Propaganda** zu verbreiten.

Kulturkampf:

Mit dem Begriff Kulturkampf bezeichnen Rechtsextreme die Idee eines Kampfs um die kulturelle Vorherrschaft innerhalb einer Gesellschaft. Als konkreter Gegner fungiert heutzutage häufig der Islam, dem Herrschaftsbestrebungen und ein Konkurrenzkampf unterstellt werden (→ **Islamisierung**).

„Die meisten Ausländer in Deutschland sind Moslems. Der Islam will die ganze Welt beherrschen.“, schreibt die Kameradschaft Hamm in internem Schulungsmaterial. Auch der Rechtsterrorist Anders Breivik rechtfertigte seine Anschläge, bei denen er 77 Menschen tötete, als „Präventivschlag aus Notwehr“, da sich Norwegen in einem Kulturkampf gegen den Islam befinde.

Die Tatsache, dass Menschen aufgrund von Herkunft oder Aussehen eine spezifische Kultur zugeschrieben wird, die mit der „deutschen Kultur“ unvereinbar ist, offenbart hier das zugrundeliegende rassistische Weltbild von Rechtsextremen (→ **Kultur & Kulturalisierung**, → **Rassismus**).

Lebensraum:

Den Begriff Lebensraum nutzten ursprünglich die Nationalsozialisten, um die Forderung nach der Revision der Grenzen des Versailler Vertrags und die Expansion des Deutschen Reichs nach Osten bevölkerungspolitisch zu legitimieren. Konkret argumentierten die Nationalsozialisten, dass dem „deutschen Volk“ gemessen an deren



Bevölkerungszahl und Wichtigkeit zu wenig Lebensraum zur Verfügung stünde. Damit einher geht die Vorstellung, dass ein gesunder Staat nur auf der Einheit von „eigenem Volk“ und „eigenem Boden“ beruhen könne („Blut und Boden“).

Heute werden die meisten Rechtsextreme mit dem Begriff Lebensraum vorsichtig umgehen. Statt eines Angriffskriegs soll heute die „Rückführung von Ausländern“ den vermeintlich nötigen Raum verschaffen. Teilweise beziehen sich Rechtsextreme dabei auch auf historische deutsche Grenzen, innerhalb derer alle „Nicht-Deutsche“ verdrängt werden sollen.

Multikulti:

Der Begriff Multikulti dient der Abwertung von kultureller, religiöser und ethnischer Vielfalt und bezeichnet ironisch die Idee eines friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe. Eine Idee, welche rechtsextremer Ideologie zufolge (→ **Ethnopluralismus**, → **Kultur & Kulturalisierung**) nicht funktionieren könne und daher zwangsweise scheitern müsse. Deshalb sprechen Rechtsextreme auch häufig von Multikulti-Märchen oder Multikulti-Träumen. Damit einhergehend werden nicht-(west)europäische Kulturen als fremd charakterisiert und als Bedrohung dargestellt.

Nationale Revolution:

Nationale Revolution bezeichnet die von Rechtsextremen angestrebte Transformation der bestehenden demokratischen Gesellschaft in eine autoritär-nationalistische Gesellschaftsform. Rechtsextreme sind demnach nicht an einer Machtposition innerhalb eines demokratischen Systems interessiert, sondern an der Infragestellung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Über mögliche Alternativen herrscht unter Rechtsextremen Uneinigkeit.

Nationaler Sozialismus:

Dieser Begriff steht synonym für Nationalsozialismus. Aus strategischen Gründen vermeiden rechte Gruppen jedoch einen direkten Bezug auf diesen, weswegen stattdessen von nationalem Sozialismus gesprochen wird. Der Nationale Sozialismus soll als soziale Ordnung eingeführt werden, in der sozialistische Prinzipien gelten – jedoch nur in Bezug auf die eigene Nation, welche wiederum rassistisch definiert wird (→ **Volksgemeinschaft**).

Systempresse:

Als System- oder Lügenpresse bezeichnen Rechtsextreme einen Großteil der etablierten Medien in Deutschland, dabei insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es wird unterstellt, dieser würde im Auftrag der Regierung berichten und sei dementsprechend nicht objektiv, sondern berichte einseitig und verbreite gezielt Falschmeldungen. Der Begriff der System- oder Lügenpresse diskreditiert Darstellungen und Berichte in den

Medien, welche denen der Rechtsextremen widersprechen und stellt diese damit als unschuldige Opfer einer Diffamierungskampagne dar.

Überfremdung:

Rechtsextreme vertreten die Ansicht, dass die deutsche → **Volksgemeinschaft** durch Migration gefährdet ist. Ein Ziel der Rechtsextremen ist daher, Migrant_innen und Deutsche mit Migrationshintergrund in ihre vermeintlichen Herkunftsländer zurückzuführen und zukünftige Einwanderung zu verhindern. In der → **Neuen Rechten** ist der Begriff „Überfremdung“ dem der „Umvolkung“ gewichen. Als Kampfbegriff verweist er auf angebliche Pläne der politischen Eliten, das deutsche Volk durch Migrant_innen ersetzen zu wollen (→ **Der große Austausch**, → **Verschwörungsdenken**).

Völkische Sozialpolitik:

Die völkische Sozialpolitik stammt aus der NS-Zeit und basiert auf der Idee eines ethnisch homogenen deutschen Volkes (→ **Volksgemeinschaft**). Die nationalsozialistische Sozialpolitik sollte dementsprechend nur den Teilen der Bevölkerung zugutekommen, welche dem rechtsextremen Verständnis zufolge deutsch sind. Nicht inkludiert sind dabei die Menschen, welche nicht zu einer „Reinhaltung“ des deutschen Volkes beitragen: Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch Menschen mit Behinderung usw.

Ein Ziel der Sozialpolitik war etwa die Vollbeschäftigung, die in der NS-Zeit durch Beschäftigungsprogramme, Rüstungswirtschaft und die Wehrpflicht nahezu erreicht werden konnte. Heutzutage soll dies Rechtsextremen zufolge durch eine wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands und die Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund erreicht werden.

Volksgemeinschaft:

Die Erzählung von einer rassistisch-ideologischen Volksgemeinschaft soll bei Rechtsextremen ein Gefühl von Zusammengehörigkeit, Einheit und Identität erzeugen. Für Rechtsextreme sind die Begriffe Nation und Volk deckungsgleich, wobei die Zugehörigkeit zu einem Volk rassistisch über die eigene Abstammung definiert wird („Blut und Boden“). Dadurch entsteht ideologisch eine starre Grenze zwischen „uns“ und „den anderen“, wobei das eigene Volk als reiner und höherwertiger gesehen wird. Dies bietet die Grundlage für die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen, die laut rechtsextremer Ideologie nicht zum „deutschen Volk“ gehören

Widerstand:

Widerstand ist ein wichtiger Begriff aus dem Wortschatz der rechtsextremen Propaganda. Er wird als Widerstand gegen den demokratischen Parteienstaat, vielfältige Gesellschaftsformen und Einwanderung verstanden. Der Appell zum Widerstand von nationaler Seite enthält das Versprechen, dass eine → **nationale Revolution**



kommen wird. Namensgebend ist dieses Schlagwort auch für mehrere Gruppen der autonomen Nationalisten wie dem Nationalen Widerstand Dortmund, der im August 2012 verboten wurde. Das Selbstverständnis als Widerstandskämpfer ist für potentielle Neuzugänge sehr attraktiv, da eine politische Handlungsfähigkeit und Selbstermächtigung suggeriert wird, die im demokratischen Diskurs so nicht möglich ist.

Die in diesem Kapitel genannten Narrative werden durch die extreme Rechte auf verschiedene Weise verbreitet. Auf Grund dessen bietet das nächste Kapitel einen Überblick über wesentliche Instrumente rechtsextremer Propaganda, um die eigene Ideologie in der Bevölkerung bekannt zu machen sowie die eigene Gefolgschaft zu mobilisieren.

6. Rechtsextreme Propaganda

Der Begriff Propaganda bezeichnet den systematischen Versuch Wahrnehmungen, Gefühle und Gedanken von Personen zu beeinflussen und diese somit zu einem bestimmten Verhalten im Sinne einer Ideologie zu motivieren. Propaganda unterscheidet sich von anderen Formen der Meinungsverbreitung insofern, dass inhaltliche Positionen nicht abwägend argumentativ dargelegt werden, sondern die Mobilisierung von Affekten und Emotionen der Adressierten im Vordergrund steht. Eine wirkungsvolle Manipulation kann indes nur erreicht werden, wenn die Situation und die Bedürfnisse der Zuhörenden beachtet werden, sodass Propaganda durchaus an reale Problemlagen und Ängste der Zuhörenden anknüpft. Sie bietet hierfür allerdings keine rationalen Lösungen an, sondern versucht die Wahrnehmung der Realität ihres Publikums in der Weise zu verzerren, dass diese die Ziele der Propagierenden unterstützen (→ **Rechtspopulismus**).

Rechtsextreme nutzen verschiedene rhetorische Stilmittel und Techniken, um ihre wahnhaftige Ideologie bei ihrem Zielpublikum zu verbreiten. Dies sind u.a.:

- Das Stilmittel der Komplexitätsreduktion: Komplizierte soziale und ökonomische Zusammenhänge werden durch wenige Faktoren „erklärt“, z.B. Juden seien schuld an Wirtschaftskrisen (→ **Antisemitismus**).
- Das „Wir-gegen-die“-Narrativ: Die zentrale Grunderzählung rechtsextremer Propaganda kann folgendermaßen zusammengefasst werden: 1. Es gibt einen zentralen Missstand oder ein Leid in der Gesellschaft. 2. Die Schuldigen für dieses Leid sind die Feinde. 3. Es gibt eine Lösung, um das Leid zu verringern und die Schuldigen unschädlich zu machen. 4. Für die Lösung müssen „wir“ zusammenhalten und der Ideologie der Propagierenden folgen, ansonsten gibt es keine Hoffnung.
- Die Verbreitung von Fake News: Durch das ständige Streuen und Wiederholen von Falschmeldungen werden Emotionen hervorgerufen, Aufmerksamkeit gewonnen und Meinungen manipuliert. Eine besonders schwerwiegende Form der Verbreitung irreführender Meldungen ist das sogenannte Gaslighting, bei dem das Zielpublikum durch das Verkünden von Widersprüchen und Lügen dazu gebracht werden soll, an dem eigenen Verstand zu verzweifeln und die Verantwortung für das eigene Leben vollständig in die Hände einer Autorität zu legen (→ **Autoritarismus**).

Rechtsextreme Propaganda wird über verschiedene Kanäle verbreitet:

- Online durch die Verbreitung von Memes, Karikaturen, Videos, rechter → **Musik** oder Comedy-Formaten auf Plattformen wie Youtube, Instagram, Facebook, Telegram oder dem russischen VK (→ **Internet**)
- Offline durch das Veranstalten von Demonstrationen, Kundgebungen, Kameradschaftsabenden, Rechtsrock-Konzerten, Nachbarschaftshilfen (→ **Raumkampf/National befreite Zone**) oder durch die Gründung von → **Parteien**, um im Schutz des Parteienprivilegs und im Rahmen von Wahlkampf-Veranstaltungen propagandistisch tätig zu werden

Dabei werden rechtsextreme Botschaften manchmal subtil und vermeintlich harmlos, manchmal aber auch offen radikal und menschenverachtend vermittelt. Es werde dabei stets Themen behandelt, die für Jugendliche wichtig und interessant sind (z.B. Geschlecht, Gefühle der Zugehörigkeit, Jugendkultur). Die Propaganda bietet dabei eine Orientierung, in dem eindeutige Feindbilder geschaffen werden und weckt die Emotionen der Jugendlichen, um sie für ein rechtsextremes Weltbild zu gewinnen. Ästhetisch knüpfen Rechtsextreme an die Seh- und



Hörgewohnheiten von jungen Menschen an. Durch einen kämpferischen Habitus und die Romantisierung des Eigenen wird ein Gemeinschaftsgefühl bei den Jugendlichen erzeugt, durch das Kokettieren mit NS-Vokabeln und kryptischen Andeutungen ein Gefühl von Erhabenheit und Eingeweiht-Sein. Jugendliche in der Adoleszenz, die auf der Suche nach Halt, Sinn und Orientierung sind, sind hierfür besonders anfällig, insbesondere, wenn sie unter Anerkennungsdefiziten und Identitätskonfusion leiden.

Die folgenden Kapitel sind jeweils so aufgebaut, dass im ersten Absatz in das Thema eingeführt wird, im zweiten die Strategien der Rechtsextremen bzw. die Funktion der jeweiligen Instrumente für die rechtsextreme Szene erläutert und einem dritten Absatz mögliche demokratische Gegenstrategien bzw. sinnvolle (pädagogische) Interventionsansätze vorgestellt werden.

Internet:

Rechtsextreme aller Couleur verbinden seit jeher reaktionäre, antimoderne Ideologie mit moderner Technik. Dies gilt nicht nur für militärische Güter, sondern ebenso für neuste Entwicklungen in der netzbasierten Kommunikationstechnologie. Rechtsextreme sind dabei seit der Verbreitung des Internets stets am Puls der Zeit und nutzen zur Verbreitung ihrer → **Propaganda** all diejenigen Kanäle, die insbesondere von Jugendlichen hochfrequentiert werden. Hierbei spielen in den letzten Jahren vorwiegend soziale Netzwerke (besonders Instagram, Facebook oder das russische VK) und Messenger (vor allem Telegram) eine Rolle, die im Gegensatz zu statischen Websites von den Konsumenten interaktiv und partizipativ genutzt werden können. Funktionen wie Kommentieren, Teilen und Liken schaffen einen Raum, in dem interessierte Nutzer_innen ohne große Hürden in die rechtsextreme Erlebniswelt eintauchen und sich als Teil einer weltweiten Bewegung fühlen können.

Rechtsextreme nutzen verschiedene Strategien, um ihre Inhalte populär zu machen und Personen für ihre politischen Ziele zu ködern:

- Durch Sarkasmus und Humor werden die Grenzen des Sagbaren allmählich verschoben, indem die Differenz zwischen vermeintlich schwarzem Humor und menschenverachtender Botschaft verwischt wird. Bei noch nicht ideologisierten Konsument_innen kann die Hemmnis fallen, einen menschenfeindlichen Inhalt zu teilen, wenn dieser auch als besonders derber Humor gelesen werden könnte.
- Propaganda wird subtil durch Anknüpfungspunkte an jugendkulturelle Themen verbreitet, die politisch nicht eindeutig aufgeladen sind – etwa Spiele, veganes Kochen, Mode, Umwelt- und Naturschutz. Erst im zweiten Schritt werden eindeutig rechtsextreme Inhalte geteilt, sodass die Jugendlichen langsam an das Gedankengut herangeführt werden und keine Abwehrmechanismen entwickelt werden. Wer einmal zufällig auf einem dieser Kanäle landet, bspw. aufgrund eines Interesse für Veganismus, bekommt durch den Algorithmus weitere Videos auf entsprechenden Kanälen angezeigt, die dann explizitere, rechtsextreme Botschaften enthalten.
- Das Anschauen von Videos auf Youtube ist Teil der Lebenswelt vieler Jugendlicher. Rechtsextreme Gruppen haben mittlerweile professionelle Kanäle, die verschiedene Sehgewohnheiten und Bedürfnisse bedienen: Eigene rassistische Comedy-Formate, hochwertig produzierte Musik-Videos, Video-Tagebücher (Vlogs) von rechtsextremen Protagonisten bzw. Protagonistinnen, ideologische Nachrichten-Sendungen und vieles mehr.
- Rechtsextreme Akteur_innen nutzen regelmäßig Hashtags, die temporär besonders populär oder allge-

mein weit verbreitet sind. So können Personen weit über dem eigenen politischen Resonanzraum erreicht werden.

- Das Verbreiten von Fake News, wobei tatsächliche Ereignisse aus dem Kontext gerissen und rassistisch umgedeutet werden oder Inhalte komplett frei erfunden sind. Durch die Emotionalisierung vermeintlicher Nachrichten können Personen erreicht werden, die bisher noch nicht in rechtsextreme Strukturen eingebunden sind.

Jugendschutz.net empfiehlt für den Umgang mit rechtsextremer Propaganda im Netz folgende Gegenstrategien:

- Strikte Positionierung gegen rechte Hetze. Dies sollte am besten gemeinsam mit Gleichgesinnten und Freund_innen getan werden. Dabei ist es wichtig, die eigenen Daten zu schützen.
- Faktenbasierte Argumentationen gegen menschenverachtende Inhalte. Es bringt nichts, ebenfalls emotional zu reagieren oder gar jemanden zu beleidigen – auch wenn es die andere Seite tut.
- Solidarität mit denjenigen, die von den rechtsextremen Inhalten diskriminiert werden
- Durch das Verbreiten von Webbannern und Memes oder das Erstellen eigener Blogs und Videos kann Stellung für Demokratie und Toleranz bezogen werden.
- Rassistische und demokratiefeindliche Inhalte auf sozialen Netzwerken und Videoplattformen sollten bei den entsprechenden Betreibenden gemeldet werden. Bei strafrechtlich relevanten Botschaften (z.B. Volksverhetzung) kann darüber hinaus eine Anzeige bei der Polizei gestellt werden.
- Pädagog_innen sollten ihre Schüler_innen medienpädagogisch schulen, sodass diese befähigt werden die Glaubwürdigkeit von Quellen einschätzen zu können, Mechanismen wie Filterblasen und Bots zu erkennen und sich der Konsequenzen von Fake News für die Gesellschaft bewusst zu werden (→ **Medien-reflektierende Pädagogik**).

Literaturtip:

Jugendschutz.net: Rechtsextremismus hat viele Gesichter. Wie man Rechtsextreme im Netz erkennt – und was man gegen Hass tun kann, 2019, Ludwigshafen, Online abrufbar unter www.klicksafe.de

Musik:

Musik ist wichtiger Bestandteil der rechten Jugendkultur, durch die rechtsextreme Akteur_innen niedrighellig ihre Inhalte und Botschaften verbreiten. Die rechte Musikszene deckt dabei verschiedene Musikstile ab und bedient somit verschiedene Geschmäcker. Die Palette reicht hier von jugend-affinem Rap über sogenannte „Grauzonenbands“ – Bands, die nicht explizit nationalsozialistische und faschistische Inhalte propagieren, aber an rechtsextreme Ideologie-Elemente inhaltlich anknüpfen – bis hin zu expliziten Neonazi-Bands wie „Landser“. Rechte Musikangebote sind dabei selten die primäre Ursache eines Einstiegs in die rechtsextreme Szene, sondern eher ein Katalysator, der rudimentär vorhandene nationalistische und diskriminierende Einstellungen bei den Zuhörenden verstärken kann.



Musik erfüllt insbesondere für Jugendliche die Funktion der Identitätsbildung, indem sie ein Identifikations- und Abgrenzungsangebot bereitstellt. Rechtsextreme Lieder, insbesondere, wenn diese verboten sind, bieten Jugendlichen zudem ein Mittel zur Provokation und zum Tabu-Bruch, sodass hiermit Aufmerksamkeit von Erwachsenen erheischt werden kann. Rechtsextreme Akteur_innen nutzen Musik zum einen als Propaganda-Instrument, um demokratiefeindliche Inhalte über die eigene Szene hinaus zu verbreiten. Hierbei spielen insbesondere Algorithmen auf Online-Plattformen eine Rolle, die Jugendlichen immer mehr rechtsextreme Interpret_innen anzeigen, sobald sie einmal eine entsprechende Band gehört haben. Zum anderen dient Musik der Stabilisierung der eigenen Szene, die Orientierung, Aktivität und Gemeinschaft bietet. Hierfür kommen Konzertveranstaltungen eine hohe Bedeutung zu, die teilweise geheim beworben werden, aber teilweise auch als große Events öffentlich stattfinden. Geheime Konzerte können dabei für Jugendliche besonders attraktiv sein, wenn sie durch die Teilnahme ein Gefühl von Erhabenheit und Eingeweiht-Sein entwickeln.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik muss mehrdimensional erfolgen:

- Diskriminierende Inhalte sollten auf den entsprechenden Plattformen gemeldet werden. Bei strafrechtlicher Relevanz kann zudem eine Anzeige erstattet werden.
- Pädagogisch müssen Jugendliche dazu befähigt werden, rechtsextreme Inhalte und die zugrundeliegenden Propagandastrategien erkennen zu können.
- Rechtsextreme Musik erfüllt für Jugendliche verschiedene psychische Bedürfnisse: Identitätsstiftung, Abgrenzung, Anerkennung, Orientierung, Gemeinschaft etc. Diese Bedürfnisse sollten demokratie-kompatibel befriedigt werden, damit das rechtsextreme Angebot weniger attraktiv erscheint (→ **Pädagogik der funktionalen Äquivalente**).

Literaturtip:

Stefan Glaser/ Thomas Pfeiffer: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention, 2018, Bonn

Raumkampf/National befreite Zone:

Raumkampf bezeichnet eine rechtsextreme Strategie, bei der versucht wird in bestimmten Sozialräumen eine kulturelle Hegemonie zu erringen und sogenannte „national befreite Zonen“ zu schaffen. Nationalist_innen versuchen dabei nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut zu wohnen, sondern sich möglichst auf ein Wohnprojekt oder einen Straßenzug zu konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht ausdrücken zu können. Erklärtes Ziel ist es, dass in diesen Gebieten Nationalist_innen und ihre Ideologie das Straßenbild prägen, das staatliche Gewaltmonopol faktisch abgeschafft ist und rechtsextreme Akteur_innen über Lebensweisen und Verhaltensmuster entscheiden können. Der Raumkampf vollzieht sich dabei etwa durch das Sprühen von Graffiti oder das Anbringen von Aufklebern sowie durch die Einschüchterung und Verdrängung von politisch Andersdenkenden und vermeintlichen Fremden.

National befreite Zonen gelten der rechtsextremen Szene sowohl als Aufmarsch- als auch als Rückzugsgebiet, in der die Rechtsextremen versuchen, durch verschiedene Strategien und Maßnahmen eine rechte Gegenkultur zu etablieren, um langfristig über diese begrenzten Zonen hinaus Einfluss auf die politische Lage in Deutschland nehmen zu können. Diese Strategien und Maßnahmen sind u.a.:

- eine „Kümmerer-Strategie“, bei der versucht wird, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven Kontakt zu treten und den Leuten immer und überall zu helfen (z.B. Unterstützung bei Behördengängen, Einkaufshilfen für Senior_innen, Engagement in Stadtteilprojekten);
- der Aufbau öffentlicher Anlaufstellen, sog. Nationaler Zentren;
- die Schaffung eines rechtsextremen Kulturangebotes: Organisation von Konzerten, Kameradschaftsabenden, Vorträgen und politischen Schulungen (→ **rechte Jugendkultur**);
- die Bildung von Bürgerwehren und Nachbarschaftswachen, die das Recht selbst in die Hand nehmen und die deutsche Bevölkerung vor vermeintlicher „Ausländerkriminalität“ schützen;
- sowie die Organisation politischer Veranstaltungen (Demonstrationen, Kundgebungen, Info-Stände).

Demokratische Intervention muss vielfältig auf den rechtsextremen Raumkampf reagieren:

- Rechtsextreme Graffitis können der Stadt gemeldet werden. Handelt es sich bei den Objekten jedoch nicht um städtisches Eigentum, ist es den Eigentümer_innen überlassen, ob sie die Symbole oder Parolen entfernen, sofern diese nicht strafrechtlich relevant sind.
- Bei Einschüchterungsversuchen, Drohungen oder Übergriffen durch Angehörige der rechtsextremen Szene können sich Betroffene an spezielle Opferberatungsstellen wie BackUp wenden.
- Stadtteil-Initiativen und verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur_innen im Sozialraum sollten für das Problem sensibilisiert werden, damit rechtsextremes Engagement bei diesen verhindert und eine demokratische Kultur gegen Rechts im Stadtteil gestärkt werden kann. Dabei gilt es weder rechtsextreme Akteur_innen und ihre Aktivitäten zu verharmlosen, noch die Narrative der Rechtsextremen zu reproduzieren: In Dortmund-Dorstfeld etwa ist das von der ansässigen Kameradschaftsszene als „Nazi-Kiez“ bezeichnet Gebiet rund um den Wilhelmsplatz nicht in rechter Hand, sondern Rechtsextreme sind nur einer von vielen Akteur_innen im Stadtteil und stehen einer breiten demokratischen Zivilgesellschaft gegenüber. Dennoch stellen sie natürlich eine reale Gefahr für alle Menschen dar, die nicht in ihr Weltbild passen.

Literaturtip:

Coba-Yana: Alter Hass in neuen Kleidern, 2018, Dortmund, Online abrufbar unter: www.u-turn-do.de/materialien

Die extreme Rechte versucht auf vielfältige Weise ihre Ideologie in der Bevölkerung zu verbreiten. Doch woran kann ich erkennen, ob die Propaganda bei Personen auf fruchtbaren Boden stößt? Und aus welchen Gründen schließen sich Menschen der rechtsextremen Szene an? Wieso radikalisieren sie sich und was bedeutet das überhaupt genau? Über diese und weitere Fragen gibt das nächste Kapitel Aufschluss.

7. Radikalisierung, Ein- und Ausstieg

Unter Radikalisierung verstehen wir einen Prozess, der durch verschiedene individuelle und gruppendynamische Faktoren bedingt ist. Neben dem Wissen über → **Risikofaktoren & Motive für den Einstieg** in die rechtsextreme Szene sollten Angehörige und Pädagog_innen bestimmte → **Anzeichen eines beginnenden Radikalisierungsprozesses** erkennen können, um frühzeitig zu intervenieren. Ebenso ist es sinnvoll → **Motive für einen Ausstieg** zu kennen, um ausstiegswillige Personen bei ihrem Prozess der Distanzierung von der rechtsextremen Szene unterstützen zu können.

Anzeichen einer Radikalisierung:

Die Anzeichen einer Radikalisierung sollten nicht als Checkliste verstanden werden, sondern bieten lediglich eine erste Orientierung. Wenn Sie mehrere der genannten Aspekte bei einer Person beobachten, dann sollten Sie nicht in Panik verfallen, sondern das Gespräch suchen oder eine professionelle Beratungsstelle wie *U-Turn* in Dortmund kontaktieren. Diese wird dann mit ihnen gemeinsam mögliche Schritte besprechen, um einer weiteren Radikalisierung vorzubeugen.

- **Einstellungsveränderung:** Die Einstellungen verändern sich allmählich zu einer eindeutigen Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der durch das Grundgesetz garantierten Rechte, insbesondere bzgl. der Gleichwertigkeit aller Menschen.
- **Verhaltenswandel:** Auch auf der Verhaltensebene können häufig Veränderungen wahrgenommen werden, insbesondere im Umgang mit anderen Menschen. Alte Hobbys und Interessen werden allmählich aufgegeben und gegen die Aktivitäten der rechtsextremen Szene eingetauscht. Zudem verbringen Personen in rechtsextremen Cliquen viel Zeit und Mühe damit, andere Personen von ihren Einstellungen zu überzeugen.
- **Entfremdung von Familie und sozialem Umfeld:** Personen, die sich extremistischen Gruppen anschließen, verbringen zunehmend mehr Zeit mit ihrer neuen Clique und ihr ganzes Denken kreist fast ausschließlich um die Themen der Gruppe. Damit einher geht häufig eine schrittweise Entfremdung von dem alten Freundeskreis oder der eigenen Familie.
- **Tunnelblick/Verweigerung einer Gegenperspektive:** Radikalisierte Personen deuten häufig sukzessive alle Informationsquellen außerhalb der Szene als Lügen und Verschwörungen. Ein Gespräch auf Augenhöhe ist dann für Angehörige nur noch eingeschränkt möglich.
- **Feindbildpflege:** In extremen Gruppen wird die eigene Identität zumeist durch eine abwertende Abgrenzung gegenüber anderen hergestellt. Jugendliche, die sich am Anfang einer Radikalisierung befinden, werden sich zunehmend negativ über bestimmte Feindbilder der Szene äußern, beispielsweise über Geflüchtete, Juden oder Homosexuelle.

Eine rechtsextreme Gesinnung kann sich zudem in Veränderungen im äußeren Erscheinungsbild zeigen. Aber Vorsicht, der klassische Skinhead-Nazi mit Glatze, Springerstiefeln und Bomberjacke ist mittlerweile eher ein Relikt aus alten Zeiten und lediglich noch charakteristisch für einen kleinen Teil der rechtsextremen Szene. Das

äußere Erscheinungsbild von Neonazis hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt und ist auch aufgrund von staatlichen Repressionen moderner, subtiler und diverser geworden. Auf rechtsextremen Veranstaltungen kann man mittlerweile Personen mit verschiedenen Modestilen, Frisuren und bevorzugten Kleidungsmarken sehen: etwa Autonome Nationalisten (→ **Freie Kameradschaften**), die komplett schwarz gekleidet den Stil der Linksautonomen nachahmen, Identitäre (→ **Neue Rechte**), die bewusst hip und cool die aktuellen Modetrends adaptieren oder Politiker mit Anzug und Krawatte (→ **Parteien**).

Neonazis können also häufig nicht mehr so einfach auf den ersten Blick erkannt werden. Dennoch nutzen sie bestimmte Codes, Symbole und Modelabels, um auf subtile Weise ihrer Gesinnung Ausdruck zu verleihen. Ein Neonazi kann heutzutage unbehelligt mit einem kleinen 88-Button (Code für „Heil Hitler“) an der Jacke einkaufen gehen, ohne dass er von den anderen Kunden negative Reaktionen befürchten muss. Für die rechtsextreme Szene erfüllt ein solches Erkennungszeichen allerdings durchaus wichtige Funktionen:

- Die Erkennungszeichen wirken identitäts- und gemeinschaftsstiftend. Rechtsextrem-affine Personen sehen sie bei anderen Personen und können sich als Teil einer größeren Bewegung fühlen: des weltweiten nationalen → **Widerstands**.
- Das Wissen über die scene-typischen Codes und Symbole kann insbesondere für Jugendliche einen besonderen Reiz ausüben. Durch das Verfügen über Insider-Wissen kann sich ein Gefühl von Erhabenheit und Eingeweiht-Sein einstellen, welches das jugend-spezifische Bedürfnis nach Abgrenzung und Identität durch das Eintauchen in eine für Erwachsene nicht einsehbare Parallelwelt befriedigt.

Einen Überblick über rechtsextreme Codes, Symbole und Kleidungsmarken sowie deren mögliche strafrechtliche Relevanz bieten die Seite dasversteckspiel.de/ sowie die Broschüre „Kennzeichen und Symbole der rechtsextremen Szene“ des Projektes „OSZ für Demokratie und Vielfalt“ (online abrufbar unter: www.demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2017/02/Kennzeichen_und_Symbole_der_rechtsextremen_Szene.pdf).

Risikofaktoren & Motive für den Einstieg:

Die meisten wissenschaftlichen Theorien über Radikalisierungsphänomene teilen die Annahme, dass eine Radikalisierung einen Prozess darstellt, bei dem individuelle, gruppenspezifische und gesellschaftliche Faktoren eine Rolle spielen und der nicht geradlinig auf einen Endpunkt hinausläuft. Es muss demnach nicht zwangsläufig zu einer Hinwendung zu einer extremistischen Gruppierung oder der Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt kommen, sondern es kann im Laufe des dynamischen Prozesses immer wieder zu Stagnationen, Zweifeln und Momenten der Distanzierung kommen. Für Angehörige und Pädagog_innen bieten sich somit wiederholend Interventionsmöglichkeiten, insbesondere dann, wenn Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkannt werden. Dies ist vorwiegend dann möglich, wenn Risikofaktoren und Hinwendungsmotive für einen Einstieg in die rechtsextreme Szene bekannt sind.

Die Motivationen und Verläufe eines Annäherungsprozesses an den Rechtsextremismus sind immer individuell und dementsprechend muss eine pädagogische Begleitung in der Distanzierungsarbeit auch stets auf die individuelle Situation der Betroffenen bzw. der Angehörigen zugeschnitten sein. Die nachfolgend genann-



ten Risikofaktoren und Hinwendungsmotive müssen demnach als Generalisierungen verstanden werden, die idealtypisch zumeist aus Berichten von Aussteiger_innen abgeleitet wurden. Für die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem-affinen Jugendlichen können sie als Folie dienen, um die individuellen Ursachen und Gründe für Radikalisierungsprozesse besser einordnen zu können. Als Risikofaktoren gelten dabei nach aktuellen Forschungsstand:

- Frühkindlichen Bindungserfahrungen durch autoritäre und rigide Erziehungsmethoden der Eltern, die zu autoritären Charakterdispositionen führen (→ **Autoritarismus**).
- Rechtsextreme und rassistische Einstellungen innerhalb der Familie, die von Kindern im Laufe ihrer Erziehung und Sozialisation als „normale“ Ansichten übernommen werden.
- Die Erfahrung bzw. subjektive Wahrnehmung von Benachteiligung, sozialem und/oder ökonomischem Abstieg sowie Desintegration durch fehlende gesellschaftliche Teilhabe und damit einhergehende (soziale oder berufliche) Perspektivlosigkeit.
- Reale und/oder virtuelle Kontakte mit rechtsextremen Bewegungen und Organisationen, insbesondere dann, wenn eine lebendige rechtsextreme Szene im Sozialraum aktiv ist und andere jugendspezifische Angebote nicht vorhanden sind.

Auf der Ebene der individuellen Motive von Jugendlichen für eine Hinwendung zur rechtsextremen Szene können ideologische Motive sowie die Suche nach Befriedigung psychischer Bedürfnisse unterschieden werden. Auf der ideologischen-politischen Ebene weisen vorliegende Studien auf folgende Motivlagen hin:

- Die in weiten Teilen der Gesellschaft verbreiteten antisemitischen, rassistischen oder verschwörungstheoretischen Einstellungen sind anschlussfähig für die rechtsextreme Propaganda. Jugendliche haben dabei bei Einstiegsprozessen zumeist eher diffuse Affinitäten zu Ideologien der Ungleichwertigkeit und eher selten bereits geschlossen rechtsextreme Weltbilder.
- Anknüpfungspunkte an ein rechtsextremes Weltbild bieten zudem bestimmte Normen- und Wertepreferenzen, wie z.B. Ehre, Loyalität, Macht, Ordnung und Stärke. Wer solche Werte vertritt, findet diese möglicherweise vermeintlich oder tatsächlich eher in der rechtsextremen Szene vertreten als in der demokratischen Gesellschaft.

Als psychische Motive, die das rechtsextreme Angebot attraktiv erscheinen lassen können, müssen genannt werden:

- Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, insbesondere bei solchen Jugendlichen, die Probleme aufweisen stabile Freundschaften und Beziehungen aufzubauen. Durch das vermeintlich oder tatsächlich gelebte Ideal treuer Kameradschaft sowie durch das Bereitstellen einer rechtsextremen Erlebnisswelt durch Partys, Konzerte und Freizeitaktionen versuchen rechtsextreme Gruppierungen dieses Bedürfnis zu befriedigen.
- Das Bedürfnis nach Abgrenzung von der Gesellschaft, dem Elternhaus oder den Lehrern. Der Anschluss an die rechtsextreme Szene kann demnach als jugendtypische Rebellion und Provokation auf der Suche nach einer eigenständigen Identität gelten. Rechtsextreme Organisationen können dann für Jugendliche attraktiv erscheinen, wenn sie ein Eintauchen in eine für Erwachsene nicht einsehbare Parallelwelt ermöglichen,

so dass diese sich als Teil einer konspirativen Elite fühlen können.

- Das Bedürfnis nach Selbstentfaltung, insbesondere dann, wenn andere Angebote fehlen, bei denen jugendtypische Grenzerfahrungen und aufregende Erlebnisse gemacht werden können. Die rechtsextreme Szene kann solche Erlebnisse durch im Geheimen organisierte Konzerte (→ **Musik**), Auseinandersetzungen mit Polizei und politischen Gegnern bei Demonstrationen oder gemeinsamen Fahrten zu befreundeten Kameradschaften im In- und Ausland bieten.
- Das Bedürfnis nach Anerkennung, welches vorwiegend für solche Jugendliche zentral sein kann, die in ihrer bisherigen Biographie wiederholt Erfahrungen von Missachtung und fehlender Anerkennung gemacht haben. Hierbei spielen ebenso sozioökonomische Benachteiligungen eine Rolle wie individuelle Erfahrungen von Mobbing, Demütigung und Ausgrenzung. In der rechtsextremen Szene erhalten Jugendliche Anerkennung allein durch ihre vermeintliche Zugehörigkeit zur „arischen Rasse“. Zudem können sie Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, indem sie an den Aktivitäten der Szene partizipieren.
- Das Bedürfnis nach Cognitive Closure („need for cognitive closure“), d.h. das Bedürfnis, unmittelbar eine eindeutige Antwort auf komplexe Sachverhalte zu erhalten und Ambiguität und Unsicherheit zu vermeiden. Damit einhergehend haben Menschen ein kognitives Bedürfnis nach Abwehr von kognitiver Dissonanz. Kognitive Dissonanz bezeichnet einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand, der entsteht, wenn Personen unvereinbare Einstellungen, Wünsche oder Absichten haben. Rechtsextreme können diese Bedürfnisse erfüllen, indem sie einfache Antworten auf komplexe Fragen durch das Bereitstellen eines eindeutigen Weltbildes und klaren Feindbilder anbieten. Die komplexe und widersprüchliche gesellschaftliche Realität und damit einhergehende Unsicherheiten von Jugendlichen können somit aufgelöst werden.

Der Einstieg in die rechtsextreme Szene kann für Jugendliche vor allem dann attraktiv sein, wenn diese erschafft, die entsprechenden psychischen Bedürfnisse zu befriedigen. Pädagogische Intervention muss demnach auch darauf abzielen, entsprechende Angebote bereit zu stellen, die Jugendlichen eine Befriedigung solcher Bedürfnisse auf sozialverträgliche und demokratische Weise ermöglicht (→ **Pädagogik der funktionalen Äquivalente**). Die ideologischen Einstiegsmotive können durch das Aufdecken von Widersprüchen in der rechtsextremen Argumentation pädagogisch bearbeitet werden (→ **Konfrontative Pädagogik**) oder präventiv durch die Vermittlung von demokratischem Bewusstsein (→ **Politische Bildung/Demokratievermittlung**).

Am Anfang einer Radikalisierung können ideologische sowie psychische Motivlagen im Vordergrund stehen, wobei meist beide Komponenten eine gewisse Rolle spielen. D.h. bei Personen, in deren Radikalisierung zunächst Anerkennungs- und Zugehörigkeitsbedürfnisse wesentlich sind, wird dennoch zumeist eine Affinität zu rechtsextremen Welterklärungen vorhanden sein bzw. zumindest das Fehlen von demokratischem Bewusstsein konstatiert werden müssen. Ansonsten lässt sich kaum erklären, warum Personen mit dem psychischen Bedürfnis nach Gemeinschaft sich statt der Nazi-Szene nicht einfach einem Sportverein angeschlossen haben.

Literaturtip:

Arie W. Kruglanski/David Webber: *The Psychology of Radicalization*, in: *Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik*, 9(9), 2014, S. 379-388.

Sally Hohnstein/Frank Gruel: *Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus*, 2015, Halle

Motive für einen Ausstieg:

Wissenschaftliche Studien sowie Interviews mit Aussteiger_innen zeigen, dass bestimmte Motive häufig ausschlaggebend für eine Distanzierung von der rechtsextremen Szene sind. Aus pädagogischer Sicht ist es sinnvoll diese Motivlagen zu kennen, um einsteigsgefährdete oder ausstiegswillige Jugendliche bei ihrem Distanzierungsprozess begleiten und unterstützen zu können. Als häufige Distanzierungsmotive sind dabei zu nennen:

- **Konkrete Enttäuschungen:** Jugendliche schließen sich häufig rechtsextremen Gruppen an, weil sie erwarten, dass hierdurch bestimmte psychische Bedürfnisse (z.B. Gemeinschaft, Zusammenhalt) befriedigt werden. Diese Erwartungen werden in rechtsextremen Gruppen oft nur bedingt erfüllt (statt Zusammenhalt erleben die Jugendlichen z.B. Misstrauen, Verrat und gruppeninterne Gewalt).
- **Statusverlust oder Isolation:** Durch interne Machtkämpfe kann es in einer rechtsextremen „Karriere“ zu Brüchen kommen. Statt der Anerkennung, die man sich durch die Teilnahme an rechtsextremen Aktivitäten erhofft hat, wird man (erneut) zu eine_r Außenseiter_in.
- **Überforderung:** Der szeneeinterne Erwartungsdruck an Aktivitäten der Szene teilzunehmen kann auch zur Belastung werden, insbesondere, wenn damit Konflikte mit der Polizei oder antifaschistischen Organisationen einhergehen.
- **Ängste bzgl. lebensweltlicher und/oder juristischer Folgen rechtsextremen Handelns:** Der Einstieg in die rechtsextreme Lebenswelt kann zu Problemen mit der Familie, dem Staat oder im Freundeskreis führen. Diesbezügliche Ängste können von pädagogischen Fachkräften genutzt werden, um Zweifel an der Sinnhaftigkeit eines rechtsextremen Engagements zu stärken.
- **Zweifel am Sinngehalt der Ideologie:** Zweifel an der Ideologie können durch Angehörige oder pädagogische Fachkräfte auf verschiedene Weise ausgelöst oder verstärkt werden, z.B. durch die Identifizierung von Widersprüchen in rechtsextremen Welterklärungen oder durch positive Begegnungen mit eigentlich verhassten Minderheiten.
- **Neue Lebensperspektiven:** Die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene kann die individuelle Entfaltung und Entwicklung stark einschränken. Berufliche Karriereziele sind oftmals mit einem rechtsextremen Engagement nicht vereinbar, insbesondere bei antifaschistischer Intervention bei Arbeitgeber_innen. Auch partnerschaftliche Beziehungen oder eine Familiengründung können schwierig werden, wenn es durch rechtsextreme Aktivitäten häufig zu Problemen mit der Justiz oder der Zivilgesellschaft kommt. Neue Lebensperspektiven, etwa ein interessantes Jobangebot, neue soziale Beziehungen außerhalb der Szene oder die anstehende Geburt eines Kindes sind häufig starke Motive für einen Wunsch nach Veränderung und Szeneausstieg.

Literaturtipp:

Sally Hohnstein/Frank Greuel: Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus, 2015, Halle

Das Wissen über die Motive für einen Einstieg in die bzw. einen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene sowie über Anzeichen einer beginnenden Radikalisierung kann Personen, die Kontakt zu gefährdeten oder rechtsextrem-affinen Jugendlichen haben, zur frühzeitigen pädagogischen Intervention befähigen. Über die verschiedenen pädagogischen Ansätze in der Rechtsextremismus-Prävention klärt das folgende Kapitel auf.

8. Pädagogische Ansätze/Intervention

Welcher Weg für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bzw. dem Umgang mit rechtsextrem-affinen Jugendlichen als sinnvoll erachtet wird, ist in der Wissenschaft sowie in der Praxis umstritten. Die „richtige“ Vorgehensweise ist dabei im Wesentlichen von der Zielgruppe sowie dem pädagogischen Setting abhängig.

Als Zielgruppe können idealtypisch drei Ebenen der Prävention unterschieden werden:

- Die primäre bzw. universelle Prävention richtet sich an keine spezifische Zielgruppe und somit grundsätzlich an alle Menschen. Auf dieser Ebene werden Normen und Werte der Demokratie vermittelt (wie beispielsweise die Gleichheit aller Menschen) sowie der demokratische Umgang mit verschiedenen Meinungen und Ansichten eingeübt.
- Die sekundäre bzw. selektive Prävention richtet sich an Personen, die bereits bestimmte Risikofaktoren einer Radikalisierung aufweisen (→ **Anzeichen einer Radikalisierung**) und als gefährdet gelten, in die rechtsextreme Szene abzugleiten. Hierbei lassen sich direkte und indirekte Maßnahmen unterscheiden: Direkte Maßnahmen zielen auf die rechtsextrem-affinen Jugendlichen, indirekte Maßnahmen auf Angehörige, Multiplikator_innen und pädagogische Fachkräfte, die mit solchen Jugendlichen in Kontakt stehen.
- Die tertiäre bzw. indizierte Prävention zielt auf Personen, die sich bereits radikalisiert haben und in der rechtsextremen Szene aktiv sind oder sich dieser zumindest zugehörig fühlen. Die Ziele auf dieser Ebene sind die Deradikalisierung, d.h. ein Wandel zu demokratischen Einstellungs- und Orientierungsmustern, oder zumindest die Distanzierung von der rechtsextremen Szene und den entsprechenden Verhaltensmustern. Inwiefern eine vollständige Deradikalisierung gelingen kann, ist umstritten, weswegen Projekte auf dieser Präventionsebene häufig versuchen, hauptsächlich auf eine Lossagung der Personen von der rechtsextremen Szene sowie auf eine Abwendung von Gewalt und Kriminalität hinzuwirken.

Die Frage nach dem pädagogischen Setting stellt sich auf zumindest zwei Ebenen:

- Die Frage nach dem soziokulturellen Klima in dem Sozialraum, in dem die Präventionsarbeit wirken soll. In einem sozial schwachen, ländlichen Sozialraum mit wenigen Jugendangeboten, geringer Mobilität und hoher Arbeitslosigkeit sowie einer großen ansässigen Neonazi-Szene muss pädagogische Einflussnahme auf rechtsorientierte bzw. gefährdete Jugendliche anders gestaltet werden als in einer Großstadt mit vielen Freizeitangeboten für Jugendliche, hoher Mobilität und guter Berufsperspektive, in der interkulturelle Begegnung zum Alltag gehört.
- Die Frage nach dem konkreten Standort, an dem die pädagogische Arbeit stattfindet. Einzelberatungsgespräche bergen andere Chancen und Risiken der pädagogischen Beziehung als eine Schulklasse, bei der es neben den rechtsorientierten Jugendlichen immer auch unbeteiligte Dritte sowie potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung gibt. Und eine Begegnung in einem Jugendzentrum, in das Jugendliche freiwillig kommen, erfordert wiederum eine andere pädagogische Strategie als eine Schule, in die rechtsorientierte Schüler_innen verpflichtet kommen müssen.

Eine Radikalisierung ist stets ein individueller Prozess, bei dem verschiedene Faktoren zusammenwirken. Eine pädagogische Einflussnahme muss dementsprechend auf die individuelle Situation abgestimmt sein und kann nicht als eine Art Musterschablone immer gleich verfahren. Es ist z.B. ein großer Unterschied, ob man

einem jungen Erwachsenen mit oberflächlichen Vorurteilen, die aber keine tieferliegenden Bedürfnisse befriedigen, einem Jugendlichen, der hauptsächlich auf der Suche nach Anerkennung in der rechtsextremen Szene ist, oder einem jungen Rechtsextremen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild begegnet. Während im ersten Fall oberflächliche Vorurteile möglicherweise durch Faktenwissen oder gegensätzliche Erfahrungen revidiert werden können (z.B. → **Begegnungspädagogik**, → **Politische Bildung/Demokratievermittlung**, → **Gedenkstättenpädagogik**), erfordert das Anerkennungsbedürfnis des Jugendlichen im zweiten Fall andere Strategien, die dieses Bedürfnis ernst nehmen und entsprechend auf andere Weise befriedigen (z.B. → **Akzeptierende Jugendarbeit**, → **Pädagogik der funktionalen Äquivalente**). Im dritten Fall kann ein geschlossenes Weltbild möglicherweise konfrontativ aufgebrochen werden (→ **Konfrontative Pädagogik**), ansonsten sollten auch repressive Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden, da Rechtsextremismus stets auch eine unbedingt ernstzunehmende Gefahr und Bedrohung für Andersdenkende und Minderheiten impliziert (→ **Recht und Gesetz**). Aufgrund dieser vielschichtigen Gemengelage werden im Folgenden verschiedene Ansätze der Rechtsextremismusprävention sowie -intervention vorgestellt und deren Vor- und Nachteile sowie potenzielle Zielgruppen besprochen. In der konkreten pädagogischen Praxis ist es häufig sinnvoll Elemente verschiedene Ansätze zu kombinieren.

Akzeptierende Jugendarbeit:

Akzeptierende Jugendarbeit ist ein Konzept in der sozialen Arbeit mit Jugendlichen, die rechtsextreme Einstellungen haben oder gewalttätig sind. Es wurde maßgeblich von Franz Josef Krafeld und seinem Team entwickelt und durch zahlreiche pädagogische Fachkontroversen weiterentwickelt. Für Krafeld waren die bis dahin angewandten pädagogischen Strategien gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen gescheitert. Pädagogische Interventionen, die auf Sanktionen und Ausgrenzungen basieren, hielt er für ungeeignet, da sie lediglich reaktiv wirken und somit auf die Zukunft nur geringen Einfluss hätten. Auch aufklärungsorientierte Ansätze schienen ihm nicht zweckmäßig, da sie statt den subjektiven Lebenssituationen und Strategien zur Lebensbewältigung der Jugendlichen abstrakte Ziele wie beispielsweise Emanzipation oder Gewaltfreiheit zum Gegenstand haben. Dies betreffe aber die Jugendlichen nicht unmittelbar, deren lebensgeschichtlich erworbenen Verhaltens- und Einstellungsmuster für sie subjektiv bessere und geeignetere Strategien zur Lebensbewältigung darstellen. Handlungsleitend für die akzeptierende Jugendarbeit ist dagegen eine Pädagogik, die diejenigen Probleme in den Mittelpunkt stellt, die Jugendliche haben, nicht die Probleme, die sie machen. Der grundlegende Gedanke bei diesem Ansatz ist folgender: Wenn Jugendliche merken, dass sich andere für sie und ihre Probleme interessieren, dann werden sie in der Folge anfangen zu hinterfragen, welche Probleme für andere durch ihr Verhalten entstehen. Krafeld analysiert extremistische Einstellungen und Handlungen als letzte Form des Aufmerksam-Machens auf eigene Probleme oder Standpunkte. Pädagogische Intervention sollten sich dementsprechend dafür einsetzen, dass die Jugendlichen sich auch durch demokratische Partizipation an Entscheidungen beteiligen können, die sie unmittelbar betreffen.

Krafeld empfiehlt vier zentrale Handlungsebenen für den pädagogischen Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen:

- Die Bereitstellung von sozialen Räumen, die den Jugendlichen zur selbstständigen Nutzung und zur freien Entfaltung zur Verfügung stehen
- Der Aufbau einer intensiven und persönlichen Beziehung zwischen der pädagogischen Fachkraft und den



Jugendlichen, die eher auf Zuhören und einfaches Für-Einander-Dasein als auf Anleitung und pädagogischer Intervention beruht

- Das Akzeptieren bestehender Cliques, die aufgrund der enormen subjektiven Bedeutung für die Jugendlichen nicht gespalten werden sollen
- Die lebensweltorientierte Bearbeitung derjenigen Probleme der Jugendlichen, die sich besonders negativ auf diese auswirken: z.B. die Unterstützung bei Wohnungs- oder Jobsuche, Gänge zum Sozial- und Arbeitsamt etc.

Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit hat viele fachwissenschaftliche Kontroversen ausgelöst, so dass heute einige Elemente des Ansatzes als nicht mehr zeitgemäß gelten können. Kritisch gesehen werden muss sicherlich die Vorgehensweise, rechtsorientierten Jugendlichen soziale Räume zur Verfügung zu stellen, sowie das unbedingte Akzeptieren bestehender Cliques. Diese beiden Elemente des Ansatzes können zu einer Instrumentalisierung der Angebote durch organisierte Neonazis führen, was nicht lediglich eine theoretische Gefahr darstellt, sondern in den 1990ern tatsächlich in vielen Projekten passiert ist. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die einseitige Fokussierung auf rechtsextreme Jugendliche, so dass bei dem Ansatz die Opfer rechtsextremer Gewalt und unbeteiligte Jugendliche nicht berücksichtigt werden. Es liegt nahe, dass viele Jugendliche Jugendzentren meiden, in denen Rechtsextreme akzeptiert werden. Diese Jugendlichen, insbesondere Angehörige von Minderheiten, können somit zu Gunsten der rechten Jugendlichen nicht mehr pädagogisch betreut werden, so dass die Rechtsextremen für ihr deviantes Verhalten auch noch belohnt werden. Auch wenn zentrale Elemente der Konzeption von Krafeld revidiert werden müssen, hat der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit wichtige Impulse für die pädagogische Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen geliefert:

- Wenn auf die Einstellungen und Verhaltensweisen rechtsorientierter Jugendlicher pädagogisch eingewirkt werden soll, dann wird dies nur durch eine belastbare pädagogische Beziehung zwischen professionellen Berater_innen und Klient_innen gehen.
- Jede pädagogische Beziehung basiert dabei auf einer grundlegend wertschätzenden Kommunikation, die die Würde und Persönlichkeit der Jugendlichen achtet. Erst durch die Anpassung des eigenen Handlungsrahmens an die jeweiligen persönlichen Anforderungen der Jugendlichen kann eine stabile Beziehung aufgebaut werden, durch die Einstellungs- und Verhaltensänderungen angeregt werden können (Lebensweltorientierung).
- Akzeptanz, nicht im Sinne des Akzeptierens rechtsextremer Einstellungen, Verhaltensweisen, Cliques, Devotionalien, Symboliken etc., sondern die Akzeptanz der anderen Person im Sinne eines empathischen und authentischen Sich-Begegnetens auf Augenhöhe ist somit die Grundlage für eine pädagogische Interventionspraxis gegen den Rechtsextremismus.
- Es gilt indes auch: Immer hat die Betreuung und Unterstützung der Opfer rechtsextremer Gewalt sowie unbeteiligter Dritter Vorrang vor der pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen.

Literaturtip:

Christoph Butterwegge: Möglichkeiten und Grenzen der „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit rechten Cliques. In: Ders.: Rechtsextremismus, S.143 – 146

Krafeld, Franz Josef: Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte – Erfahrungen – Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliques, 1996, Opladen

Begegnungspädagogik:

Der Ansatz der Begegnungspädagogik beruht auf der Annahme, dass im Alltag rechter Jugendlicher der Kontakt mit Angehörigen abgewerteter Gruppen entweder überhaupt nicht vorhanden oder aber so stark ideologisch überformt ist, dass diese ausschließlich im Sinne rechtsextremer Feindbilder wahrgenommen werden. Wie auch im Rahmen → **interkultureller Bildung**, sollen durch die Begegnung mit Angehörigen der jeweils abgewerteten Gruppen, z.B. Migrant_innen, alternative Sichtweisen gestärkt werden. Ziel der Begegnungspädagogik ist es, Vorurteile grundsätzlich abzubauen oder aber zumindest eine Irritation rechtsextremer Anschauungen zu erzeugen und damit neue Erfahrungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung begegnungspädagogischer Maßnahmen sind:

- Eine grundsätzliche Bereitschaft der beteiligten Personen
- Ähnliches Alter, Bildungsgrad und gemeinsame Themen
- Um zu verhindern, dass die gemachten Erfahrungen als Ausnahme bewertet werden, sollte Kontakt zu mehreren Angehörigen der jeweils abgewerteten Gruppe hergestellt werden.
- Intensive Vor- und Nachbereitung, in der u.a. Selbst- und Fremdbilder sowie die Empfindungen der Teilnehmenden diskutiert und reflektiert werden

Während ein begegnungspädagogischer Ansatz bei gering ausgeprägten Vorurteilen durchaus vielversprechend ist, stößt dieser bei einer verfestigten rechtsextremen Weltanschauung und entsprechend stark ausgeprägten Vorurteilen an seine Grenzen. Dies liegt zum einen an der zu erwartenden Verweigerungshaltung, zum anderen an der besonderen Funktionsweise bestimmter Ressentiments. So zeichnet sich beispielsweise der → **Antisemitismus** durch die Projektion verleugneter Selbstanteile aus und besteht damit völlig unabhängig vom konkreten Verhalten jüdischer Menschen. Die Chancen über reale Erfahrungen mit jüdischen Menschen antisemitische Vorurteile zu bekämpfen sind daher begrenzt. Des Weiteren birgt der begegnungspädagogische Ansatz das Risiko nicht intendierter Folgeerscheinungen, wie einer Bestätigung und damit Verstärkung und Verfestigung stereotyper Vorstellungen. Sollte ein begegnungspädagogischer Ansatz für die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gewählt werden, ist es in Anbetracht der Möglichkeiten, Grenzen und Risiken empfehlenswert, diesen mit weiteren pädagogischen Ansätzen zu kombinieren.

Literaturtip:

Sally Hohnstein/Frank Greuel: Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus, 2015, Halle

Pädagogik der funktionalen Äquivalente:

Der Ansatz der Pädagogik der funktionalen Äquivalente basiert auf der Annahme, dass Jugendliche die Befriedigung legitimer Bedürfnisse (z.B. Lebenskontrolle, Integration, Sinnstiftung, sinnliches Erleben) in der rechtsextremen Szene suchen und diese teilweise dort auch finden. Dabei gelten nicht die Bedürfnisse der Jugendlichen an sich als problematisch, sondern die Art und Weise, wie diese in der rechtsextremen Szene Befriedigung finden. Die pädagogische Interventionsstrategie setzt bei diesen subjektiv bedeutsamen Bedürfnissen, Interessen und Wünschen der Jugendlichen an und versucht gleichwertige bzw. bessere Angebote zu machen, um die rechtsextreme Ideologie weniger attraktiv erscheinen zu lassen.

Beispielsweise werden in der rechtsextremen Szene das Bedürfnis und der Wunsch nach ...

- ... Kontrolle der eigenen Lebensführung durch das Bereitstellen einer → **rechten Jugendkultur** befriedigt, in der die Jugendlichen selbstständige wichtige Aufgaben für die Szene übernehmen können. Wenn diesen Jugendlichen in anderen Lebensbereichen mehr Möglichkeiten zur Selbstbestimmung angeboten werden, dann kann die Teilnahme an rechten Veranstaltungen für sie weniger bedeutsam sein.
- ... Integration durch die Vorstellung der Volksgemeinschaft erfüllt. Als funktionales Äquivalent kann hier die Vermittlung in einen Sportverein oder in ein Jugendzentrum dienen.
- ... sinnlichem Erleben durch das Ausleben von Aggression und Gewalt bei Veranstaltungen der rechtsextremen Clique (Konzerte, Demonstrationen, Aufeinandertreffen mit politischen Gegnern) befriedigt. Die Anbindung an einen Kampfsportverein, bei dem die Vermittlung humanistischer Werte wie die Rücksicht auf Schwächere eine große Bedeutung hat, kann sich hierbei als funktionales Äquivalent eignen.
- ... Sinnstiftung durch die Lebensaufgabe der Verbreitung der „arischen Rasse“ und dem Kampf gegen politische Feinde verwirklicht. Jugendliche können mit pädagogischer Unterstützung eine andere Lebensgestaltung finden, die ihrem Leben Sinn verleiht, etwa das politische Engagement in demokratischen Institutionen oder eine berufliche Karriere.

Der Ansatz des Bereitstellens funktionaler Äquivalente wird dabei durch eine Arbeitsweise unterstützt, die gekennzeichnet ist durch:

- **Erfahrungsorientierung:** Es wird davon ausgegangen, dass es vorwiegend Alltagserfahrungen sind, die Jugendliche für rechtsextremes Denken empfänglich machen. Dementsprechend soll die Strategie funktionaler Äquivalenzvermittlung Möglichkeiten aufzeigen, demokratie-kompatible Erfahrungen zu machen, welche die für den Rechtsextremismus anfällig machenden Erfahrungen ersetzen können.
- **Ressourcenorientierung:** Der Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit liegt weniger auf dem Abbau sozialer Defizite als auf der Nutzung und Stärkung von Ressourcen, welche die Jugendlichen bereits haben. Als Ressourcen können hierbei z.B. sozio-emotionale Kompetenzen, Interessengebiete oder soziale Beziehungen der Jugendlichen fungieren, die als Ankerpunkt für die pädagogische Tätigkeit dienen.
- **Sozialraumorientierung:** Die Arbeit im Sozialraum beinhaltet dabei zwei Komponenten: Erstens die Vernetzung aller im Bereich der Rechtsextremismusintervention beteiligten Akteur_innen, insbesondere derjenigen, die für eine schnelle Unterstützung der Jugendlichen aktiviert werden können (z.B. Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Einrichtungen der Familienhilfe, zivilgesellschaftliche Akteur_innen). Da die rechtsextreme Szene schnell auf die Probleme und Sorgen der Jugendlichen reagiert, muss eine demokratische Alternative ebenfalls über entsprechende Ressourcen zur unmittelbaren Hilfestellung verfügen. Zweitens müssen antidemokratische und rechtsextreme Einflüsse in dem Sozialraum möglichst unter-

bunden oder minimiert werden, indem zivilgesellschaftliche Strukturen und Initiativen gegen den Rechts-
extremismus aufgebaut und unterstützt werden.

Durch das Bereitstellen funktionaler Äquivalente für die als problematisch erachteten Bedürfnisse und die Ermöglichung von Erfahrungen, die legitime Bedürfnisse der Jugendlichen mittels demokratie-kompatibler Handlungsweisen befriedigen, können die Jugendlichen Selbst- und Sozialkompetenzen (z.B. Reflexivität, Empathie, Frustrationstoleranz, Impuls- und Affektkontrolle, verbale Konfliktfähigkeit) entwickeln, die sie dauerhaft vor extremistischen Orientierungen und Gewaltaffinität schützen.

Literaturtip:

Lothar Böhnisch: Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung, 2018, Weinheim Basel

Kurt Möller: Soziale Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit. Lebensgestaltung über funktionale Äquivalenzen und Kompetenzentwicklung. In: Deutsche Zustände. Folge 5, 2006, Frankfurt am Main

Gedenkstättenpädagogik:

Der Begriff Gedenkstättenpädagogik bezieht sich auf Angebote der historisch-politischen Bildung an Orten historischer Verbrechen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust. Gedenkstätten, wie beispielsweise die Steinwache in Dortmund oder ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager, übernehmen dabei neben ihrer Rolle als Orte des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus zugleich die Funktion einer Bildungsinstitution. Neben der Vermittlung allgemeiner historischer Informationen über den Gedenkort, sowohl bezüglich der dort begangenen Verbrechen als auch in Hinblick auf die Entwicklung der Gedenkstätte selber, liegt der Fokus der pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten in der Regel auf den Lebenswegen der Opfer, welche anhand historischer Dokumente nachgezeichnet werden. Wenn das Leben und die Handlungen der Täter_innen in den Mittelpunkt gestellt werden, so geschieht dies, um die Mechanismen zu verdeutlichen, welche zur jeweiligen Beteiligung an den Verbrechen beigetragen haben.

Im Wesentlichen werden im Rahmen der Gedenkstättenpädagogik drei Ziele verfolgt. Zunächst geht es um eine Vermittlung von Informationen über die Geschichte des jeweiligen historischen Ortes und den dort begangenen Verbrechen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die lokale Geschichte in den Kontext des Nationalsozialismus einzuordnen, also sowohl in Bezug auf dessen Geschichte als auch in Bezug auf die ideologischen Grundlagen nationalsozialistischer Verbrechen. Des Weiteren wird mit dem Ansatz der Gedenkstättenpädagogik das Ziel verfolgt, die Teilnehmenden für unterschiedliche Geschichtsdeutungen zu sensibilisieren und damit die Entwicklung geschichtskultureller Kompetenzen zu fördern. Indem durch die Auseinandersetzung mit den individuellen Lebenswegen von Opfern und Täter_innen des Nationalsozialismus eine Beschäftigung und kritische Reflexion der eigenen familiären Bezüge angeregt wird, sollen bestimmte Geschichtsdeutungen, wie beispielsweise die Verklärung von Familienangehörigen als aktive Gegner des Nationalsozialismus, hinterfragt werden. Damit soll wiederum die Fähigkeit gefördert werden, auch weitere Formen des öffentlichen und privaten Gedenkens kritisch zu hinterfragen und schließlich aktiv an einer Traditionsbildung des Gedenkens zu partizipieren. Schließlich sollen im Rahmen der Gedenkstättenpädagogik demokratische Einstellungen und



Kompetenzen gestärkt werden (→ **Politische Bildung/Demokratievermittlung**). Es geht insbesondere darum, bei den Teilnehmenden eine Haltung zu fördern, welche das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus als eine gesellschaftliche Verantwortung begreift, aus der politische Konsequenzen erwachsen.

Im Rahmen der Gedenkstättenpädagogik lassen sich verschiedene Formate entsprechend der jeweiligen pädagogischen Ziele und Zielgruppen anwenden. Neben der Führung durch Mitarbeiter_innen der Gedenkstätte bietet sich auch eine wechselseitige Führung oder ein selbstdeckender Rundgang an. Letzteres bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, Themenschwerpunkte selbstständig zu setzen und gegebenenfalls zu erarbeiten. Eine weitere Vertiefung anhand historischen Materials bietet sich im Rahmen von Projekttagen bzw. Tagesseminaren an.

Eine Übersicht über Gedenkstätten in Deutschland findet sich Online auf der Seite des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V. (www.ns-gedenkstaetten.de).

Geschlechterreflektierende Pädagogik:

Ob bei der Auswahl von Spielzeug oder der Verteilung von Hausarbeit: Das Geschlecht eines Menschen spielt in unserer Gesellschaft in allen Lebensbereichen eine große Rolle. Kennzeichnend für die heteronormative Gesellschaft ist die Zweigeschlechtlichkeit (es gibt ausschließlich Männer und Frauen) und die Heterosexualität. Mit dieser Heteronormativität gehen starre Geschlechterrollen und Verhaltensnormen einher. Bereits im Kindergartenalter werden Geschlechterbilder vermittelt und Geschlechterrollen eingeübt. Starre Geschlechter- und damit verbundene Rollenbilder stellen den Kern rechtsextremer Ideologien dar. Eine geschlechterreflektierende Pädagogik ist deshalb Grundbaustein für die Einstiegsprävention. Das Ziel einer solchen Pädagogik ist es, jedes Kind bzw. Jugendlichen individuell und unabhängig von Geschlechterklischees zu fördern und es bei der Entwicklung bzw. Ausbildung einer eigenen Geschlechtsidentität zu unterstützen. Zentral ist dabei die Akzeptanz und Unterstützung von geschlechtlicher Diversität sowie vielfältigen sexuellen Orientierungen und Lebensentwürfen, wie zum Beispiel verschiedenen Familienmodellen.

Geschlechtliche Diversität bezieht sich dabei sowohl auf einen biologischen, als auch auf einen sozialen Aspekt. Auf biologischer Ebene soll vermittelt werden, dass es nicht ausschließlich männliche und weibliche Körper gibt, sondern dass es sich um ein vielfältiges Spektrum handelt, das auch Menschen umfasst, die sich keinem der beiden Pole zuordnen lassen (können). Auf sozialer Ebene soll vermittelt werden, dass das biologische Geschlecht nicht die Verhaltensweisen und Interessen von Kindern bestimmt. Kinder und Jugendliche sollen frei von den ihnen zugeschriebenen Rollenerwartungen handeln und sich entwickeln können. Auch Kinder und Jugendliche, die sich nicht ihren Geschlechterrollen entsprechend verhalten, sollen akzeptiert und gefördert werden. Wichtig ist beispielsweise das Ernstnehmen und Akzeptieren von Kinder und Jugendlichen, die sich als trans* empfinden, also nicht dem ihnen bei der Geburt zugeschriebenen biologischen Geschlecht entsprechend. Auch in Bezug auf sexuelle Vielfalt sollen verschiedene sexuelle Orientierungen und unterschiedliche Lebens- und Familienentwürfe jenseits der Heteronormativität sichtbar gemacht und unterstützt werden.

Wichtige Aspekte der geschlechterreflektierenden Pädagogik sind die Reflektion der eigenen Geschlechterrollen (im Team) und deren Einfluss auf die pädagogische Arbeit. Wesentlich ist zudem das Aufgreifen von Ge-

schlechterstereotypen in der Arbeit und der Kommunikation mit den Kindern und Jugendlichen, das Sichtbar machen von nicht-heteronormativen Lebensweisen, zum Beispiel durch entsprechende Bücher oder Angebote, aber auch die Kommunikation mit den Eltern, die über geschlechtssensible Themen aufgeklärt werden sollen und denen die geschlechterreflektierende Grundhaltung der pädagogischen Einrichtung vermittelt werden soll.

Interkulturelle Bildung:

Der pädagogische Ansatz der interkulturellen Bildung verfolgt das Ziel, ein friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen zu fördern. Dabei geht es vor allem um interkulturellen Austausch, den Umgang mit Fremdheit und die Reflexion eigener Werte und Vorstellungen. Durch den Kontakt mit anderen Kulturen sollen Vorurteile abgebaut werden und ein langfristiger Lernprozess angestoßen werden. Beispielsweise können interkulturelle Frühstücke angeboten werden, zu denen Menschen Gerichte aus ihrer Kultur mitbringen. Ebenso kann durch Rollenspiele für kulturelle Missverständnisse sensibilisiert werden (z.B. durch die bekannte Albatross-Übung) oder auf andere Weise der freundschaftliche Austausch zwischen Menschen verschiedener Kulturen gefördert werden.

Da die Abwertung von Menschen mit Migrationshintergrund und eine strikte Trennung verschiedener Kulturen (→ **Kultur & Kulturalisierung**) ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologien ist, eignet sich interkulturelle Bildung zur Rechtsextremismusprävention. Indem positive Kontakte zu anderen Kulturen auf- und Vorurteile abgebaut werden, kann dem typischen „Wir-gegen-Die“-Denken von Rechtsextremen entgegen gewirkt werden. Wer fremde Menschen nicht als Bedrohung für sich, sondern als Bereicherung wahrnimmt, ist weniger anfällig für ausländerfeindliche Parolen. Auch können positive Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund bei Rechtsextremen für Widersprüche und Irritationen sorgen, die zu einem Hinterfragen der rechtsextremen Ideologie führen können (→ **Begegnungspädagogik**).

Allerdings ist anzumerken, dass interkulturelle Bildung als pädagogischer Ansatz zunehmend als überholt angesehen wird. Kritisiert wird vor allem, dass Kulturen als in sich geschlossene und voneinander abgrenzbare Einheiten gesehen werden. Heutzutage sprechen Fachleute daher eher von Transkulturalität als von Interkulturalität. Der Begriff Transkulturalität berücksichtigt, dass Kulturen sich verändern, einander beeinflussen und generell stark miteinander vernetzt sind. Der Fokus liegt folglich noch mehr auf Gemeinsamkeiten zwischen Menschen, weswegen sich auch Transkulturalität als Ausgangspunkt für präventive Arbeit im Bereich Rechtsextremismus eignet.

Konfrontative Pädagogik:

Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen kann als Weiterentwicklung der → **akzeptierenden Jugendarbeit** angesehen werden und verbindet einige Elemente akzeptierender Beziehungsarbeit mit einer argumentativen Auseinandersetzung mit der Ideologie der Jugendlichen. Dieser von Eckart Osborg entwickelte Ansatz basiert auf der Annahme, dass rechte Jugendliche oftmals frühkindliche Erfahrungen von Vernachlässigung und fehlender Empathie ihrer Eltern machen. Dies führt zu einer bestimmten Charakterentwicklung, bei der Selbstwertprobleme durch



aggressives Verhalten gegenüber Schwächeren kompensiert werden (→ **Autoritarismus**). Solche Jugendlichen verspüren kein Mitleid und kein schlechtes Gewissen gegenüber ihren Opfern, sondern rechtfertigen die Gewalt gegen Andere durch ihre Ideologie, nach der es ihr Recht und ihre Pflicht ist, sich gegen Migrant_innen und andere als Feinde angesehene Fremdgruppen zu wehren. Da ihre frühkindlichen Erfahrungen weitgehend verdrängt wurden, entzieht sich die Ursache für ihr delinquentes Verhalten der pädagogischen Auseinandersetzung. Ebenfalls ist für Osborg eine von viel Verständnis geprägte Beziehungsarbeit bei diesen Jugendlichen kontraproduktiv, da diese das ihnen entgegengebrachte Verständnis als Entschuldigung für ihr Verhalten ansehen würden. Stattdessen empfiehlt er pädagogische Grenzen zu setzen, damit die Jugendlichen lernen, die Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, sowie Verunsicherung der Ideologie der Jugendlichen, damit diese nicht weiterhin als Rechtfertigung für straffälliges Verhalten dienen kann.

Konfrontative Elemente bei der pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem-affinen Jugendlichen sollen indes nicht isoliert von anderen bewährten Ansätzen der sozialpädagogischen Arbeit mit dieser Klient_innengruppe stattfinden: eine grundlegend wertschätzende Haltung, Hilfe bei Problemlagen und Krisen der Jugendlichen (seien es familiäre Konfliktsituationen, Hilfestellungen in Bezug auf die Wohnung oder den Arbeitsplatz, Unterstützung bei Gerichtsprozessen etc.) sowie die Entwicklung funktionaler Äquivalente für die durch die rechte Szene befriedigten emotionalen Bedürfnisse der Jugendlichen nach u.a. Anerkennung, Gemeinschaft und Sicherheit (→ **Pädagogik der funktionalen Äquivalente**). Die Verunsicherungs- und Konfrontationspädagogik erweitert allerdings diese Ansätze um eine inhaltliche Auseinandersetzung über die politische Ideologie der Jugendlichen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, dass die Klient_innen lernen zu reflektieren, welche psychischen Bedürfnisse und Emotionen durch die rechtsextreme Szene befriedigt werden und inwiefern die Ideologie hierfür als Rechtfertigung und Rationalisierung dient. Langfristig sollen die Jugendlichen somit die Selbstgewissheit verlieren, die eine nationalsozialistische Weltanschauung bietet, und wieder offen und lernfähig gegenüber anderen Orientierungsmustern und Werthaltungen werden. Ferner wird das Ziel verfolgt, gemeinsam mit den Jugendlichen die biographischen und familiären Ursachen für die eigenen Einstellungs- und Verhaltensmuster zu ergründen, um eine langfristige Neuorientierung anzuregen. Dabei sollte nicht versucht werden, den Klienten offensiv vom eigenen moralischen Standpunkt zu überzeugen. Dies führt nur zu einer atmosphärischen Kampfbeziehung, die entsprechende Abwehrreaktionen bei Jugendlichen auslöst. Methodische Merkmale einer konfrontativen Pädagogik sind stattdessen:

- Die Einnahme einer neugierigen Grundhaltung des Pädagogen, wobei das Kernelement der pädagogischen Auseinandersetzung das insistierende Nachfragen ist. Die Jugendlichen sollen angeregt werden ihre Positionen zu erklären, so dass Widersprüche in der Ideologie von diesen selbst offengelegt werden. Widersprüche, mit denen die Jugendlichen konfrontiert werden können, finden sich dabei häufig zwischen:
 - Ihrer Ideologie und ihrem eigenen Verhalten bzw. dem Verhalten ihrer Kamerad_innen (bspw. die Ablehnung von Drogen vs. der hohe Alkoholkonsum in der rechten Szene)
 - Ihren Wertbegriffen und der historischen Realität (bspw. Ehre als Tugend vs. die Ermordung wehrloser Kriegsgefangener)
 - Ihrem politischen Selbstbild und der politischen Realität (bspw. „Die Bevölkerung steht hinter uns“ vs. der weit verbreiteten Ablehnung des Neonazismus in der Gesellschaft).
- Zudem sollten die in der Ideologie mitschwingenden Gefühle angesprochen werden. Wenn Klient_innen beispielsweise freudig von den Heldentaten der Wehrmacht erzählen, dann sollte die emotionale Befriedigung an der Aggressivität und Gewalt in den Schilderungen aufgedeckt werden, um hierüber eine Refle-

tion zu ermöglichen.

- Des Weiteren sollten den Jugendlichen die Konsequenzen ihrer Aussagen verdeutlicht werden. Oftmals sind sie sich nicht wirklich bewusst, welche Folgen ihre Forderungen für sie und andere hätten, wenn diese tatsächlich politisch umgesetzt werden würden.

Literaturtip:

Eckard Osborg: Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen, in: Jens Weidner/ Rainer Kilb (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik, 2006, Wiesbaden, S. 191-207

Medienreflektierende Pädagogik:

Medien haben verschiedene Funktionen. Sie dienen zur Informationsbeschaffung, Beeinflussung, Unterhaltung, als Unterrichtsmittel und zur Organisation des Alltags. Im Zeitalter der Digitalisierung spielen vor allem digitale Medien eine beständige Rolle in unserem Alltag. Die wohl bedeutendste Position nimmt das Internet ein, das es uns ermöglicht, Informationen aus aller Welt zu empfangen und anonym mit verschiedensten Internetnutzer_innen in Kontakt zu treten. Dies bietet viele Möglichkeiten, aber bringt auch Gefahren mit sich. So können falsche Informationen (Fake News) ungeprüft online gestellt und als Tatsachen verbreitet werden. Zudem besteht die Gefahr, dass Internetnutzer_innen sich in sogenannten Filterblasen aufhalten und nur Zugang zu einseitigen Informationen bekommen. Somit wird ihr Weltbild verzerrt und unreflektierte Einstellungen werden verfestigt.

Diese Gefahr besteht auch in Bezug auf Nachrichten und Informationen von Rechtsextremen, die rassistische und antisemitische Hetze verbreiten. Sie berichten online bewusst einseitig und teilweise ohne Wahrheitsgehalt, um die Feindbilder des Rechtsextremismus zu verstärken und rechtsextreme Ideologien zu verbreiten. Auch bietet das Internet ihnen eine Art Rekrutierungsmöglichkeit, um neue Mitglieder und Unterstützende für die Szene zu gewinnen, denn der Kontakt im Internet verläuft unkompliziert und anonym, sodass sich schnell ein Vertrauensverhältnis aufbauen lässt.

Durch eine unreflektierte und unkritische Nutzung der Medien besteht die Gefahr der Onlineradikalisierung. So können sich rechtsaffine Menschen alleine und von Zuhause aus, ohne direkten Kontakt zu Rechtsextremen, selbst radikalisieren und bei Interesse Anschluss zur Szene finden. Ein bewusster, verantwortungsvoller und zielgerichteter Umgang mit Medien ist wichtig, um diese Gefahren des Internets zu (er-)kennen und einzudämmen. Um diesen Umgang zu vermitteln bedarf es der Medienpädagogik. Ziel von Medienpädagogik ist es, Medienkompetenzen in den Bereichen Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung zu vermitteln. Dies ist besonders für junge Menschen wichtig, für die das Internet seit ihrer Kindheit ein fester Bestandteil ihres Alltags ist. Durch Aufklärung und das Anregen kritischer Prozesse, sollen Kinder und Jugendliche dazu ermutigt werden, Medien nicht nur zu konsumieren, sondern sich aktiv mit ihnen auseinanderzusetzen. Mediennutzungsverhalten, aber vor allem Inhalte sollen kritisch hinterfragt und analytisch und reflektiert betrachtet



werden können, damit Kinder und Jugendliche Medien und das Internet sicher und geschützt nutzen können. Konkrete Ziele sind unter anderem, dass sie die Glaubwürdigkeit von Quellen einschätzen können, Mechanismen wie Filterblasen und Bots (er-)kennen und sich der Konsequenzen von Fake News für die Gesellschaft bewusst sind.

Politische Bildung/Demokratievermittlung:

Die politische Bildung im Allgemeinen wie auch die Demokratievermittlung im Besonderen verfolgen als spezifische Form der Wissensvermittlung zwei zentrale Anliegen:

1. Die Vermittlung von Wissen über lokale und globale politische Zusammenhänge. Diese umfassen nicht selten auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte verschiedener politischer Systeme. Im Mittelpunkt steht jedoch der innere Zusammenhang (oder die Funktion) politischer Felder und Teilbereiche. Was ist zum Beispiel eine Demokratie? Wie lassen sich ihre Merkmale beschreiben? Neben dieser umfassenderen Kenntnis struktureller Zusammenhänge können auch bestimmte politische und gesellschaftliche Phänomene im Mittelpunkt stehen, etwa verschiedene Ideologien und ihre Elemente, die im gesamtgesellschaftlichen Kontext eine besondere Herausforderung darstellen. Hier bedeutet „politische Bildung“ Aufklärung über politisch relevante Phänomene.

2. Die Vermittlung einer demokratischen Haltung, die sich insbesondere durch Mündigkeit auszeichnet. Hier soll es vor allem darum gehen, nicht nur Wissen über bestimmte politische Prozesse („Wie funktioniert eine Wahl?“) bereitzustellen, sondern Demokratie als Wert verständlich zu machen, d.h. diesen Wert emotional (und nicht nur kognitiv) positiv zu besetzen und als verinnerlichte Präferenz, als Handlungsorientierung zu „verankern“. Konkret bedeutet das, die Bedeutsamkeit verschiedener Prinzipien für ein demokratisches Miteinander anzuerkennen. Zu diesen zählen etwa die folgenden: Anerkennung, Selbstwirksamkeit, Eigeninitiative, Beteiligung, Mitbestimmung und Verantwortlichkeit. Es ist unter anderem die Annahme und Umsetzung dieser Prinzipien, die Menschen dazu befähigen soll, als mündige Bürger_innen eines demokratischen Gemeinwesens zu handeln. Dieses Gemeinwesen ist darüber hinaus als liberal, offen und pluralistisch zu beschreiben. Erlernt werden also nicht nur die genannten Prinzipien, sondern auch, was es bedeutet, individuelle Freiheit zu akzeptieren bzw. zu leben.

Sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bildungsbereich gibt es zahlreiche Methoden und Möglichkeiten, Faktenwissen über den genannten Gegenstand zu vermitteln. Vor allem die Arbeit zur Vermittlung einer demokratischen Haltung – nicht nur mit jungen Menschen – bedarf allerdings eines methodischen Vorgehens, das diesen Prozess bereits erlebbar macht. Hier ist es z.B. besonders hilfreich, die genannten Prinzipien praktisch zu erfahren. Nehmen wir zum Beispiel die Selbstwirksamkeit: Diese lässt sich etwa in Schulklassen vermitteln, indem alle Schüler_innen diese im Klassenverband unmittelbar erfahren, d.h. die Wirksamkeit ihrer eigenen Entscheidungen beobachten und erleben können.

Recht und Gesetz:

Der Rechtsextremismus basiert auf Annahmen, die in Gegnerschaft zur bundesdeutschen Demokratie und dem Grundgesetz stehen, insbesondere in Hinblick auf Art.1 (Menschenwürde/Menschenrechte), Art.2 (persönliche Freiheitsrechte), Art.3 (Gleichheit vor dem Gesetz), Art.4 (Glaubens- und Gewissensfreiheit) und Art.5 (Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit). Neben der präventiven Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus und der pädagogischen Arbeit mit gefährdeten und radikalisierten jungen Menschen sollte die Intervention gegen rechtsextreme Bestrebungen auch repressive Maßnahmen der juristischen Auseinandersetzung mit strafrechtlich relevanten Handlungen und Äußerungen umfassen. Grundlegend hierfür ist das Selbstverständnis der Bundesrepublik als streitbare bzw. wehrhafte Demokratie, die eine wichtige Lehre aus dem Aufstieg des Nationalsozialismus darstellt. Dieses Selbstverständnis basiert auf der historischen Erfahrung, dass rechtsextreme Akteur_innen die demokratischen Instrumente (z.B. → **Parteien**) und Rechte (z.B. Meinungsfreiheit oder Gewissensfreiheit) nutzen können, um die Demokratie von innen heraus zu zerstören.

Die Idee der wehrhaften Demokratie ist deswegen durch verschiedene Artikel des Grundgesetzes festgeschrieben. Die wichtigsten sind dabei:

- Die Ewigkeitsklausel, die die Unaufhebbarkeit der Verfassungsgrundsätze festlegt (Art. 79 Abs. 3 GG)
- Die Möglichkeit Parteien und sonstigen Vereinigungen aufgrund verfassungswidriger Aktivitäten zu verbieten (Art. 21 Abs. 2 u. Art. 9 Abs. 2 GG)
- Die Möglichkeit der Verwirkung von Grundrechten, wenn diese für demokratiefeindliche Bestrebungen genutzt werden (Art. 18 GG)
- Die Verpflichtung zur Verfassungstreue für Angestellte des öffentlichen Dienstes (Art. 5 Abs. 3 u. Art. 33 Abs. 5 GG sowie beamtenrechtliche Vorschriften)

Während die Verwirkung bestimmter Grundrechte bei Verfassungsfeind_innen (Art. 18) bisher in der Praxis keine Rolle spielt und ein Verbot rechtsextremer → **Parteien** bisher in der Geschichte der Bundesrepublik nur einmal erfolgreich durchgeführt wurde (1952 wurde die Sozialistische Reichspartei als Nachfolge-Partei der NSDAP verboten), stellen Verbote rechtsextremer Vereinigungen (→ **Freie Kameradschaften**) ein wirkungsvolles Instrumentarium des Staates zur Schwächung der rechtsextremen Szene dar.

Für Angehörige sowie für pädagogische Fachkräfte, die mit rechtsextrem-affinen Jugendlichen konfrontiert werden, ist die Kenntnis von Paragraphen des Grundgesetzes und des Strafgesetzbuches wichtig, die es verbieten zur Durchsetzung eigener Ziele andere Menschen in ihrer Würde anzugreifen, Falsches über die NS- Verbrechen zu behaupten oder zu Hass und Gewalt aufzurufen. Die wichtigsten Paragraphen sind hierbei:

- **Art.5 Abs. 2**, der bestimmt, dass die Meinungsfreiheit durch andere Gesetze, Jugendschutzbestimmungen und dem Recht der persönlichen Ehre eingeschränkt werden kann. Die Kenntnis hierüber ist deswegen bedeutend, da rechtsextreme Akteur_innen ihre Propaganda häufig mit Berufung auf die Meinungsfreiheit verbreiten. Diskriminierende, menschenfeindliche Äußerungen oder die Relativierung des NS-Regimes sind aber nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt und können bei strafrechtlicher Relevanz zur Anzeige gebracht werden.
- **§ 86 StGB**, welcher die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen unter



Strafe stellt.

- **§ 86a StGB**, welcher das Verwenden von Kennzeichen (Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen) verfassungswidriger Organisationen verbietet.
- **§ 130 StGB**, welcher alle Formen von Volksverhetzung unter Strafe stellt. Unter Volksverhetzung wird dabei verstanden:
 - Die Aufstachelung zu Hass und Gewalt gegen eine nationale, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe oder gegen Einzelne aus einer solchen Gruppe;
 - Die Beschimpfung, Verleumdung oder Verächtlichmachung solcher Gruppen oder Einzelner Angehöriger ebenerer;
 - Die Billigung, Leugnung oder Verharmlosung eines unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Verbrechens;
 - Die Billigung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des NS-Regimes in der Öffentlichkeit, in einer Weise, die die Würde der Opfer verletzt.
- **§ 189 StGB**, welcher die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verbietet.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der pädagogische Ansätze und repressive Maßnahmen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern stets beide Wege grundsätzlich in Betracht gezogen werden müssen. Pädagogische Fachkräfte und Angehörige müssen stets im Einzelfall entscheiden, ob strafrechtlich relevante Handlungen und Äußerungen von rechtsextrem-affinen Jugendlichen zur Anzeige gebracht werden sollten oder eine pädagogische Auseinandersetzung sinnvoll ist. Neben der Kontaktaufnahme zu einer professionellen Beratungsstelle können folgende Fragen und Gedankenanstöße eine hilfreiche Unterstützung für die Entscheidung über eine geeignete Interventionsmaßnahme sein:

- Handelt es sich bei rechtsextremen Äußerungen von Jugendlichen um Vorurteile, Provokationen aufgrund von Aufmerksamkeitsdefiziten oder um geschlossene Weltbilder? Während Vorurteile durch Faktenwissen revidiert werden können und Provokationen als Bedürfnis nach Aufmerksamkeit pädagogisch ernst genommen werden sollten, erfordern geschlossene Weltbilder häufig auch repressive Maßnahmen.
- Dies insbesondere dann, wenn das rechtsextreme Weltbild als Ausdruck einer autoritären Charakterstruktur angesehen werden kann (→ **Autoritarismus**). Die Autoritarismus-Forschung zeigt eindeutig, dass autoritäre Personen häufig pädagogische Empathie und Akzeptanz als Schwäche missdeuten. Da die Unterwerfung unter eine rechtsextreme Autorität solchen Personen Halt und Orientierung gibt und somit ein psychisches Bedürfnis befriedigt, muss die Revision der rechtsextremen Einstellungen zunächst ebenfalls auf autoritärem Wege, d.h. repressiv, erfolgen.
- Es ist zudem zu bedenken, dass es zumeist Betroffene von rechtsextremen Äußerungen und Handlungen gibt. Um diese zu schützen, ist es wichtig, rechtsextreme Straftaten nicht zu dulden und zur Anzeige zu bringen. Dies kann durchaus auch als Teil einer pädagogischen Bezugnahme angesehen werden: Junge Menschen müssen lernen, dass ihre Handlungen Konsequenzen haben und es Grenzen der persönlichen Freiheit dort gibt, wo andere Menschen in ihrer Freiheit und Würde eingeschränkt werden.

Literaturtipp:

Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 2020, Bonn (Kapitel IV. Präventions- und Interventionsmöglichkeiten)

In diesem Kapitel wurden Ihnen verschiedene Ansätze vorgestellt, die Ihnen erste Hinweise für einen selbstbewussten pädagogischen Umgang mit gefährdeten und rechtsextrem-affinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen vermittelt haben. Dennoch können solche allgemeinen Informationen und Anregungen natürlich nicht für jede Situation eine passgenaue Lösung bieten. Es ist somit naheliegend, dass es trotz einer gewissenhaften Lektüre dieses Ratgebers zu Überforderungen kommen kann, wenn Sie mit rechtsextremen Äußerungen und Einstellungen in ihrem beruflichen oder privaten Alltag konfrontiert sind. Aus diesem Grund haben wir Ihnen in einem Anhang noch eine Übersicht über weitere Anlaufstellen und Initiativen zusammengestellt, die in ihrem Arbeitsfeld Expert_innen für den Phänomenbereich Rechtsextremismus in Dortmund & NRW sind. Eine Übersicht über die Angebote der Beratungsstelle *U-Turn – Wege aus dem Rechtsextremismus & der Gewalt* finden Sie zu Beginn dieser Handreichung. Wir danken Ihnen für ihr aufrichtiges Interesse sowie für Ihr Engagement bei der wichtigen Aufgabe der offensiven Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen in unserer Gesellschaft.

9. Kontaktadressen

BackUp-ComeBack e.V. – Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.

www.backup-comeback.de

Stefanstraße 2

44135 Dortmund

E-Mail: info@backup-comeback.de

Der Verein engagiert sich in unterschiedlichen Formen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Er ist u.a. Träger der Projekte U-Turn und BackUp.

Bagrut e.V. – Verein zur Förderung des demokratischen Bewusstseins

www.bagrut.de

E-Mail: nrw@bagrut.de

Der Verein bietet Workshops, Beratung, Vorträge und Fortbildungen zum Themenfeld Antisemitismus/Antisemitismusprävention und Verschwörungsmmythen an. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Vereins ist Demokratievermittlung als Gewaltprävention.

BVB-Lernzentrum

<https://www.bvb-lernzentrum.de>

E-Mail: kontakt@bvb-lernzentrum.de

Das BVB-Lernzentrum ist eine Initiative vom Fan-Projekt Dortmund e.V. Im Lernort Stadion können Schulklassen und andere Jugendgruppen an Workshops zu den Themen Zivilcourage, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus teilnehmen.

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

www.dortmund-rechts.de

Ostwall 17-21 (DGB Dortmund-Hellweg)

44135 Dortmund

Telefon: 0231-5570440

E-Mail: dortmund@dgb.de

Elternberatung - Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in NRW

www.ida-nrw.de/themen/rechtsextremismus/elternberatungsnetzwerk

Telefon: 0211/159255-5

E-Mail: info@ida-nrw.de

Fan-Projekt Dortmund

www.fanprojekt-dortmund.de

Dudenstr. 4

44137 Dortmund

Telefon: 0231-72124292

E-Mail: kontakt@fanprojekt-dortmund.de

Jugendamt Dortmund - Respekt-Büro

www.dortmund.de/respekt

Rheinische Str. 135

44147 Dortmund

Telefon: 0231-47798461

E-Mail: respekt@dortmund.de

Das Respekt-Büro bietet Workshops der politischen Bildung für Schulen und Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit an.

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

<http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/dortmund>

Steinstraße 50

44147 Dortmund

Telefon: 0231-5025002

E-Mail: stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg

<https://www.mobile-beratung-gegen-rechts.de>

Iserlohner Str. 25

58239 Schwerte

Telefon: 02304-755280

E-Mail: info@mbr-arnsberg.de

NiNA NRW - Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene

www.nina-nrw.de

Am Steintor 3

45657 Recklinghausen

Telefon: 02361-3021-0

E-Mail: info@reinit.de

NiNA NRW berät und unterstützt Aussteiger_innen aus der rechtsextremen Szene.



Quartiersdemokraten

<https://quartiersdemokraten.de>

Telefon: 0231-53453724

E-Mail: kontakt@quartiersdemokraten.de

Die Quartiersdemokraten unterstützen im Sozialraum Dortmund Dorstfeld die von Rechtsextremismus betroffene Zivilgesellschaft.

Spurwechsel - Aussteigerprogramm Rechtsextremismus

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

<https://www.spurwechsel.nrw.de/>

Hotline: 0211 / 837 1001

kontakt@spurwechsel.nrw.de

Stadt Dortmund - Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

www.dortmund.de/vielfalt

Friedensplatz 1

44122 Dortmund

Telefon: 0231-5026450

E-Mail: vielfalt@dortmund.de

Die Koordinierungsstelle unterstützt alle Dortmunder_innen, die vom Rechtsextremismus betroffen sind. Sie vermittelt Unterstützungsangebote und hilft beim Umgang mit rechtsextremer Propaganda im öffentlichen Raum.



0231 841 942 60



u-turn-do.de



info@u-turn-do.de



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



WIR IN DORTMUND
für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
www.vielfalt.dortmund.de

